



SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



DIALOG GLOBAL

GRENZENLOS NACHHALTIG

KOMMUNALE UMSETZUNG DER AGENDA 2030

IN DER BODENSEEREGION | Nr. 62

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Telefon +49 228 20717 2670

info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Heft 62

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Projektleitung: Annette Turmann

Texte: B.A.U.M. Consult GmbH, Liechtenstein Institute for Strategic Development AG

Redaktion: B.A.U.M. Consult, SKEW

Titelfoto: © M. Kertzsch

Gestaltung: designlevel 2, www.designlevel2.de

Druck: Bonifatius GmbH

Bonn, Oktober 2021

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein Westfalen und Rheinland Pfalz.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung der Geschlechter gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Sofern sich aus dem Kontext nicht explizit anderes ergibt, sind bei allen geschlechtsbezogenen Bezeichnungen selbstverständlich immer alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen.

DIALOG GLOBAL
GRENZENLOS NACHHALTIG
KOMMUNALE UMSETZUNG DER AGENDA 2030
IN DER BODENSEEREGION | Nr. 62

INHALT

4

1. Vorwort und Einleitung	5
2. Die Bodenseeregion – eine Region in transnationaler Tradition	8
3. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung	10
4. Die Agenda 2030 im nationalen und regionalen Kontext	11
5. Nachhaltigkeit als Leitprinzip für kommunales Handeln	19
6. Lokale Beiträge zur Agenda 2030 in der Bodenseeregion	21
6 1 Allensbach – Nachhaltigkeit in einer kleinen Gemeinde	22
6 2 Konstanz – Die Nachhaltigkeitskonferenz	26
6 3 Friedrichshafen – Nachhaltigkeit als Gemeinschaftsaufgabe	31
6 4 Kempten – Die Fairtrade-Stadt	36
6 5 Wildpoldsried – Der Marshallplan mit Afrika	40
6 6 Bregenz – Wir leben 2 000 Watt	44
6 7 Dornbirn – Stadt für alle	48
6 8 Vorarlberger Gemeindeverband – Nachhaltige Beschaffung und Umweltwoche	53
6 9 Liechtenstein – Waterfootprint	58
6 10 St. Gallen – Sharing is Caring	61
6 11 Zürich – Der Textilrechner für Klimaschutz in der Beschaffung	63
7. Regionale Institutionen und Initiativen	66
7 1 Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)	66
7 2 Bodensee-Stiftung	67
7 3 Blue Communities	68
7 4 Klima-Bündnis	69
7 5 2 000-Watt-Gesellschaft	69
7 6 European Energy Award und e5 Landesprogramm für energieeffiziente Gemeinden	70
7 7 Konvent der Bürgermeister	71
7 8 Fairtrade-Towns	71
8. Zusammenfassung und Ausblick	72
9. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	75
Lokalisierung der SDGs – Unterstützungsangebote des SKEW-Programms Global	
Nachhaltige Kommune (GNK)	76
Musterresolution für Kommunen zur Agenda 2030	77
 Anhang	 78
Publikationen der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	80

1. VORWORT UND EINLEITUNG

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung haben sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen 17 anspruchsvolle globale Nachhaltigkeitsziele für eine gerechte und zukunftsfähige Welt gesetzt. Diese 17 Sustainable Development Goals (SDGs) sind universal und für alle Staaten gleichermaßen gültig. Sie berühren nicht nur das Handeln auf staatlicher Ebene, sondern ebenso nahezu alle Bereiche des lokalen Handelns in unterschiedliche Weise. Daher ist das Potenzial zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele auf Ebene der Städte, Gemeinden, Landkreise und kleinen Territorien besonders ausgeprägt. Die globalen Nachhaltigkeitsziele spiegeln sich in nahezu allen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge wider und werden auf kommunaler Ebene bereits in großer Vielfalt gelebt.

Die Chancen der Agenda 2030 für grenzüberschreitende Kooperationen und globale Partnerschaften sind dabei noch lange nicht ausgeschöpft.

Die Bodenseeregion als zentraler europäischer Mehrländerraum ist daher ideal dafür geeignet, die Agenda 2030 als entwicklungsbegleitenden Referenzrahmen anzulegen und anhand beispielhafter Aktivitäten der Städte, Gemeinden und weiterer Gebietskörperschaften in diesem Modellraum aufzuzeigen, welche Faktoren und Handlungsrahmen die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele auf lokaler Ebene fördern. Deutlich wird, dass sich die Vision einer nachhaltigen Kommunalentwicklung, bei der Entwicklung und Nachhaltigkeit miteinander verzahnt werden, in den letzten Jahren immer mehr zu einer konkreten kommunalen Managementaufgabe entwickelt hat. Zahlreiche Initiativen und Nachhaltigkeitsaktivitäten unterstützen die kommunalen Akteurinnen und Akteure inzwischen im Umsetzungsprozess der Agenda 2030 und ihrer Nachhaltigkeitsziele auf lokaler Ebene.

Diese so einzigartige Region rund um den Bodensee verbindet nationale, regionale und kommunale Ansätze mit ihren Erfolgsgeschichten und Herausforderungen, Vorbildern und Motivationen zu einem Gesamtbild: *Grenzenlos Nachhaltig – Lokale Beiträge zur Umsetzung der Agenda 2030 in der Bodenseeregion.*

Die Kommunen sind als Pioniere des Wandels für die Umsetzung der Agenda 2030 entscheidend. Deshalb fördert die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Bundesländer Städte, Gemeinden, Landkreise und kommunale Spitzenverbände bei der Umsetzung der Agenda 2030. Die SKEW unterstützt Kommunen in Bereichen Fairer Handel und Faire Beschaffung, Migration und Entwicklung und gesellschaftlicher Zusammenhalt, bei der Etablierung von Städtepartnerschaften mit Kommunen aus dem Globalen Süden oder in der strategischen Verankerung der globalen Nachhaltigkeitsziele in dem Handlungsfeld Global Nachhaltige Kommune.

„Unsere Beratungsangebote richten sich nicht nur auf die klassischen Themen der Nachhaltigkeit, sondern spiegeln ein umfassendes Verständnis von nachhaltiger Entwicklung wider und beziehen die globale Verantwortung in alle Aspekte des kommunalen Handelns mit ein. Nur so wird es uns langfristig gelingen, dass die globalen Nachhaltigkeitsziele die Welt bis zum Jahr 2030 zum Besseren verändern.“

Annette Turmann, Abteilungsleiterin Global Nachhaltige Kommune der SKEW



Abteilungsleiterin Global Nachhaltige Kommune der SKEW
Annette Turmann © SKEW



Geschäftsführer der Internationalen Bodensee-Konferenz
Klaus-Dieter Schnell © Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)

Speziell in der Bodenseeregion machen sich seit vielen Jahren die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) und die Bodensee-Stiftung für eine zukunftsfähige Entwicklung der Region stark.

Die bereits 1972 ins Leben gerufene IBK leistet als kooperativer Zusammenschluss der an den Bodensee angrenzenden Gebietskörperschaften in Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz durch die politische Abstimmung und gemeinsame Projekte einen nachhaltigen Beitrag zur Überwindung der Grenzen in der Region.

„Schon die Gründung der IBK war eine Konsequenz einer gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderung, die nur gemeinsam zu lösen war. Die IBK sieht die Bodenseeregion in ihrem Leitbild längerfristig als Modellregion für nachhaltige Entwicklung an. Dazu gilt es, das innovative Potenzial der Menschen in den Städten und Gemeinden der Region zu aktivieren und zu fördern und Kooperation über Fach- und Landesgrenzen hinweg als Schlüssel zu nutzen. Mit der vorliegenden Publikation erhalten wir dazu einen hervorragenden Werkstattbericht.“

Klaus-Dieter Schnell, Geschäftsführer Internationale Bodensee-Konferenz

Die internationale Bodensee-Stiftung engagiert sich seit 25 Jahren für mehr Nachhaltigkeit und Naturschutz in der internationalen Bodenseeregion durch effektive Kommunikation und partnerschaftliche Aktionen in den Bereichen Unternehmen und Biologische Vielfalt, Landwirtschaft und Klima, Energiewende, Natur- und Gewässerschutz sowie Umweltbildung. Sie hat in über 40 Modellprojekten gezeigt, wie und dass nachhaltige Entwicklung konkret umgesetzt werden kann.

„Wir alle kennen die Lösungen; positive Ergebnisse aus zahlreichen Pilotprojekten liegen auf dem Tisch. Das Defizit liegt darin, diese positiven Ansätze in die Fläche zu bringen – auch in der Bodenseeregion. Wir und die anderen Umweltschutzorganisationen in der Region sind gerne bereit mitzuarbeiten, um Lösungsansätze für eine nachhaltige Entwicklung über Pilotprojekte hinaus in der Region umzusetzen. Klimaschutz und Stopp des Verlustes der Biologischen Vielfalt müssen 100 Prozent der Aufmerksamkeit erhalten. Wir sind die letzte Generation, die das Ruder bei diesen dramatischen Entwicklungen noch herumreißen kann!“

Marion Hammerl, Geschäftsführerin Bodensee-Stiftung



Geschäftsführerin der Bodensee-Stiftung Marion Hammerl
© Bodensee-Stiftung

Wir alle sind aufgefordert, die globalen Nachhaltigkeitsziele in diesem Jahrzehnt zu erreichen.

Mit vereinten Kräften, unterstützt von lokalen bis hin zu internationalen Initiativen und Programmen und durch das persönliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern als Nutzende, Akteurinnen und Akteure, Multiplizierende und Entscheidungstragende kommen wir diesen Zielen einen Schritt näher.

Die drei genannten Institutionen haben eines gemeinsam: eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen im Sinne der globalen Verantwortung voranzutreiben. Denn nur durch einen konsequent verfolgten Wandel hin zu zukunftsfähigen und intelligenten Regionen können die Kommunen die Lebensqualität erhalten und verbessern und zugleich die Umwelt und den Lebensraum schützen.

Kommunen sind die Pionierinnen und wichtigsten Akteurinnen des Wandels, wenn es um die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen geht. Von der Notwendigkeit, sich noch stärker für nachhaltige Entwicklung einzusetzen, sind die Kommunen heute überzeugter denn je. Jede einzelne Kommune hat sich auf den Weg gemacht, Nachhaltigkeit zu einer Aufgabe von höchster Wichtigkeit zu erklären.

Die vorliegende Publikation der SKEW nimmt einzelne Kommunen aus der einzigartigen Vierländerregion rund um den Bodensee in den Blick und zeigt beispielhaft, welche Anstrengungen die Kommunen für den Umsetzungsprozess der Agenda 2030 und der 17 globalen Nachhaltigkeitsziele unternehmen und welche Herausforderungen sie dabei meistern müssen. Welche Unterstützung erfahren diese Kommunen konkret und was können wir speziell von den lokalen Beiträgen in der Bodenseeregion im nördlichen Alpenvorland lernen? Mit der vorliegenden Publikation möchten wir Mut machen, indem wir zeigen, welche Wirkung lokales Engagement entfalten kann. Wir möchten damit andere Städte, Gemeinden und Landkreise motivieren und anspornen, unter dem Dach der globalen Agenda 2030 ihre lokalen Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln, weiter auszubauen und ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden.

Abteilungsleiterin Global Nachhaltige Kommune der SKEW Annette Turmann

Geschäftsführer der Internationalen Bodensee-Konferenz Klaus-Dieter Schnell

Geschäftsführerin der Bodensee-Stiftung Marion Hammerl

2. DIE BODENSEEREGION – EINE REGION IN TRANSNATIONALER TRADITION

8

Die Vierländerregion rund um den Bodensee mit Deutschland, Österreich, Liechtenstein und Schweiz liegt im Herzen Europas. Der für die Region namensgebende Bodensee, der drittgrößte Binnensee Europas, verbindet die Länder räumlich eng miteinander. Auch kulturell vereint die Länder viel: Die Region blickt auf eine lange Geschichte der wirtschaftlichen, ökologischen und wassersichernden Zusammenarbeit zurück. Doch zugleich sind die Länder äußerst divers, etwa hinsichtlich Migration und globaler Vernetzung. Die Bodenseeregion umfasst die direkt am Bodensee liegenden Städte und Gemeinden, doch reichen die Verflechtungen bis weit ins Hinterland. Eine exakte räumliche Festlegung der

Bodenseeregion ist daher nicht einfach. Welche Gebiete zählen zur Bodenseeregion? Der Initiativkreis Metropolitane Grenzregion Bodensee und die Internationale Bodensee-Konferenz definieren dazu einen nahezu deckungsgleichen Raum: Im Kern sind dies in Deutschland die Landkreise Konstanz, Ravensburg, Sigmaringen und der Bodenseekreis in Baden-Württemberg, die Landkreise Lindau und Oberallgäu und die Stadt Kempten im Freistaat Bayern, das Land Vorarlberg in Österreich, das Fürstentum Liechtenstein und die Kantone Thurgau, St. Gallen, Schaffhausen, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und Zürich in der Schweiz.



Die Region um den Binnensee zeichnet sich durch räumliche Vielfalt aus. Ländliche Gebiete, geprägt durch Landwirtschaft, und städtische Gebiete, wie der Agglomerationsraum Zürich, wechseln sich ab. Viele der kleineren und mittleren Zentren sind miteinander verflochten. Die direkte Lage am See und im Alpenvorland bietet einen hohen Freizeitwert und macht die Region zu einer beliebten Tourismusdestination. Auch in anderen wirtschaftlichen Bereichen ist die Region gut aufgestellt. Die verschiedenen Universitätsstandorte tragen zur Innovationskraft der Region bei.

Eine hohe Anzahl von Reisenden, die wachsende Bevölkerung, grenzüberschreitende Pendelverkehre und unterschiedliche nationale Interessen führen jedoch auch zu Herausforderungen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen und die transnationale Zusammenarbeit zu fördern, wurden verschiedene Initiativen und Programme gegründet und umgesetzt. Ausschlaggebend war hier im Jahr 1959 der Bodensee selbst, genauer seine drohende Verunreinigung. Aus diesem Grund gründeten die drei Anrainerstaaten die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee. 1972 wurde die Zusammenarbeit durch die Gründung der Bodensee-Konferenz noch einmal verstärkt. Raumordnungs- und Umweltschutzfragen, insbesondere im Bereich des Gewässerschutzes, standen im Fokus. Im Laufe der Zeit fanden Umstrukturierungen und die Umbenennung der Gewässerschutzkommission in Internationale Bodensee-Konferenz statt. Der Kanton Zürich und das Fürstentum Liechtenstein traten 1992 der Bodensee-Konferenz bei, was die regionale Zusammenarbeit weiter ausbaute. Obgleich der Gewässerschutz den Grundstein legte, fanden die Aktivitäten schon früh Eingang in internationale Leitbilder für eine nachhaltige Entwicklung, um diese grenzübergreifend zu

etablieren. Um die Beschlüsse der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 regional umzusetzen, führte die IBK von 1999 bis 2010 das Projekt Bodensee Agenda 21 durch. Mit dem aktuellen Leitbild für die Bodenseeregion vertritt die IBK das Ziel, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur-, Wissenschafts- und Wirtschaftsraum zu erhalten und zu fördern sowie die regionale Zusammengehörigkeit und gesellschaftliche Weiterentwicklung zu stärken.

Während die Zusammenarbeit der IBK eher die Länderebene adressiert, unterstützt das Interreg-Programm Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein die Zusammenarbeit in der Region vor allem auf kommunaler Ebene. Das Programm für europäische territoriale Zusammenarbeit wird aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert und bildet seit mehr als 30 Jahren einen Rahmen für grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Kooperationen in Europa. Eines der Ziele ist es, die als trennend und erschwerend empfundenen Staatsgrenzen im Programmgebiet zu überwinden. Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Regionen sollen abgebaut und der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt gestärkt werden. Eine Besonderheit des Programmgebiets Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein ist, dass mit der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein auch Nicht-EU-Staaten beteiligt sind.

Die Bodenseeregion ist auch für die SKEW seit Jahren von großer Bedeutung in der Umsetzung der Agenda 2030. So wird seit 2016 der Fach- und Erfahrungsaustausch der Kommunen durch die alle zwei Jahre stattfindende Bodenseekonferenz zur Agenda 2030 in Konstanz ermöglicht und die interkommunale Zusammenarbeit in der Region gefördert.

3. DIE AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

10

Am 25. September 2015 wurde auf dem Gipfel der Vereinten Nationen in New York die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Sie hat den Charakter eines Weltzukunftsvertrags und enthält 17 globale Entwicklungsziele mit insgesamt 169 Zielvorgaben. Die Agenda 2030 ist das erste internationale Abkommen, das Nachhaltigkeit mit der Armutsbekämpfung und der ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung verknüpft. Damit bringt die Agenda 2030 als Ergebnis eines intensiven dreijährigen Aushandlungsprozesses die wesentlichen weltweiten Diskussionsstränge zu Nachhaltigkeit und Entwicklung zusammen: Die Agenda 21 der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 (auch als Erdgipfel bekannt) für eine nachhaltige Entwicklung und die Millenniumsziele des so genannten Millenniumgipfels von 2000 zur Bekämpfung der Armut (Millennium Development Goals, MDGs). Nachdem mit der Lokalen Agenda 21 bereits in den neunziger Jahren die lokale Verantwortung für globale Entwicklungen in den Mittelpunkt rückte, umfassen die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 weit mehr Themen als nur Umwelt. Ein weiteres entscheidendes Merkmal der Agenda 2030 ist, dass alle Staaten aufgefordert sind, die

Ziele zu verwirklichen. Die Agenda gilt also als Referenzrahmen für alle Staaten gleichermaßen, sowohl für die Industrie- und Schwellenländer als auch die Entwicklungsländer. Die 17 Nachhaltigkeitsziele sind daher universell gültig, weil sie in allen Ländern umgesetzt werden sollen. Ein wichtiges Merkmal ist zudem, dass sie transformativ sind, da sie die Welt grundlegend verändern sollen. Ein weiterer Unterschied zur Agenda 21 ist die Anwendung eines etablierten Monitoring-Systems der Vereinten Nationen. Ein solider und transparenter Überprüfungsmechanismus hilft den Staaten dabei, möglichst große Fortschritte zu erreichen und darüber systematisch Rechenschaft abzulegen. Ein solcher Überprüfungsmechanismus (auch Review-Mechanismus) wurde unter dem Dach des hochrangigen Politischen Forums für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (High Level Political Forum on Sustainable Development, HLPF) geschaffen. Durch regelmäßige Berichterstattung der UN Mitgliedsstaaten findet eine Überprüfung der Umsetzung der Agenda 2030 auf staatlicher Ebene statt. Deutschland hat bereits beim ersten HLPF 2016, gemeinsam mit 21 weiteren Staaten, über die Umsetzung der Agenda 2030 berichtet. Die nächste Berichterstattung der Bundesregierung folgt in 2021 und 2022.



Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 © United Nations

4. DIE AGENDA 2030 IM NATIONALEN UND REGIONALEN KONTEXT

Zahlreiche Städte, Kreise und Gemeinden in der Bodenseeregion engagieren sich schon seit vielen Jahren in unterschiedlichsten Bereichen für eine nachhaltige Entwicklung. So tragen sie auf der lokalen Ebene zu vielen der globalen Nachhaltigkeitsziele bei, oft mit speziell auf die Situation vor Ort ausgerichteten Projekten und Initiativen. Den Handlungsrahmen dazu bieten die jeweiligen Strategien auf Landesebene – ihre lokale Umsetzung bildet die Brücke zwischen nationalen und regionalen Aktivitäten. Wie wird die lokale Ebene konkret unterstützt? Welche Strategien und Vorgaben bestehen konkret auf Bundes- und Landesebene? Und welche regionalen Initiativen helfen bei der Vernetzung? Einen Überblick dazu geben die folgenden Kapitel mit Fokus auf die Bodenseeregion.

4.1 Nachhaltigkeitsstrategie der Deutschen Bundesregierung



Die Bundesregierung beschloss 2002 die erste nationale Nachhaltigkeitsstrategie Perspektiven für Deutschland. Diese baute auf der 1992 auch von Deutschland unterzeichneten Agenda 21 auf und legte nachhaltige Entwicklung als Ziel fest. Im Jahr 2015 zeichnete die Bundesregierung mit 198 anderen UN-Mitgliedsstaaten die UN-Agenda 2030 mit – einen Fahrplan für die Zukunft, der ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungsaspekte berücksichtigt. Hiermit verpflichtete sich die Bundesregierung dazu, Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 2030 und ihrer SDGs umzusetzen. 2018 wurde die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie in einem Konsultationsprozess angepasst und als Fortschritt vorangegangener Strategien veröffentlicht. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht im Auftrag der Bundesregierung alle zwei Jahre einen Indikatorenbericht, um den aktuellen Stand darzustellen. Seit 2001 berät und begleitet der Rat für Nachhaltige

Entwicklung (RNE) die Bundesregierung bei ihren Nachhaltigkeitsprozessen und Entscheidungen.

Linktipps

- [Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie \(PDF\)](#)
- <https://www.nachhaltigkeitsrat.de/>

Kommunen werden immer mehr als zentrale Akteurinnen und Akteure zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele anerkannt. Dank der Unterstützung der SKEW und weiterer Institutionen konnte die Rolle der Kommunen in den letzten Jahren gestärkt werden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Deutsche Städtetag vertreten zudem die Interessen der Kommunen und sind in der Erarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie eingebunden. In 2017 initiierte der Deutsche Städtetag mit anderen Partnern wie der Bertelsmann Stiftung, dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Institut für Urbanistik und Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt sowie der deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und

Regionen Europas (RGRE) zudem das Vorhaben „SDG-Indikatoren für Kommunen“ mit dem Ziel, Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals (SDGs) der Vereinten Nationen zu identifizieren und bereitzustellen.

Linktipp

SDG-Indikatoren für Kommunen

→ <https://www.bertelsmann-stiftung.de/index.php?id=9792>

2018 wählte der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung das Projekt *Global-Lokal: Agenda 2030 VerOrten* der SKEW von Engagement Global zum Leuchtturmprojekt der Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Dieses wird im Rahmen des Angebots der SKEW „Global Nachhaltige Entwicklung“ und „Kommunale Partnerschaften“ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) umgesetzt und unterstützt Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 2030 vor Ort.

Linktipp

Global-Lokal: Agenda 2030 verorten

→ <https://skew-engagement-global.de/leuchtturm-projekt-2018.html>

Neben der nationalen Strategie haben sich auch die Länder auf den Weg gemacht, Nachhaltigkeitsstrategien im Kontext der Agenda 2030 zu entwickeln. Neben der Bundesregierung verfügt die Mehrzahl der Bundesländer heute über eigene Nachhaltigkeitsstrategien, die sich an den 17 Nachhaltigkeitszielen orientieren. Wie sehen diese für die Bodenseeregion aus? Dazu ein näherer Blick nach Baden-Württemberg und Bayern.

4.2 Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg berät der Beirat der Landesregierung für nachhaltige Entwicklung (Beirat NI) die Landesregierung. Er ging 2012 aus seinem Vorläufer, dem Nachhaltigkeitsbeirat hervor, mit dem Ziel, abstrakte Leitbilder aus der baden-württembergischen Nachhaltigkeitsstrategie von 2007 durch Berichte und Indikatoren zu konkretisieren und fest in den Institutionen zu verankern. Der heutige Beirat besteht aus 37 Mitgliedern, die verschiedene Kommunen, Verbände, Fachbereiche und zivilgesellschaftliche Interessen vertreten. In vier Arbeitsgruppen beschäftigen sich die Mitglieder mit den Themen Bildung für nachhaltige Entwicklung, Energie und Klima, Ziele und Indikatoren sowie nachhaltige Mobilität.

Die baden-württembergische Nachhaltigkeitsstrategie versteht sich als eine durch den NI-Beirat betriebene Plattform. Sie unterstützt seit 2014 Städte, Gemeinden und Landkreise durch Angebote, Fördermittel und Leitlinien dabei, eigene Ziele zu entwickeln und umzusetzen. Den Rahmen dafür bietet die *Kommunale Initiative Nachhaltigkeit* des Nachhaltigkeitsbüros in der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW). Das Büro berät Kommunen bei Bedarf und begleitet Prozesse (NI-Beratung). Für die Erstellung eines kommunalen Nachhaltigkeitsberichtes stellt es Leitfäden und Vorlagen zur Verfügung (NI-Berichterstattung). Kommunen können außerdem die Auswirkungen von geplanten Vorhaben in verschiedenen Handlungsfeldern nachhaltiger Kommunalentwicklung durch Nachhaltigkeitschecks schnell einschätzen und überprüfen (NI-Check).

In 2021 wird Global Nachhaltige Kommune, das Angebot der SKEW, in Kooperation mit dem Umweltministerium des Landes Baden-Württemberg ein landesweites Projekt mit zehn Kommunen zur Umsetzung der Agenda 2030 für zwei Jahre durchführen.

Ebenso sei an der Stelle das Stuttgarter Forum für Entwicklung erwähnt, dass jedes Jahr von der Landesstiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) mit Unterstützung der SKEW und den Mitteln des BMZ in Stuttgart durchgeführt wird. Der Fokus des Stuttgarter Forums für Entwicklung (SFE) ist an alle gerichtet, die sich für die kommunale Entwicklungspolitik beziehungsweise die Umsetzung der Agenda 2030 in der Kommune einsetzen.

Global Nachhaltige Kommune Baden-Württemberg

Ab 2021 berät, begleitet und unterstützt die SKEW in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg zehn Kommunen aus Baden-Württemberg bei der Erstellung integrierter Nachhaltigkeitsstrategien mit SDG-Handlungsprogrammen.

Im Kern des Projektes geht es darum, kommunale Nachhaltigkeitsstrategien im Kontext der Agenda 2030 mit der Verwaltung, Kommunalpolitik und anderen relevanten Interessensgruppen zu entwickeln. Die globalen Entwicklungsziele werden auf die kommunale Ebene heruntergebrochen und Maßnahmen mit konkreten Zielsetzungen für eine nachhaltige Entwicklung und kommunale Entwicklungspolitik erarbeitet und umgesetzt. Dabei werden die internationalen Auswirkungen des Handelns vor Ort verdeutlicht und die Bedeutung der

globalen Verantwortung auf lokaler Ebene hervorgehoben. Die Angebote des Landes Baden-Württemberg werden mit denen der SKEW sinnvoll verbunden, um Nachhaltigkeitsmanagementprozesse und -zyklen mit entwicklungspolitischen Aspekten auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg zu etablieren. Dazu wird das Konzept der Global Nachhaltigen Kommune (GNK) speziell auf die Gegebenheiten in Baden-Württemberg angepasst. Die spezifischen Zielsetzungen der baden-württembergischen Nachhaltigkeitsstrategie sowie die darin enthaltenen entwicklungspolitischen Leitlinien und die globalen Nachhaltigkeitsziele bilden die konzeptionelle Grundlage.

Linktipp

→ <https://www.nachhaltigkeitsstrategie.de/strategie/beirat/n-beirat>

4.3 Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Bayern

Eine Interministerielle Arbeitsgruppe „Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie“ wurde vom Bayerischen Ministerrat mit Beschluss vom 2. März 2010 eingesetzt. Sie setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern aller bayerischen Ministerien sowie der Bayerischen Staatskanzlei. Die erste Strategie wurde im Jahr 2013 nach einem Dialog- und Konsultationsverfahren entwickelt und baut auf dem *Aktionsprogramm Nachhaltige Entwicklung Bayern* von 2002 und auf der Bayern Agenda 21 aus dem Jahr 1997 auf.

Ab 2017 wurde die Strategie fortgeschrieben. Sie beinhaltet in ihrer neuesten Fassung nun auch das Handlungsfeld globale Verantwortung und Vernetzung neben den bisherigen Themenfeldern Klimawandel, Energie, natürliche Ressourcen, Mobilität, sozialer Zusammenhalt, Bildung und Forschung, nachhaltiges Wirtschaften und Konsum, Ernährung, Gesundheit und Pflege, Staat und Verwaltung und nachhaltige Finanzpolitik. Der Landesregierung war es wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung der politischen Leitlinien beteiligen können. Die Handlungsempfehlungen des Bürgergutachtens *2030. BAYERN, DEINE ZUKUNFT* aus dem Jahr 2018 fließen daher in die neue Strategie mit ein.

Seit 2016 stärkt das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung in Bayern die Rahmenbedingungen der globalen Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene. Es ist eine Weiterführung des Netzwerkes nachhaltige Bürgerkommune (NENA). Außerdem haben das Bayerische Landesamt für Umwelt und der Bayerische Industrie- und Handelskammertag zusammen mit Unternehmen einen SDG-Wegweiser erarbeitet und im Februar 2020 veröffentlicht. Er zeigt, wie die globalen Nachhaltigkeitsziele zukünftig leichter in Unternehmen umzusetzen sind.

Im Rahmen der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie wurde der Landkreis Passau als erste Kommune in Bayern von Global Nachhaltige Kommune in der Lokalisierung der SDGs beraten. Ebenso hat sich der Landkreis Passau der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (UN) angeschlossen und die Musterresolution der Agenda 2030 mitgezeichnet. Mit einer Nachhaltigkeitsstrategie hat sich das Passauer Land sechs der insgesamt 17 Ziele aus der Agenda vorgenommen umzusetzen und gilt als Leuchtturmprojekt in der Region.

Die SKEW hat in 2021 begonnen, neun weitere Kommunen aus Bayern im Kontext der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie bei der Entwicklung ihre eigenen kommunalen Nachhaltigkeitsstrategien zu unterstützen.

Linktipp

→ <https://www.nachhaltigkeit.bayern.de/>

4.4 Agenda 2030 in Österreich

Im Jahr 2015 hat Österreich, aufbauend auf seinen vorherigen Nachhaltigkeitsaktivitäten, offiziell beschlossen, die globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen. Seither arbeitet die Regierung

darán, die Ziele in alle Bereiche und Aktivitäten der österreichischen Politik und Verwaltung zu integrieren. Dazu hat sie in einem Ministerratsbeschluss vom Januar 2016 die interministerielle Arbeitsgruppe Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (IMAG 30) geschaffen. Diese besteht aus Nachhaltigkeitsverantwortlichen aller Bundesministerien und koordiniert sowie kommuniziert die wesentlichen Schritte zur Umsetzung der Ziele. Im Jahr 2017 veröffentlichte sie eine erste Darstellung über bereits umgesetzte Maßnahmen zusammen mit einem nationalen Set an Indikatoren.

Mittlerweile sind die globalen Nachhaltigkeitsziele auf Bundesebene in der Außenwirtschaftsstrategie, der Energie- und Klimastrategie, im Dreijahresprogramm der Entwicklungspolitik, in den Gesundheitszielen sowie der Jugendstrategie verankert. Auch Österreichs Bundesländer nehmen in ihren Strategiedokumenten Bezug auf die Ziele.

Im Juli 2020 veröffentlichte ein Konsortium aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft den ersten Freiwilligen Nationalen Bericht zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele/ SDGs (FNU). Im Mittelpunkt stehen die Themen Digitalisierung, Frauen, Jugend mit der Losung „Leaving no one behind“ – niemanden zurücklassen, Klimaschutz sowie Klimawandelanpassung. Der Österreichische Städtebund gibt konkrete Umsetzungshilfe mit einem im November 2019 veröffentlichten Leitfaden zu den globalen Nachhaltigkeitszielen in Städten.

Linktipp

Österreich und die Agenda 2030. Freiwilliger Nationaler Bericht zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele/SDGs

→ <https://www.bundestkanzleramt.gv.at/themen/nachhaltige-entwicklung-agenda-2030/bericht-erstattung-agenda-2030.html>

4.5 Agenda 2030 im österreichischen Bundesland Vorarlberg

Mit dem strategischen landesweiten Konzept Raumbild Vorarlberg 2030 – Zukunft Raum geben der Vorarlberger Landesregierung aus dem Jahr 2019 geht das Land einen wichtigen Schritt in Richtung nachhaltige Entwicklung. Unter Beteiligung der Bevölkerung wurden Leitlinien in den Bereichen Siedlungsraum, Landschaft, Landwirtschaft, Mobilität, Tourismus sowie Natur- und Freizeiträume erarbeitet. Der Fokus liegt auf der Abstimmung zwischen Raumentwicklung und Mobilität.

Weiterhin hat der Vorarlberger Landtag 2019 den Klimanotstand ausgerufen und ein Maßnahmenpaket beschlossen, um den Klimawandel zu mindern. Dieses beinhaltet unter anderem Klimachecks für Gesetze, Verordnungen und Förderungen. Zudem erarbeitet der Verein KlimaVOR! Maßnahmen im Bereich Mobilität, Gebäudewärme, Ernährung und Energie.

Insbesondere junge Erwachsene arbeiten gemeinsam mit der Caritas auf Landesebene daran, dass die globalen Nachhaltigkeitsziele erreicht werden. Zu ihren Aktivitäten zählen Workshops, Bildungsveranstaltungen an Schulen, länderübergreifende Kooperationen mit Projekten, eigenfinanzierte Auslandsprojekte sowie Aktivitäten im Benefizbereich und soziale Aktionen. Die Caritas Vorarlberg unterstützt die Ausbildung von Jugendbotschafterinnen und -botschaftern, die zukünftig als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren agieren sollen. Das Bundesland Vorarlberg weist den zweitgrößten Anteil an Schulen in Österreich auf, die vom Bundesministerium mit dem Österreichischen Umweltzeichen für zukunftsorientierte Bildungsarbeit ausgezeichnet wurden. Zusammen mit dem hohen Engagement junger Erwachsener weist dies auf das Potenzial der Region hin, in Zukunft einen signifikanten Beitrag zur Agenda 2030 zu leisten.

Linktipp

Raumbild Vorarlberg 2030

→ <https://vorarlberg.at/-/raumbild-vorarlberg-2030-neu>

4.6 Agenda 2030 in Liechtenstein



Das Fürstentum Liechtenstein beschäftigt sich seit dem Jahr 2012 mit der Agenda 2030. Der konkrete Anlass war die auf der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Ent-

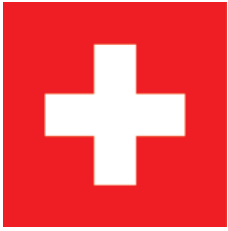
wicklung durch die UN-Mitgliedsstaaten beschlossene Entwicklung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Seitdem verfolgt Liechtenstein eine allgemeine Nachhaltigkeitspolitik und -strategie. Sie beruht auf verschiedenen thematischen Schwerpunkten. Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstra-

tegie wird konsistent bewertend verfolgt. Das Amt für Statistik veröffentlicht jährlich einen Indikatorenbericht für nachhaltige Entwicklung. 2019 brachte die Regierung des Fürstentums Liechtenstein einen Bericht über die Umsetzung der Agenda 2030 heraus. Dieser beschreibt für alle 17 Nachhaltigkeitsziele die aktuelle Situation im Inland, Herausforderungen und aktuelle sowie zukünftige Maßnahmen und gibt eine Gesamtbeurteilung.

Linktipp

→ [Report on the implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development \(PDF\)](#)

4.7 Agenda 2030 in der Schweiz



In seiner übergeordneten Strategie nachhaltige Entwicklung (SNE) dokumentiert der Schweizer Bundesrat die politischen Schwerpunkte für Nachhaltigkeit in der eidgenössischen Entwicklung mittel- bis langfristig. Die SNE soll das Instrument zur Umsetzung der Schweizer

Agenda 2030 werden. Die SNE 2016-2019 beschreibt unter Punkt 9 die Zusammenarbeit mit Kantonen und Gemeinden. Nachhaltige Entwicklung auf allen Verwaltungsebenen und der Austausch zwischen diesen ist darin ein zentrales Anliegen. Die SNE wird mit der Legislaturplanung in Vierjahreszyklen ausgelegt. Im Zeitraum 2020–2030 soll die Strategie völlig auf die Agenda 2030 ausgerichtet sein. Schwerpunkte der aktuellen Strategie sind die Themen 1) Konsum und Produktion, 2) Energie, Klima und Biodiversität und 3) Chancengleichheit. Über die SNE sollen alle Kantone und Gemeinden auf die Agenda 2030 ausgerichtet werden.

Weiterhin gibt es das Schweizer Forum nachhaltige Entwicklung. Es ist eine Plattform, auf der sich verschiedene Akteurinnen und Akteure vernetzen und zu den globalen Nachhaltigkeitszielen austauschen können. Zu diesen gehören unter anderem die Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK), der Städteverband SSV und der Gemeindeverband SGV. Zudem fördert und unterstützt der Bund regionale und lokale Prozesse, Projekte und Initiativen, die zur nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Er unterhält eine Datenbank mit aktuellen Projekten in der Schweiz und organisiert Veranstaltungen, auf denen Akteurinnen und Akteure Wissen und Erfahrungen zu guten Projektbeispielen austauschen können.

Mit dem Netzwerk Cercle Indicateurs fördert der Bund, dass Kantone, Gemeinden und Städte ihre Fortschritte der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele messen können. Die Kantone erheben ihre Indikatoren alle zwei Jahre, die Gemeinden und Städte alle vier. Es gibt 30 Indikatoren aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Bundesämter für Raumentwicklung (ARE), Statistik (BFS), und Umwelt (BAFU) tragen das Netzwerk gemeinsam mit den Kantonen und Städten.

Linktipp

Strategie Nachhaltige Entwicklung (SNE)

→ <https://www.admin.ch/sne>

4.8 Agenda 2030 in den Schweizer Kantonen

Die Schweizer Kantone haben Nachhaltigkeit in ihren kantonalen Verfassungen verankert. Die Verfassung des Zürcher Kantons enthält beispielsweise einen Artikel, in dem es um den Erhalt der Lebensgrundlagen und die Verantwortung für zukünftige Generationen geht. Dazu sei eine ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltige Entwicklung verpflichtend.

Den Umsetzungsstand der Agenda 2030 in den Kantonen misst der Cercle Indicateurs. 2019 haben 19 Kantone an der Erhebung der Nachhaltigkeitsindikatoren teilgenommen. Es war das erste Mal, dass nachhaltige Entwicklung auf Kantonenebene gemessen wurde. Ab 2020 soll der Cercle Indicateurs die globalen Nachhaltigkeitsziele noch stärker einbeziehen.

Linktipp

Netzwerk „Cercle Indicateurs“

→ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/nachhaltige-entwicklung/cercle-indicateurs.html>

4.9 Agenda 2030 im Kanton St. Gallen

In St. Gallen sind die globalen Nachhaltigkeitsziele in der kantonalen Verfassung verankert. Maßnahmen zum Klimaschutz und für saubere und bezahlbare Energie decken sich mit den Zielen 7 *Bezahlbare und saubere Energie* und 13 *Maßnahmen zum Klimaschutz*. 2018 erarbeitete die Fachhochschule St. Gallen (FHS) den Bericht *Agenda 2030 im Kanton St. Gallen*, in dem eine Bestandsaufnahme der nachhaltigen Entwicklung in St. Gallen gemacht wurde. Außerdem fanden thematische Werkstätten im Rahmen des Netzwerkes *Agenda 2030 – Netzwerk St. Gallen* statt. Darin trafen sich rund 100 Akteurinnen und Akteure aus Gemeinden, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wissenschaft. Ergebnisse zeigen, dass sich die Akteurinnen und Akteure insbesondere gern besser vernetzen würden. Zudem sei die Rolle von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung zu klären. Es wurde angemerkt, dass Begegnungsräume notwendig seien, um Projekte zu gestalten. Einfluss auf diesen Prozess kann auch die anhaltende Hitze- und Dürreperiode 2018 gehabt haben, die kantonweit für Probleme sorgte.

Linktipp

→ [Bericht Agenda 2030 im Kanton St. Gallen \(PDF\)](#)

5. NACHHALTIGKEIT ALS LEITPRINZIP FÜR KOMMUNALES HANDELN

Warum sind die Kommunen so bedeutsam für die Umsetzung der Agenda 2030? Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt im urbanen Raum, der Trend nimmt weiter zu. Die Nachhaltigkeitsprozesse und -strategien der Kommunen sind daher von besonderer Tragweite – viele Akteurinnen und Akteure sehen den Erfolg der Agenda 2030 abhängig davon, ob die Umsetzungsprozesse auf lokaler Ebene gelingen. Mit dem Ziel 11 *Nachhaltige Städte und Gemeinden* ist der kommunalen Ebene ein eigenständiges Nachhaltigkeitsziel gewidmet, um Städte inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten. Daneben spielen Städte, Gemeinden und weitere Gebietskörperschaften auch für die Verwirklichung fast aller anderen Nachhaltigkeitsziele eine Rolle. Herauszustellen sind das Ziel 7 *Bezahlbare und saubere Energie*, Ziel 12 *Nachhaltig produzieren und konsumieren*, Ziel 13 *Weltweit Klimaschutz umsetzen* und Ziel 17 *Globale Partnerschaft*. Aus entwicklungspolitischer Sicht spielt die globale Verantwortung bei allen Nachhaltigkeitszielen eine bedeutende Rolle und sollte daher systematisch in den Nachhaltigkeitsstrategien und ihren Zielen neben der ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimension als vierte Dimension berücksichtigt werden.

Für die Kommunen gilt es nun ebenso, die globalen Nachhaltigkeitsziele für die kommunale Ebene aufzuschlüsseln und integrierte Nachhaltigkeitsstrategien zu erarbeiten. In vielen Fällen können die Kommunen mit den Prozessen zur Umsetzung der Agenda 2030 an die vor Ort oft schon seit vielen Jahren laufenden und teilweise intensiv betriebenen Nachhaltigkeitsaktivitäten anschließen, können unmittelbar auf bestehenden Initiativen und Institutionen aufbauen oder diese neu beleben.

Erste Städte, Gemeinden und Landkreise haben bereits begonnen, kommunale Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln, die sich explizit auf die Agenda 2030 und ihre Ziele beziehen. Dabei haben sie Spielraum, sich auf prioritäre Handlungsfelder zu konzentrieren oder in ihren Zielssystemen und Fortschrittsindikatoren über den internationalen Konsens hinauszugehen.

Die Kunst dabei liegt in der Übersetzung der globalen Vorgaben unter Berücksichtigung der nationalen Nachhaltigkeitsagenda in das lokale Handeln vor Ort.



Offizielle Überreichung der SDG-Urkunde an den Landrat Franz Meyer des Landkreises Passau durch Minister Müller am 2. Februar 2019

Aktiv beraten und begleitet werden die Kommunen dabei von der SKEW im Rahmen des Projektes Global Nachhaltige Kommune.

Ein erster Schritt zur kommunalpolitischen Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Ziele kann darin bestehen, einen entsprechenden Beschluss im Stadt- oder Gemeinderat zu verabschieden. Der Deutsche Städtetag und die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas haben unter Mitwirkung der SKEW dazu eine Musterresolution mit dem Titel *2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten* entwickelt. Mit der Unterzeichnung der Musterresolution können sich Kommunen zu einer nachhaltigen Entwicklung

vor Ort und weltweit bekennen und signalisieren, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen ergreifen. Das können beispielsweise die Entwicklung kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien zur Integration der Sustainable Development Goals (SDGs) in den Verwaltungsalltag sein oder Maßnahmen des entwicklungspolitischen Engagements vor Ort und weltweit. Einmal im Jahr wird ein Vernetzungstreffen des „Clubs der Agenda 2030 Kommunen“, dem alle Zeichnungskommunen angehören, durchgeführt. Anfang 2021 waren es über 172 Zeichnungskommunen und bis 2030 sollen mindestens 500 Kommunen die Musterresolution mitgezeichnet haben.

20



Jahrestreffen des Clubs Agenda 2030 Kommunen im Kölner Rathaus am 18. April 2018. Jürgen Schmeier, Stadt Bedburg, zeigt die einzelnen Prozessschritte der Nachhaltigkeitsstrategieentwicklung auf

6. LOKALE BEITRÄGE ZUR AGENDA 2030 IN DER BODENSEEREGION

Deutschland, Österreich, die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein haben die von der internationalen Staatengemeinschaft beschlossene Agenda 2030 wie viele andere Länder in nationale Strategien und Handlungsrahmen überführt. Gleich an mehreren Stellen wird betont, wie wichtig der Beitrag von Gemeinden, Städten, Landkreisen und Regionen zur Erreichung der Ziele ist. Vielerorts fällt es jedoch noch schwer, die Brücke zwischen den nationalen Rahmenbedingungen und der Umsetzung auf lokaler Ebene zu schlagen.

Welche Chance sehen Kommunen rund um den Bodensee in der Agenda 2030 und wie gehen sie gleichzeitig auch mit den Herausforderungen um? Zahlreiche Beispiele zeigen, wie lokales Engagement rund um eine nachhaltige Entwicklung erfolgreich sein kann. Auch wenn es manchen Kommunen nicht bewusst ist, tragen sie mit ihren Aktivitäten schon heute dazu bei, dass wir den Nachhaltigkeitszielen näherkommen. Anderen ist es wiederum gelungen, den Bezug zur Agenda 2030 herzustellen und im Rahmen der globalen Nachhaltigkeitsziele ihre eigenen Ziele zu formulieren.

Ein Rundgang um den Bodensee gibt Einblick in die Erfahrungen, Prozesse und konkrete Umsetzungsbeispiele der Agenda 2030. Von A bis Z, von Allensbach bis Zürich zeigt sich, wie globale

Nachhaltigkeitsziele auf lokaler Ebene umgesetzt werden. In **Allensbach** gibt der Bürgermeister Einblick in die Nachhaltigkeitsaktivitäten der kleinen Gemeinde am Westufer des Bodensees. Auf dem Weg geht es weiter nach **Konstanz**, dem Austragungsort der regelmäßig stattfindenden Bodenseekonferenz „Konstanzer Nachhaltigkeitskonferenz“. Am Nordufer des Bodensees liegt die Stadt Friedrichshafen, die bei der Umsetzung ihrer Nachhaltigkeitsaktivitäten auf die Einbindung zahlreicher Akteurinnen und Akteure setzt. Die bayerische Stadt **Kempton** kann auf einen langen Prozess als Fairtrade-Stadt zurückblicken. Der kleine Ort **Wildpoldsried** ist als Energiedorf weit über seine Grenzen hinaus bekannt. Die österreichische Stadt **Bregenz** kooperiert mit anderen Städten aus der Region im Bereich Energie. Unterstützung erhält sie dabei vom **Vorarlberger Gemeindeverband**. Das Engagement des **Fürstentums Liechtenstein** wurde bereits mit den Auszeichnungen *Solarweltmeister* und *erstes Energieland* gewürdigt. Weiter geht es in die Schweiz in die Energiestadt Gold **St. Gallen**. Der Rundgang endet in **Zürich**, das mit seinem eigens entwickelten Textilrechner Nachhaltigkeitsaspekte bei der Beschaffung von Textilien berücksichtigt.



6.1 Allensbach – Nachhaltigkeit in einer kleinen Gemeinde

Die Gemeinde Allensbach im baden-württembergischen Landkreis Konstanz umfasst eine Fläche von 26,53 Quadratkilometern. Mit ihren 7.120 Einwohnerinnen und Einwohnern ist sie, verglichen mit den anderen Gemeinden und Gemeindeverbänden, eine der kleineren Gemeinden direkt am Bodensee.

Allensbach erstellte 2015 einen Nachhaltigkeitsbericht, in dem die Gemeinde zum ersten Mal ihre Aktivitäten systematisch erfasste. Diesem Meilenstein ging ein langjähriger Agenda-21-Prozess voraus. Unterstützt wurde die Gemeinde von Verwaltungsmitarbeitenden, einzelnen Schlüsselakteurinnen und -akteuren sowie Fördermittelgebern und Institutionen. Obwohl die Agenda 2030 noch nicht institutionell verankert ist, trägt Allensbach mit unterschiedlichen Aktivitäten bereits zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele bei. Investitionen in Kindergärten und Schulen tragen zum Ziel 4 *Chancengerechte und hochwertige Bildung* bei. Photovoltaikanlagen und „saubere“ Heizungen bei Neubauten unterstützen Ziel 7 *Bezahlbare und saubere Energie*. Das Ziel 11 *Nachhaltige Städte und Gemeinden* wird unter anderem durch die Gründung einer eigenen Wohnbaugesellschaft gefördert und Maßnahmen

zum Schutz des Bodensees tragen zum Ziel 14 *Leben unter Wasser* bei. Das Ziel 13 *Klimaschutz und Anpassung* wird durch Projekte im Bereich Energie und Mobilität angegangen. Das 1-Euro-Ticket im ÖPNV sorgt zudem für weniger Ungleichheiten – gemäß dem zehnten Ziel *Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern*.

Im Jahr 2017 führte die Gemeinde Allensbach eine Nachhaltigkeitswerkstatt zur Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsberichts durch. Gefördert wurde diese Veranstaltung durch den Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global. Bürgermeister Stefan Friedrich nahm zudem an der 3. Konstanzer Nachhaltigkeitskonferenz aktiv als Podiumsgast teil. Allensbach gilt vor allem bei den kleinen Kommunen als Vorreiterin in Sachen Nachhaltigkeit.

Wie führte der Weg vom Agenda-21-Prozess zum Nachhaltigkeitsbericht und welchen Stellenwert haben heute die globalen Nachhaltigkeitsziele in diesem Prozess? Der Bürgermeister der Gemeinde Allensbach, Stefan Friedrich, gibt im folgenden Interview einen umfassenden Einblick.



INTERVIEW

mit Stefan Friedrich, Bürgermeister der Gemeinde Allensbach



Bürgermeister
der Gemeinde
Allensbach
Stefan Friedrich
© Gemeinde
Allensbach

Welche Aktivitäten hat Allensbach in letzter Zeit im Nachhaltigkeitsbereich durchgeführt?

Beim jüngsten Neubau eines Kindergartens halten wir KfW 40-Standards ein. Der Gemeinderat möchte zudem die maximal mögliche Dachfläche der eigenen Gebäude mit Photovoltaik belegen. Diese Punkte weisen wir zwar nicht explizit als Klimaschutzprojekte aus, beachten in unseren Bauvorhaben aber stattdessen eine möglichst ökologische Umsetzung. Außerdem haben wir seit gut drei Jahren ein 1-Euro-Ticket für das Busfahren innerhalb des Ortes. Seither fahren wesentlich mehr Leute mit dem Bus. Es sind eher die kleinen Dinge, die es schaffen, erfolgreich etabliert zu werden. Im Alltag sind diese nachhaltiger als ein oder zwei Leuchtturmprojekte, die gut verkauft werden. In einem Bereich wollen wir aber Vorreiter sein: In einem Baugebiet für nachhaltiges Wohnen wird ein innovatives Energiesystem eingeführt – SoLAR Allensbach. An diesem arbeiten die Agenda-Gruppe, der Bauherr, Forschungsinstitute und Unternehmen zusammen. Es wird durch das Umweltministerium des Landes gefördert. Dieses Baugebiet wird gerade fertig gestellt, das heißt in wenigen Monaten kann man sehen, wie die wissenschaftlichen Berechnungen aus der Theorie im Realbetrieb funktionieren.

Was ist Ihnen bei Ihren Aktivitäten wichtig?

Uns ist wichtig, Bürgerinnen und Bürger an Prozessen zu beteiligen. Um sie mehr mitzunehmen und bei Umgestaltungen einzubinden, hatten wir in den letzten Jahren unter anderem eine große Bürgerversammlung, einen Dorfspaziergang und ein Beteiligungsverfahren für ein Sanierungsgebiet.

Was sind derzeit anstehende Projekte in Allensbach?

Im November werden wir einen Klimarat gründen. Dieser besteht aus Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinderats, unserer schon länger bestehenden lokalen Agenda-Gruppe Energie, Ressourcen und Klimaschutz sowie dem neu gegründeten Jugendbeirat Allensbachs. Dort werden wir viermal im Jahr Nachhaltigkeitsthemen besprechen. Der Vorteil ist, dass alle an einem Tisch sitzen, sich einbringen und auf Augenhöhe diskutieren können. Wir wollen unsere Wertschätzung gegenüber dem Jugendbeirat und der Agenda-Gruppe zeigen. Da der Klimarat die Gemeinderäte einschließt, können wir die Ergebnisse anschließend zügig auf den Weg bringen. Das ist deswegen sinnvoll, da der Gemeinderat immer unter Zeitdruck steht. Ökologie und Nachhaltigkeit sind oft nicht die gefühltest dringendsten Themen und fallen daher öfters hinten runter. Im Klimarat beschäftigen wir uns nur mit diesen Themen, damit kommen wir viel weiter als bisher.

Welche Rolle nimmt die Gemeinde im Agenda-Prozess ein?

Bei der Gemeindeverwaltung gibt es eine Agenda-Beauftragte. Sie ist die Schnittstelle zwischen der Agenda-Gruppe, der Verwaltung und dem Gemeinderat. Ihre Arbeit ist in den letzten Jahren noch intensiviert worden, da es in Allensbach viele engagierte Personen gibt. Erst dieses Jahr hat sich wieder eine neue Gruppe gegründet. Die Agenda-Beauftragte hat sie dabei unterstützt, beraten, einen Förderantrag gestellt und mit den

Geldern eine erste Veranstaltung ausgerichtet. So etwas ist Aufgabe der Kommune: Wer Engagement in der Bevölkerung hat, sollte es bündeln und strukturieren, um weiterzukommen. Wenn die mal drin sind, dann läuft das praktisch von allein. Das macht bei Agenda-Gruppen aber nur Sinn, wenn die Leute sich langfristig beteiligen wollen, ansonsten sollte man andere Wege aufzeigen. Aber im Moment ist durchaus sehr viel Interesse in der Bevölkerung da, sich konstruktiv einzubringen.

Welche Rolle nehmen Sie als Bürgermeister oder der Gemeinderat im Agenda-21-Prozess ein?

Als Gemeinde richten wir einmal im Jahr einen Dankesabend aus, wo wir alle Agenda-Gruppen zusammzubringen. Da sie sich mit verschiedenen Themen beschäftigen, fehlt oft die Schnittmenge. Sie haben aber eins gemeinsam: Sie sind ehrenamtlich in der Agenda engagiert. Bei den Abenden informiere ich die Gruppen über anstehende Projekte und Unterstützungsbedarf. Es geht aber auch darum, sich ganz niederschwellig bei Essen und Trinken auszutauschen. Ich als Bürgermeister gehe zudem mindestens einmal im Jahr in jede der Gruppen, wenn der Arbeitskreis daran Interesse hat. Manche nehmen davon gern Gebrauch, um mit mir zu diskutieren, andere haben nicht so viele Themen, wofür man den Bürgermeister braucht. Jede Agenda-Gruppe darf auch mindestens einmal im Jahr mit ihren Themen direkt beim Gemeinderat vorsprechen.



Bürgermeister Friedrich auf der Bürgerversammlung der lokalen Agenda © Gemeinde Allensbach

Was hat die Gemeinde 2015 bewegt, einen Nachhaltigkeitsbericht zu verabschieden? Was waren die entscheidenden Prozesse?

Einzelbausteine hatten wir auch früher schon, aber nie einen richtigen roten Faden, um bei einem Prozess dauerhaft mitzuwirken oder ein Oberziel zu setzen. Der Nachhaltigkeitsbericht war da, um zu sehen, wo wir stehen und um zu testen, wo wir hinwollen. Eigentlich müsste der



alle paar Jahre erneuert werden – wir haben aber bisher noch keinen Nachfolger. Mir ist es lieber, ihn alle fünf Jahre rauszubringen und was Neues zu berichten, als nur das Alte wieder aufzuwärmen. Wir haben gerade in den letzten zwölf Monaten wesentliche Richtungsänderungen erlebt, so viele wie in den letzten fünf Jahren nicht.

Woran liegt es, dass gerade in letzter Zeit so viel passiert?

Im Moment ist zu spüren, dass das Engagement nach oben gegangen ist. Ich glaube, das Verständnis in der Bevölkerung hat sich ein Stück weit verändert. Während früher Nachhaltigkeit und Ökologie nicht so wichtig waren, obwohl man wusste, man müsste eigentlich mehr machen, haben sich viele mit ihren Entscheidungen dann doch „wie immer“ verhalten. Ich glaube schon, dass in den letzten ein bis zwei Jahren in Teilen ein gesellschaftliches Umdenken stattgefunden hat.

Welchen Vorteil hat Allensbach als kleine Kommune?

Das Gute an einer so kleinen Kommune ist, dass ich eigentlich erstmal keinen Nachhaltigkeitsbericht brauche. Das Wichtige ist, konkrete Projekte anzugehen. Der Bericht dokumentiert diese dann. Aber er ist keine starre Vorgabe, bei der man vor-

her ganz genau festlegt, was man machen will. Er ist eher eine Art Richtschnur, man kann auch spontan sein und sagen: In die Richtung geht es weiter.

Inwieweit spielen die Agenda 2030 und die globalen Nachhaltigkeitsziele eine Rolle in Allensbach?

Man muss da unterscheiden. Bei uns wird viel für die Agenda 2030 und die Nachhaltigkeit unternommen. Die Agenda-Gruppen kennen die Ziele und arbeiten darauf hin. Das heißt bei uns nur anders. Beim Thema Energieversorgung für unseren Ortsteil weiß jede und jeder, was gemeint ist, bei „SDG 7“ nicht. Am Ende ist es aber das Gleiche. In der direkten Gemeindefarbeit spielen die globalen Nachhaltigkeitsziele aber keine wirkliche Rolle. Ich sehe mich und die Verwaltung aber in der Pflicht, dass wir bei unseren Vorschlägen immer schauen: Arbeiten wir für oder gegen die globalen Nachhaltigkeitsziele? Wenn wir fortschrittlich sind, können wir das in den nächsten Jahren natürlich mit auswerten. So etwas kann man in Entscheidungen einfließen lassen. Aber wir müssen ein Stück weit noch transformieren. Das, was wir in der Diskussion mit der Bevölkerung erarbeiten, und die Maßnahmen müssen wir in der Verwaltung den Nachhaltigkeitszielen zuordnen. Der Kindergartenneubau kann zum Ziel 4 Hochwertige Bildung gerechnet werden. Auch in den Themen Energie, Klimaschutz, Leben unter Wasser und im Naturschutz sind wir natürlich aktiv. Viele unserer laufenden Maßnahmen können den Zielen zugeordnet werden. Das könnten wir im Nachhaltigkeitsbericht tun, aber Automatismus besteht nicht. Wir haben niemanden, der oder die das für uns macht oder bereits gemacht hat.

Was müsste denn passieren, dass die globalen Nachhaltigkeitsziele kommunal verankert werden und wo sehen Sie gerade noch Herausforderungen?

Hürden sehe ich vor allem im bürokratischen Aufwand der Genehmigungsprozesse und teilweise bei den Vorbehalten einiger Personen. Aber auch die Kosten sind ein Punkt. Ich brauche im Grunde Personen in der Verwaltung, die federführend mitarbeiten. Bei uns scheitert es nicht am Willen, sondern an der personellen Kapazität. Neben den vielen Punkten, die ich umsetzen will, habe ich keine Zeit für den Nachhaltigkeitsbericht.

Wo würden Sie sich Unterstützung im Bereich Nachhaltigkeit, aber auch vor allem in Bezug auf die Agenda 2030 wünschen, um diese weiter voranzubringen?

Wir haben Ideen, wir haben Projekte und ich habe Rückhalt aus der Bevölkerung und dem Gemeinderat, der mich unterstützen wird. Die einzige Engstelle ist Personal in der Verwaltung, die das alles abarbeitet. Und ich bin mir sicher, wir könnten wesentlich mehr in wesentlich kürzeren Zeitabständen machen, wenn wir Personal hätten. Ich weiß, Bürgermeister wollen immer Geld haben – aber wenn jetzt jemand sagt, da ist eine Person, die bringt die Agenda-Arbeit voran und es gibt Förderung für die Personaleinsätze, dann nehme ich das gern an! Für den Nachhaltigkeitsbericht werden wir unterstützt und bekommen Förderung. Das ist aber auch notwendig.

Was sind denn weitere wichtige Themen für die Zukunft im Bereich Nachhaltigkeit für Allensbach?

Gesellschaft und Wohnen sind wichtige Themen. Armut wäre übertrieben, aber wenn es um bezahlbaren Wohnraum geht, haben wir ein richtiges Problem. Für nachhaltige Städte würde ich Wohnraum als zukünftiges Thema sehen. Und wir wollen natürlich auch unseren Nachhaltigkeitsbericht erneuern. Da habe ich auch von diesem Interview profitiert und kann daraus Stichworte für das Update der Agenda-Beauftragten übernehmen.

Weitere Informationen zu Allensbach

→ <https://www.gemeinde-allensbach.de/>

Unterstützungsangebot SEKW

- Beratungsleistung durch Global Nachhaltige Kommune in der Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten
<https://skew-engagement-global.de/global-nachhaltige-kommune.html>
- Kleinprojektfonds Kommunale Entwicklungspolitik – Einstiegshilfen für Maßnahmen und kommunale Partnerschaften der Entwicklungszusammenarbeit
<https://skew-engagement-global.de/kleinprojektfonds.html>



6.2 Konstanz – Die Nachhaltigkeitskonferenz

Die baden-württembergische Kreisstadt Konstanz ist mit ihren rund 86.300 Einwohnerinnen und Einwohnern die größte Stadt am Bodensee.

Ihrer globalen Verantwortung kommt die Stadt durch ihre Mitwirkung bei Veranstaltungen des Vereins ProAmazonia Konstanz nach. Dieser fördert Klimaschutz und die Einhaltung von Menschenrechten unter Teilhabe der lokalen Bevölkerung im Amazonas-Regenwald. Dabei begleitet ProAmazonia Partnerschaften zwischen indigenen Völkern und Institutionen oder Unternehmen und führt Projekte zum Schutz indigener Lebensräume sowie der Artenvielfalt in Naturräumen durch. Beispielsweise hat der Verein eine Klimapartnerschaft zwischen der Stadt Konstanz und dem Volk der Borari in Brasilien ins Leben gerufen. Im November 2019 veranstaltete ProAmazonia gemeinsam mit der Stadt Konstanz den Konstanzer Tag des Amazonas.

Ein weiterer lokaler Akteur, der zur globalen Nachhaltigkeit in und über Konstanz hinaus beiträgt, ist der Konstanzer Weltladen. Er wird getragen vom Aktionskreis „Dritte Welt e. V.“ und besteht in Konstanz seit Anfang der achtziger Jahre. Er unterstützt Projekte und Kampagnen in Ländern des Globalen Südens und informiert über Welt Handelsstrukturen und politische Zusammenhänge. Die Verkaufsprodukte werden von selbstverwalteten Betrieben hergestellt, in denen gerechte und menschenwürdige Arbeitsbedingungen umgesetzt werden.

Mit dem Ziel, in ganz Deutschland 100 Prozent Ökostrom anzubieten, treiben die Stadtwerke

Konstanz seit 2012 mit der Marke Enspire Energie die umweltfreundliche und nachhaltige Energieerzeugung, beispielsweise in Form von Photovoltaikanlagen und Blockheizkraftwerken, voran. Um einen Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz im Sinne der globalen Verantwortung zu leisten, wurde 2014 der Enspire Award ins Leben gerufen, der seitdem jährlich ein ausgewähltes Energieprojekt im Globalen Süden mit 5.000 Euro unterstützt. Voraussetzung hierfür ist, dass es sich um Projekte im Globalen Süden handelt, die durch die Etablierung erneuerbarer Energien die Rahmenbedingungen für eine konstante und ökologische Stromversorgung schaffen. Eines dieser geförderten Projekte ist das 2018 ausgezeichnete Vorhaben des Vereins YOOW e.V. Im Rahmen dieses Projekts realisierte der Verein zusammen mit der Partnerorganisation Chiuno-CBO das Chiuno Cultural Center in der malawischen Gemeinde Chiuno Village. Dieses wird über eine örtliche Solaranlage mit dazugehörigen Solarspeichern betrieben. Außerdem sollen auch einzelne Haushalte der Gemeinde mit kleinen Modulen für Lichtstrom ausgestattet werden, um den Kindern auch zu Hause eine Lernmöglichkeit zu bieten. Die Stadtwerke Konstanz tragen somit nicht nur zu Ziel 7 *Bezahlbare und saubere Energie* und 13 *Maßnahmen zum Klimaschutz* bei, sondern explizit auch zu Ziel 17 *Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen*. Darüber hinaus stellte in 2019 Konstanz einen Integrationsbeauftragten für den Schwerpunkt Geflüchtete ein. Ein neues Integrationskonzept „Internationale Stadt Konstanz“ ist in Planung.

Klassische Nachhaltigkeitsaktivitäten finden in Konstanz in vielen verschiedenen Bereichen statt. Insbesondere dem Klimaschutz widmet die Stadt seit Jahren besondere Aufmerksamkeit. Bereits 1992 trat sie dem Klimabündnis bei, in dem sich Städte verpflichten, ihre Emissionen zu mindern. Zudem schloss sie sich im Rahmen eines Interreg-Projektes den Zielen der 2.000-Watt-Gesellschaft an und startete gemeinsam mit weiteren Bodenseekommunen 2.000-Watt-Kampagnen. Im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative erarbeitete das Konstanzer Amt für Stadtplanung und Umwelt 2016 ein Integriertes Klimaschutzkonzept (IKSK). Weiterhin nimmt Konstanz bereits seit 2008 am European Energy Award (eea) teil und trägt mit Aktivitäten zum Nachhaltigkeitsziel 7 *Bezahlbare und saubere Energie* bei. Außerdem verabschiedete die Stadt im Herbst 2018 ihren Energienutzungsplan (ENP), dessen Umsetzung zu den globalen Nachhaltigkeitszielen 7 *Bezahlbare und saubere Energie* als auch 13 *Maßnahmen zum Klimaschutz* beiträgt.

Das 2010 erstellte Stadtentwicklungsprogramm Zukunft Konstanz 2020 (STEP) kommt dem Ziel 11 *Nachhaltige Städte und Gemeinden* zu Gute. Unter Beteiligung der Konstanzerinnen und Konstanzer entstanden Leitlinien für die Bereiche des städtischen Lebens. Zudem veröffentlichte die

Stadtverwaltung 2020 das Handlungsprogramm Wohnen sowie einen Masterplan Mobilität 2020+. Ersteres enthält Maßnahmen für eine ausgewogene Wohnungsentwicklung, letzteres Ziele und Maßnahmen für die zukünftige verkehrliche Entwicklung der Stadt. Konstanz ist außerdem Teil des Nachhaltigkeitsprojektes Zukunftsstadt mit dem Modellquartier Christiania-Wiesen. Im Rahmen von „Wir im Quartier – gemeinsam für mehr Klimaschutz in Konstanz“ veranstaltet die Stadt Workshops, in denen Bürgerinnen und Bürger sowie Expertinnen und Experten über Nachhaltigkeit in den Bereichen Ernährung, Konsum, Mobilität, Energieverbrauch und Abfall diskutieren konnten.

Zudem ist die Stadtverwaltung dabei, ihre Kapazitäten im Bereich Integration auszuweiten, womit sie zum Nachhaltigkeitsziel 10 *Weniger Ungleichheiten* beiträgt.

Im Mai rief der Oberbürgermeister im Mai 2019 für Konstanz als erste deutsche Stadt den Klimanotstand aus. Mehr als 60 Städte sind seither gefolgt. Der Notstand verpflichtet Gemeinderat und Verwaltung dazu, die Auswirkungen auf den Klimaschutz zukünftig bei allen Entscheidungen zu berücksichtigen. Seither berichtet die Stadtverwaltung der Öffentlichkeit halbjährlich über den



Das Stadtwechsel-Mobil wird als mobiles Begegnungszentrum künftig Raum für Klimaschutzaktionen und städtische Meetings bieten. Es wurde mit den Aktionstagen Stadtwechsel am 03./04. Juli 2021 geöffnet © Stadt Konstanz

Stand zur Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Bürgerschaftliches Engagement im Klimaschutz fördert die Stadt mit dem Klima-Budget oder Aktionen, wie Klimabäume für Konstanz. Mit der intensiven Arbeit an der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen unterstützt Konstanz das globale Nachhaltigkeitsziel 13 *Maßnahmen zum Klimaschutz*.

Weitere Informationen zu Konstanz

→ <https://www.konstanz.de/leben+in+konstanz/umwelt>

Auch der Landkreis Konstanz übernimmt durch seine Aktivitäten in der kommunalen Entwicklungspolitik globale Verantwortung für eine zukunftsfähige Entwicklung der Menschen und des Planeten. Durch die Förderung der fairen und nachhaltigen Beschaffung bezieht der Landkreis explizit Nachhaltigkeitskriterien beim Bezug kommunaler Produkte ein, um so zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen zu unterstützen. Zur gezielten Verankerung dieser Beschaffungspraktiken wurde 2018 in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Lindau, dem Ökobeschaffungsservice Vorarlberg sowie den Schweizer Kantonen St. Gallen und Thurgau die erste Bodenseetagung zum Thema nachhaltige Beschaffung durchgeführt. Um dieses Engagement zu stärken und zu institutionalisieren, möchte sich der Landkreis um den Titel *Fairtrade-Landkreis* bewerben. Durch diese Maßnahmen trägt der Landkreis Konstanz zu einem nachhaltigeren Konsum und Produktionsmuster durch Partnerschaften im Sinne der Ziele 12 *Nachhaltige/r Konsum und Produktion* und 17 *Globale Partnerschaft* bei.

Die „Internationale Konstanzer Nachhaltigkeitskonferenz“

Seit 2016 findet alle zwei Jahre die Internationale Nachhaltigkeitskonferenz statt, als Angebot der SKEW im Rahmen von Global Nachhaltige Kommune. In Vorträgen und Diskussionen thematisiert die Veranstaltungsreihe Erfolge und Herausforderungen in der Umsetzung der Agenda 2030. Die globalen Herausforderungen als auch die lokale Umsetzung in der Bodenseeregion und ihre Verbindung zueinander sind zentrale Themen im Programm. Hauptanliegen der Konferenzreihe ist weiterhin, Akteurinnen und Akteure des Vierländerecks für einen kontinuierlichen Erfahrungsaustausch zusammenzubringen.

Mit dem Titel „Grenzenlos nachhaltig – Europäische Kommunen im Vergleich“ waren die globalen Nachhaltigkeitsziele Thema der Internationalen Konferenz in 2015, zu der die Stadt Konstanz und die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt in Kooperation mit der Organisation Translake eingeladen hatten. Neben Repräsentantinnen und Repräsentanten der Landes- und Staatsebene sowie aus Wirtschaft und Wissenschaft nahmen rund 120 Kommunalvertreterinnen und -vertreter aus Deutschland, der Schweiz und Österreich teil.

Zum wiederholten Mal lud die SKEW in Kooperation mit der Stadt Konstanz zu einer Internationalen Nachhaltigkeitskonferenz mit dem Titel „KOMMUNEN GESTALTEN MIT – Stand der Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene“ über den Stand der Umsetzung der Agenda 2030 auf lokaler Ebene vom 17. bis 18. Mai 2018 nach Konstanz ins Bodenseeforum ein. Ein Methodenmix aus Fachvorträgen, spannende Plenumsdiskussionen, Interviews sowie Gruppenarbeit brachten die über 80 Teilnehmenden wieder ein Stück nach vorne in ihren Bemühungen der Verwirklichung der SDGs vor Ort. „Wir haben es uns mit der Nachhaltigkeitskonferenz zum Ziel gesetzt, über den Tellerrand hinauszublicken. Wir wollen Themen aufgreifen, die für die Zukunft aller Städte, Gemeinden und Landkreise von besonderer Bedeutung sind“, betonte Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, bei seiner Eröffnungsrede. Beispiele von Kommunen aus Österreich, Schweiz, Ghana, Bosnien, Bayern und Baden-Württemberg zeigten wie die Umsetzung der Agenda 2030 funktionieren kann. Die Teilnahme internationaler

Vertreterinnen und -vertreter wie die Bürgermeisterin der ghanaischen Hauptstadt Accra, Jennifer Dede Afagbedzi, ermöglichte immer wieder den Austausch wichtiger Erkenntnisse. Beim Besuch der Insel Mainau konnte eine gelebte Nachhaltigkeitspraxis vor Ort veranschaulicht werden.

Im Jahr 2020 fand die Konferenz bereits zum dritten Mal statt. Während sich 2018 noch rund 120 Kommunalvertreterinnen und -vertreter überwiegend aus der Schweiz, Österreich und Deutschland trafen, nahmen 2020 insgesamt rund 285 Personen teil. Bedingt durch die Corona-Pandemie waren davon lediglich 30 Teilnehmende vor Ort, jedoch verfolgten 255 Teilnehmende die Konferenz im Livestream. Auf dieser Konferenz im Jahr 2020 thematisiert Dr. Dorothea Schostok, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wuppertal Institut, in einem Vortrag die Frage, wie sich die Corona-Krise auf die globalen Nachhaltigkeitsziele auswirke. Akteurinnen und Akteure diskutierten in Gruppen die Themen Gemeinwohlökonomie, kommunales Nachhaltigkeitsmanagement und Umsetzung der Agenda 2030 in der Bodenseeregion. Prof. Peter Droege, Direktor des Liechtenstein Institute for Sustainable Development, stellte erste Ergebnisse der Studie „Kommunale Beiträge zur Umsetzung der Agenda 2030 in der Bodenseeregion“ vor.

Uli Burchardt, Oberbürgermeister der Stadt Konstanz, nutzte das Forum und kündigte ein Vorhaben an, das Kommunen bei der Umsetzung des Ziels 13 *Maßnahmen zum Klimaschutz* voranbringt: Mit dem Konstanzer Klimaausgleichsfonds soll ein Fonds geschaffen werden, durch den die Konstanzer Bürgerinnen und Bürger klimaschädliches Verhalten durch eine finanzielle Abgabe kompensieren können. Das Geld soll in die Finanzierung von Klimaschutzprojekten fließen. In Diskussionsrunden mit Vertretenden des Landes Liechtenstein, der Bodensee-Stiftung und der Schweizer Stadt Winterthur wurde deutlich, dass Herausforderungen nicht vor Landesgrenzen Halt machen. So seien beim Thema Pendelverkehr in Grenzregionen dringend gemeinsame Konzepte nötig. Zugleich haben Grenzregionen, wie die in der Bodenseeregion liegende, hohes Potenzial für neue Impulse und Innovationen.

In den Arbeitsgruppen, aber auch auf der Veranstaltung insgesamt, kam deutlich heraus: Kommunen, besonders auch in der Bodenseeregion, benötigen mehr interkommunale Zusammenarbeit, um die Umsetzung der Agenda 2030 voranzutreiben. Um dies möglich zu machen, kam die Idee eines jährlichen Arbeitstreffens von Kommunalvertretenden in der Bodenseeregion auf. Die SKEW unterstützt die Beteiligten bei diesem Vorhaben.



Teilnehmende der Konstanzer Nachhaltigkeitskonferenz © SKEW

Angebote der SKEW

Um Kommunen bei der Umsetzung der Agenda 2030 national wie international bestmöglich zu unterstützen, bietet die SKEW Fachveranstaltungen und -konferenzen an. Hier haben die teilnehmenden Kommunen Gelegenheit, sich untereinander auszutauschen. In einem Dialogprozess mit Kommunalverwaltung und -politik sowie anderen relevanten Akteurinnen und Akteuren wie Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft werden Vorschläge und Erfahrungen geteilt und in den weiteren Nachhaltigkeitsprozessen berücksichtigt. Die Konstanzer Nachhaltigkeitskonferenz ist eine dieser Dialogplattformen.

- Global Nachhaltige Kommune – Förderung des interkommunalen Fachaustausches zur Lokalisierung der Agenda 2030 durch Dialogplattformen, Vernetzung, Konferenzen, Tagungen
<https://skew-engagement-global.de/agenda-2030-fachveranstaltungen.html>
- SDG-Partnerschaftskonferenzen mit Partnerkommunen aus aller Welt – Stärkung einer partnerschaftlichen Umsetzung der SDGs
<https://skew-engagement-global.de/sdg-partnerschaftskonferenz.html>
- Runde Tische und Regionalkonferenzen – Veranstaltungsreihen, um den Dialog und Erfahrungsaustausch zwischen Kommunen mit Partnerschaften in bestimmten Ländern und Regionen des Globalen Südens anzuregen und zu fördern
<https://skew-engagement-global.de/runde-tische-und-regionalkonferenzen.html>



6.3 Friedrichshafen – Nachhaltigkeit als Gemeinschaftsaufgabe

Die am Nordufer des Bodensees liegende baden-württembergische Mittelstadt mit 62.000 Einwohnerinnen und Einwohnern beschäftigt sich seit vielen Jahren mit unterschiedlichen Nachhaltigkeitsthemen. Ihre Strategie beruht auf einem langjährigen Agenda-21-Prozess, einem thematisch fokussierten Nachhaltigkeitsmanagement und einem integrierten Stadtentwicklungskonzept. Seit 2003 veröffentlicht Friedrichshafen kontinuierlich einen Umwelt- und Nachhaltigkeitsbericht, basierend auf den Indikatoren für die Lokale Agenda 21 und der Landesanstalt für

Umwelt. Mit diesen Aktivitäten trägt Friedrichshafen zum Ziel 11 *Nachhaltige Städte und Gemeinden* bei. Die vier Säulen der nachhaltigen Kommunalentwicklung in Friedrichshafen sind Umwelt und Natur, Wirtschaft und Arbeit, Gesellschaft und Soziales sowie Bürgerbeteiligung und Demokratie. Insgesamt 44 Indikatoren innerhalb der vier Bereiche tragen zur Erfolgskontrolle bei. Eine Nachhaltigkeitsüberprüfung findet ebenfalls statt. Dieser so genannte NI-Check beruht auf einer Mustervorlage, die die Stadt Friedrichshafen gemeinsam mit mehreren Städten in Baden-Württemberg



Luftbild von Friedrichshafen © Michael Häfner

erarbeitet hat. Anhand von Leitfragen wird geprüft, inwiefern einzelne Maßnahmen bestehender Konzepte hemmende oder fördernde Auswirkungen für die unterschiedlichen Nachhaltigkeitsbereiche haben. Der NI-Check kann auf der Seite der LUBW heruntergeladen werden und steht allen Kommunen als kostenloses Arbeitspapier zur Verfügung.

Auch im Bereich Energie geht die Stadt vorbildhaft voran. Friedrichshafen ist seit 2012 zweimal mit dem European Energy Award in Gold ausgezeichnet worden. Mit dieser höchsten Auszeichnung im Bereich Energie trägt Friedrichshafen zum Ziel 7 *Bezahlbare und saubere Energie* bei. Im November 2020 beschloss der Gemeinderat als jüngste Aktivität einstimmig ein Klimaanpassungs- sowie Energie- und Klimaschutzkonzept und damit einhergehend drei neue Stellen für den Klimaschutz. Den Handlungsrahmen dafür bietet die Agenda 2030.

Friedrichshafen und die Agenda 2030

Nachhaltigkeit ist schon seit langem in der Friedrichshafener Politik, Verwaltung und Bürgerschaft Thema. Die explizite Auseinandersetzung mit der

Agenda 2030 auf kommunaler Ebene hat jedoch erst seit kurzem an Bedeutung gewonnen. 2019 gab die Initiative der Gemeinwohlökonomie Bodensee den entscheidenden Anstoß, diese Thematik weiter voranzubringen. Engagement Global und lokalpolitische Vertreterinnen und Vertreter unterstützen hierbei. Die Vorteile der Agenda 2030 sieht die Stadt in der Transparenz durch einfache, vergleichbare Berichterstattung, einer Stärkung der Region und einer besseren Kommunikation nach außen. Insbesondere mit der Agenda 21, dem European Energy Award, dem Konzept der Fairtrade-Stadt und den Feldern des Nachhaltigkeitsmanagements finden sich viele Verbindungen zu den globalen Nachhaltigkeitszielen. Die am stärksten treibenden Kräfte, um die globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, sind die Stadtverwaltung, insbesondere das Amt für Stadtplanung und Umwelt, Vereine, Bürgerinnen und Bürger, Gemeinderäte sowie Bundes-, Landes- und regionale Initiativen. Die große Herausforderung bezogen auf die Agenda 2030 besteht in der Verwaltung der Stadt Friedrichshafen insbesondere darin, dass die globalen Nachhaltigkeitsziele recht abstrakt sind. Sie bedürften eines großen Sets an Indikatoren, um fassbarer gemacht zu werden.



Oberbürgermeister Andreas Brand (dritter von links) im Kreis von Mitgliedern des Stadtrats und Akteurinnen und Akteuren der Einwelt-Arbeit in Friedrichshafen anlässlich der Erstzertifizierungsfeier als Fairtrade Town (September 2016) © Stadt Friedrichshafen

Globale Verantwortung

Friedrichshafen wird seiner globalen Verantwortung durch entwicklungspolitisches Engagement, faire Beschaffung und fairen Handel sowie Aktivitäten im Bereich Migration und Entwicklung gerecht. Städtepartnerschaften bestehen unter anderem mit Sarajevo in Bosnien und Herzegowina sowie Polozk in Weißrussland. In Friedrichshafen findet ein breit angelegter Integrationsprozess für Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten statt. Die Abteilung Integration der Stadtverwaltung ist Ansprechpartnerin für Zugewanderte und Geflüchtete, Institutionen, Ämter, Vereine, Verbände und Initiativen zu allen Fragen im Bereich Migration und Integration. Für diese Aufgabe richtete die Stadtverwaltung zwei Stellen ein. Die Integrationsbeauftragte und der Flüchtlingsbeauftragte unterstützen Migrantenvereine und die Integration geflüchteter Menschen, beraten Institutionen und stärken das bürgerschaftliche Engagement in der Flüchtlingsarbeit. Zusammen mit dem Verein Eine Welt Friedrichshafen e. V. stellt die Stadt mit dem Globalen Klassenzimmer ein kostenloses Bildungsprojekt für die Friedrichshafener Schulen zur Verfügung.

Fair Trade und Nachhaltige Beschaffung

Seit 2015 ist Friedrichshafen offiziell Fairtrade-Stadt. Aktivitäten im Bereich des fairen Handels gehen jedoch deutlich weiter zurück. Bereits 1999 führten der Verein Eine Welt Friedrichshafen e. V. und der dwp eG dritte-welt-partner Ravensburg mit dem Café Friederico den ersten Agenda-Kaffee in Weltläden Baden-Württembergs ein. Der Arbeitskreis der Eine-Welt-Initiative im Rahmen der Lokalen Agenda 21 Friedrichshafen besteht seit 2003. Der Verein Eine Welt Friedrichshafen e. V. betreibt unter anderem den Weltladen und engagiert sich regelmäßig in der fairen Woche. Der Verein ist selbstständig, die Stadt Friedrichshafen unterstützt ihn jedoch bei Projekten finanziell und stellt eine Kontaktperson in der Verwaltung zur Verfügung, die auch bei Knüpfen von Netzwerken hilft.

Seit 1999 schenkt die Stadt Friedrichshafen bei der Bewirtung den Agenda-Kaffee aus fairem Handel aus. Der Ratsbeschluss gegen Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit besteht seit 2008. Weitere Anstrengungen für eine nachhaltige Beschaffung wurden seitdem zwar unternommen, die dezentrale Beschaffung erschwert

aber weitere verwaltungsübergreifende Kriterien und Maßnahmen. Bei der SKEW finden engagierte Mitarbeitende unter anderem durch Schulungen eine Hilfestellung.

Ausblick

Die Stadt Friedrichshafen möchte sich zukünftig verstärkt mit der Agenda 2030 auseinandersetzen. Dazu schrieb sie zusammen mit dem Verein zur Förderung der Gemeinwohlökonomie eine Bachelorarbeit an ausgewählten Hochschulen der Region aus. Die Arbeit soll am Beispiel der Stadt Friedrichshafen untersuchen, wie eine Integration der globalen Nachhaltigkeitsziele in die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Kommunen aussehen kann. Hierzu soll die bereits vorhandene Berichterstattung der Stadt Friedrichshafen in Bezug auf die globalen Nachhaltigkeitsziele ausgewertet werden. Verschiedene Berichtsformate sollen auf ihre Eignung für Kommunen geprüft, eine Auswahl für die Stadt getroffen werden und im Anschluss daran eine aktualisierte Darstellung auf dem SDG-Portal der Bertelsmann Stiftung erfolgen. Bei der konkreten Umsetzung dieses Projektes erhält Friedrichshafen Unterstützung durch Global Nachhaltige Kommune der SKEW.

Praxisbeispiel: Nachhaltigkeit als Gemeinschaftsaufgabe – Zusammen geht's besser als allein

Eine nachhaltige Stadtentwicklung braucht vielfältige Ansätze. Die Stelle des Umwelt- und Nachhaltigkeitsbeauftragten ist in Friedrichshafen im Amt für Stadtplanung und Umwelt angesiedelt. Hier ist man sich jedoch dessen bewusst, dass Nachhaltigkeit ein Thema ist, bei dem man nur zusammen erfolgreich sein kann – sei es in der regionalen Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, mit Vereinen und nicht zuletzt mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt.

Bürgerinnen und Bürgern werden über verschiedene Wege eingebunden. Eine innovative Form der Bürgerbeteiligung bietet die Online-Plattform *sag's doch*. Auf dieser lädt die Stadt Friedrichshafen zur aktiven Partizipation ein, um gemeinsam realistische Lösungen zu kommunalpolitischen Themen zu entwickeln. Bürgerinnen und Bürger können Anregungen und Hinweise für den öffentlichen Raum online eintragen. Diese werden an das jeweilige Fachamt weitergeleitet. Unter dem Punkt mach mit! hat die Stadtbevölkerung die

Möglichkeit, Projekte zu diskutieren, mitzugestalten und zu bewerten. Mit diesen beiden Plattformen gibt die Stadt Friedrichshafen allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich orts- und zeitunabhängig zu beteiligen. Das Modell ist so erfolgreich, dass weitere Kommunen in der Bodenseeregion die Idee mittlerweile übernommen haben.

Die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung zeigt sich aber auch in der Kooperation mit Vereinen, wie der Gemeinwohlökonomie Bodensee, den Arbeitskreisen der lokalen Agenda oder ehrenamtlich tätigen Personen. Vor allem mit dem Verein Eine Welt Friedrichshafen e. V. besteht seit langem eine gute Zusammenarbeit. Ein besonders erfolgreiches Beispiel ist das Bildungsprogramm Globales Klassenzimmer. Das Projekt vermittelt seit 2007 Schülerinnen und Schülern die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklungen in der globalisierten Welt. Das Projekt trägt damit einerseits zur Bewusstseinsbildung bei, andererseits zeigt es den Schülerinnen und Schülern konkrete Handlungsmöglichkeiten für globale Gerechtigkeit, Klimaschutz und fairen Konsum auf. Die Themenbereiche der einzelnen Unterrichtsmodule reichen von Umwelt- und Klimaschutz bis hin zu nachhaltigem Wirtschaften, nachhaltigem Konsum, fairem Handel, Menschen- und Kinderrechten und indigenen Völkern. Nicht nur Schulen können von dem Angebot profitieren, es richtet sich auch an Bildungseinrichtungen, Vereine, Jugendgruppen und Kirchen. Der Verein Eine Welt Friedrichshafen organisiert das Projekt, die Stadt Friedrichshafen unterstützt finanziell. So kann das Projekt gratis für alle Bildungseinrichtungen in Friedrichshafen zur Verfügung gestellt werden. In den Schulen selber wird das Projekt von außerschulischen Referentinnen und Referenten aus verschiedenen Initiativen und Vereinen aus Friedrichshafen und Umgebung durchgeführt. Die ausgewählten Themen werden mit einer zielgruppengerechten Ansprache in ein- bis zweistündigen Modulen insbesondere an die Klassen drei bis 11 vermittelt.

Die Nachhaltigkeitsbemühungen Friedrichshafens gehen auch über die Stadtgrenzen hinaus. In der Region wird auf unterschiedlichen Ebenen zusammengearbeitet. Eine besonders gute Verbindung besteht zur Stadt Ravensburg. Den Grundstein legte die Teilnahme am Bundeswettbewerb Regionen der Zukunft. Der Kooperationsraum Bodensee-Oberschwaben erarbeitete von 1998 bis 2000 ein Programm für die Umsetzung regionaler Agenden für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung. Der Fokus lag insbesondere auf dem Verdichtungsraum Friedrichshafen/ Ravensburg. Die Erarbeitung und erste Umsetzungen waren so erfolgreich, dass sie auf der Weltkonferenz URBAN21 mit einem der ersten Preise ausgezeichnet wurden. Diese Zusammenarbeit hatte durch einen Entscheid der Bürgermeister und Gemeinderäte einen offiziellen politischen Rahmen. Daran schloss sich eine lange Phase der Zusammenarbeit auf fachlicher Ebene der Verwaltung an, unter anderem in Zusammenarbeit mit den lokalen Agenden. Das Handeln auf Fachebene ist vor allem in dem Bewusstsein möglich, dass gesellschaftliche und politische Erwartungshaltung vorhanden ist. So ist auch Ravensburg mit dem European Energy Award Gold zertifiziert und hat gleichwertige Nachhaltigkeitsindikatoren wie Friedrichshafen etabliert. Zudem war Friedrichshafen unter anderem beim entwicklungspolitischen Dialog der Landesregierung Baden-Württembergs vertreten, die 2019 in Ravensburg stattfand. Auf der Konferenz wurden Aktivitäten aus Friedrichshafen, wie das Globale Klassenzimmer und die Nachhaltigkeitsberichterstattung, vorgestellt.

Angebot der SKEW: Global Nachhaltige Kommune

Kommunale Nachhaltigkeitsstrategien und -berichte sind sehr nützliche Instrumente, um Maßnahmen verschiedener Fachbereiche sowie den aktuellen Entwicklungsstand einer Kommune zu steuern und nachzuhalten. Mit Global Nachhaltige Kommune unterstützt die SKEW Kommunen bei der Erarbeitung eines Leitbilds für die nachhaltige und zukunftsfähige Entwicklung im Einklang mit der Agenda 2030 und den 17 Nachhaltigkeitszielen.

→ <https://skew-engagement-global.de/kommunale-nachhaltigkeitsstrategien.html>

In Zukunft soll die Zusammenarbeit mit der SKEW noch weiter vertieft und institutionalisiert werden. Eine Möglichkeit dafür bietet das Projekt des Landesansatzes Global Nachhaltige Kommune in Baden-Württemberg, das Anfang 2021 an den Start geht. Die Stadt Friedrichshafen und Ravensburg möchten sich gemeinsam darauf bewerben, um eine Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln. Zusammen mit lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen insbesondere der regionalen Gemeinwohlökonomie und Eine Welt Initiativen und Umweltverbänden soll die Agenda 2030 dann verstärkt auf kommunaler Ebene umgesetzt werden.

Weitere Informationen zu Friedrichshafen

→ <https://www.friedrichshafen.de/buerger-stadt/planen-bauen-umwelt/umwelt-klimaschutz/nachhaltigkeit/>

Linktipp

Online Plattform *sag's doch*

→ www.friedrichshafen.sags-doch.de



Das Globale Klassenzimmer des Vereins Eine Welt Friedrichshafen e.V. © Verein Eine Welt Friedrichshafen e.V.

Kempten^{Allgäu}



6.4 Kempten – Die Fairtrade-Stadt

Als eine der ältesten schriftlich genannten Städte Deutschlands macht sich das bayerische Kempten im Allgäu für eine nachhaltige Zukunft stark. In Sachen Nachhaltigkeit geht Kempten seit vielen Jahren mit gutem Beispiel voran: Vor über einem Jahrzehnt beschloss der Stadtrat strategische Ziele und entwickelte diese kontinuierlich weiter. Mit fünf Zielen hat die Stadt die politischen Leitlinien vorgegeben, um die globale Agenda 2030 auf kommunaler Ebene umzusetzen: Wirtschaftsstandort stärken, Stärkung der Finanzkraft, das Zusammenleben aktiv gestalten, Kultur und Tourismus fördern sowie Klima, Umwelt und Mobilität nachhaltig planen und handeln.

Das Engagement fand bereits 2012 Beachtung: Kempten kam beim Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2013 in der in der Kategorie *Governance und Verwaltung* in die Top 3.

Getreu der Leitlinie „Die Stadt Kempten ist Vorzeigestadt im Klimaschutz“ hat sich Kempten weitere ehrgeizige Ziele gesetzt und nimmt ihre Verantwortung bei den Nachhaltigkeitszielen 11 *Nachhaltige Städte und Gemeinden* und 13 *Maßnahmen zum Klimaschutz* wahr. Ein städtisches Klimaschutzmanagement koordiniert und verantwortet die Umsetzung der Ziele. Unterstützung bekommt Kempten dabei unter anderem vom Energie- und Umweltzentrum Allgäu (eza!).

In vielen der Maßnahmen und Aktivitäten, mit denen die Stadt ihre strategischen Ziele umsetzt, sind Bürgerinnen und Bürger unmittelbar eingebunden. Nicht ohne Grund lautet eines der fünf

Ziele „Zusammenleben aktiv gestalten“. So ist beispielsweise das *Moko 2030 – Mobilitätskonzept für Kempten* unter intensiver Bürgerbeteiligung entstanden.

Zudem ist Kempten *Bayerische Bildungsregion* und engagiert sich im Projekt „Zukunft bringt's“ für eine zukunftsorientierte und chancenreiche Bildung und Erziehung. Aktuell steuert die Abteilung für kommunale Integrationsarbeit den Prozess zur Erarbeitung des ersten kommunalen Integrationskonzeptes der Stadt Kempten. Dieses Engagement zeigt, wie beispielsweise das Nachhaltigkeitsziel 10 *Weniger Ungleichheiten* in einer Kommune in Deutschland umgesetzt werden kann.

Im Engagement zur nachhaltigen Wasserversorgung findet das Nachhaltigkeitsziel 6 *Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen* unmittelbar Anwendung: Als eine der jüngsten Aktivitäten entwickelt die Stadt ihr bisheriges Engagement im Bereich nachhaltige Wasserversorgung weiter. Im Herbst 2019 trat Kempten der *Blue Community Initiative* bei. Die Mitgliedskommunen erkennen Wasser als öffentliches Gut an, das nachhaltig genutzt wird. Damit möchten sie sich vor allem dafür einsetzen, dass die Wasserversorgung auch zukünftig in öffentlicher Hand bleibt. Insbesondere die Pflege von Partnerschaften mit internationalen Partnern zur weiteren Verbreitung der genannten Ziele schließt den Kreis zur globalen nachhaltigen Entwicklung: Der Zweckverband Fernwasserversorgung Oberes Allgäu (FWOA) engagiert sich seit 15 Jahren im Verein *Wasser für Senegal*.



Übergabe des Blue Community Zertifikats von Christa Hecht, Koordinatorin Blue Community Deutschland, an Oberbürgermeister Thomas Kiechle für die Stadt Kempten © Kempten

Seiner globalen Verantwortung wird Kempten unter anderem auch durch die Förderung des Vereins Haus International e. V. gerecht. Der Verein ist unabhängig, wird aber von der Stadt bezuschusst. Bereits 1983 eröffnete der Verein das Haus International. Während seines über 30jährigen Bestehens hat es sich kontinuierlich weiterentwickelt. 2012 erhielt der Verein den schwäbischen Integrationspreis für vorbildliches Engagement zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten. Damit trägt er insbesondere zum Ziel 4 *Chancengerechte und hochwertige Bildung* sowie 10 *Weniger Ungleichheiten* bei.

Die vielschichtige Einbindung der Bürgerschaft Kemptens durch Information, konzeptionelle Mitgestaltung der Prozesse und direkte Partizipation trugen das Leitbild mit ihren Handlungsfeldern und spezifischen Maßnahmen in die Bevölkerung. Ein Berichtswesen und Monitoringsystem sichert die Dokumentation und Analyse der Maßnahmen und Ziele, so dass Transparenz gegeben ist und die Zielerreichung sichergestellt werden kann. Große Bedeutung misst die Stadt der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Politik und Bürgerschaft sowie den fachübergreifenden Kooperationen innerhalb der Verwaltung zu. Zudem fördert sie intensiv die lokale Netzwerkarbeit. Die strategische Modernisierung der Verwaltung, ausgerichtet an zukunftsweisenden Zielen einer ganzheitlichen Stadtpolitik, ist vorbildhaft.

Auch im Kemptener Umland wird der Globalen Verantwortung Rechnung getragen, und das nicht allein auf Ebene der Kommunen. Durch den Verkauf der Rallyefahrzeuge der Allgäu-Orient-Rallye konnte beispielsweise der Bau und Betrieb einer circa 100 Quadratmeter großen Dorf-Käserei mit Reifekeller und einer Pasteurisierung-Anlage in Elrabia, ein durch ein Ansiedlungsprogramm entstandenes Dorf in Jordanien, realisiert werden. Zur Umsetzung des Projekts wurde der Käsermeister Bernd Baur aus Stiefenhofen-Rutzhofen beauftragt. Durch den Betrieb sollen die einheimischen Senner 500 bis 1.000 Gramm schwere Laibe herstellen können.

Im fast 60 Kilometer entfernten Buchloe machte sich bereits 2008 die damals 23-jährige Annemarie Kober zu einem freiwilligen sozialen Jahr nach Guatemala auf, um dort in einem Internat Englisch zu unterrichten sowie die Freizeitgestaltung der Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Auch den Wiederaufbau kleinerer Dörfer, welche durch den Hurrikan Stan 2005 stark beschädigt worden sind, unterstützte sie durch ihre Tätigkeit vor Ort. Realisiert werden konnte dieser Einsatz durch das Projekt Ratzum Kiche (Blume des Waldes) der christlichen Friedensorganisation *Youth Action for Peace*.

Ein weiteres Beispiel des zivilgesellschaftlichen Engagements in Kempten stellt der 2002 als christliche Initiative unter dem Dach der Altkatholischen Gemeinde Kempten gegründete *Förderkreis Zukunft für Afrika* dar. Die Aktivitäten des Förderkreises zielen darauf ab, die Verbesserung der Schulbildung, besonders im Senegal und Tansania, zu unterstützen, um somit auch die Analphabetenrate des Landes zu senken. Dies alles dient dem übergeordneten Zweck der Armutsreduzierung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort. Durch die Förderung der Schul- und Berufsausbildung sollen neue Perspektiven, insbesondere für junge Menschen, geschaffen werden. Bis Ende 2019 konnten durch den Förderkreis knapp 500.000 Euro an Spenden gesammelt werden, die wiederum zur Finanzierung unterschiedlicher Projekte im Senegal und Tansania genutzt werden konnten. Unter anderem konnte so von 2011 bis 2018 der Bau von 13 Buschschulen im Bassari-Land, Senegal, ko-finanziert wird. Auf Anfrage des Bürgermeisters von Diattacounda, Senegal, wurde

außerdem 2020 mit dem Bau eines beruflichen Ausbildungszentrums begonnen. Das Grundstück und die Einrichtung hierfür werden von der Gemeinde gestellt. Projektpartner vor Ort ist die senegalesische Organisation AVANCEE. Diese Beispiele verdeutlichen eindrucksvoll das bestehende Engagement in der Kemptener Zivilgesellschaft und darüber hinaus für eine gerechte, globale Gesellschaft und tragen somit in besonderem Maße zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele bei.

Praxisbeispiel: Fairtrade-Stadt Kempten

2015 erhielt die Stadt Kempten den Titel *Fairtrade-Stadt*. Mit ihren fairen Beschaffungsrichtlinien für Kommunen und ihrem Engagement leistet die Stadt inzwischen einen wesentlichen Beitrag zum Nachhaltigkeitsziel 12 *Nachhaltiger Konsum und Produktion*. Maßgeblich dazu beigetragen hat der seit über 30 Jahren bestehende Weltladen. Neben fair gehandelten Produkten konzentriert sich der Verein vor allem auf Information und Kommunikation.

Doch wie kam es dazu? Bereits 2013 beschloss der Stadtrat Kempten, dass die Stadt nachhaltig wirtschaften und handeln und keine Produkte aus Kinderarbeit beschaffen soll. Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen fordert die Stadt von Bietern Eigenerklärungen an, mit denen diese bestätigen müssen, dass ihre Produkte nicht aus Kinderarbeit stammen. Der große Anschlag aber

kam 2015: Inspiriert von der Fachtagung *EINEWELT – Unsere Verantwortung* in Kempten mit Bundesminister Dr. Gerd Müller (BMZ) wurde das Pilotprojekt *Globales Lernen – Kempten lernt ins Leben gerufen*. Fünf Schulen der Stadt beteiligten sich im Zeitraum von September 2015 bis Dezember 2016, wurden zum Thema globales Lernen fortgebildet und setzten zusammen mit ihren Schülerinnen und Schülern dazu eigene Projekte um. Diese reichten von selbstgestalteten Bilderbüchern über Recycling-Mode bis zur Darstellung über „Die Reise der Jeans“. Sie wurden bei der Abschlussveranstaltung vor prominenter Runde vorgestellt, darunter erneut Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller, der Kemptener Oberbürgermeister, der Schulrat sowie Vertreterinnen und Vertreter aus der Bürgerschaft. Das Pilotprojekt wurde außerdem bei der Zukunftskonferenz *Unsere Welt 2030 – Aus der Zukunft lernen* in München im Herbst 2016 präsentiert.

Die Fachtagung *EINEWELT – Unsere Verantwortung* gab also einen wichtigen Impuls dazu, dass die Stadt Kempten sich als Fairtrade-Stadt bewarb und diese Auszeichnung auch erhielt. Zudem setzt sich die Stadt Kempten über ihren unmittelbaren Einflussbereich hinaus dafür ein, dass das Bewusstsein für gerechte Produktionsbedingungen sowie soziale und umweltschonende Herstellungs- und Handlungsstrukturen wächst. Eine Steuerungsgruppe aus Mitgliedern des Weltladens Kempten, engagierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Stadtverwaltung hat ebenfalls maßgeblich dazu beigetragen, dass Kempten Fairtrade-Stadt geworden ist. Der Titel wiederum war der Anlass, sich stadintern mit dem Thema faire kommunale Beschaffung intensiver zu beschäftigen. Dazu wurden mit Unterstützung der SKEW mehrere Workshops mit Verwaltungsmitarbeitenden zum Thema faire Beschaffung organisiert. Ein zentrales Ergebnis war die Änderung der Vergabeordnung der Stadt Kempten: Danach dürfen nur noch Produkte beschafft werden, die nicht aus Kinderarbeit stammen. Weitere Auffrischungs-Workshops zur fairen Beschaffung sind in Vorbereitung.

Weitere Informationen zu Kempten

→ <https://www.kempten.de/>



Weltladen Schaufenster der Stadt Kempten © Kempten

Angebot der ENGAGEMENT GLOBAL

Das Projekt „Globales Lernen – Kempten / Oberallgäu lernt“ wurde von der Außenstelle Baden-Württemberg / Bayern von Engagement Global durchgeführt, finanziert aus dem Programm Entwicklungspolitische Bildung Deutschland (EBD) und in Kooperation mit der Stadt Kempten und dem Staatlichen Schulamt.

→ <https://www.engagement-global.de/aktuelle-meldung/vermeidet-plastiktueten-in-kempten.html>

Angebot der SKEW: Faires Beschaffungswesen und Fairer Handel

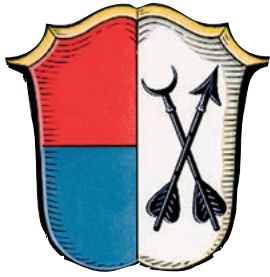
Fairer Handel ist wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit und zugleich Förderung des Gemeinwesens vor Ort.

Unsere Angebote für Landkreise, Städte und Gemeinden:

- Alle zwei Jahre zeichnet die SKEW mit dem **Wettbewerb Hauptstadt des Fairen Handels** Kommunen für ihr lokales Engagement im fairen Handel und der fairen öffentlichen Beschaffung aus.
- Das bundesweite **Netzwerk zur Fairen Beschaffung** ist eine Initiative, die sich dafür einsetzt, soziale Standards bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen einzuhalten.
- Der **Kompass Nachhaltigkeit** bündelt viele Informationen zur fairen und nachhaltigen öffentlichen Beschaffung und erleichtert die konkrete Umsetzung. Die Webplattform bietet Hilfestellungen und Praxisbeispiele für Kommunen und andere Beschaffungsstellen.

Viele zusätzliche Angebote finden Sie auf:

→ <https://skew.engagement-global.de/fairer-handel-und-faire-beschaffung.html>



40



6.5 Wildpoldsried – Der Marshallplan mit Afrika

Die Gemeinde Wildpoldsried, mit 2.500 Einwohnerinnen und Einwohnern eine der kleinsten selbstständigen Gemeinden im schwäbischen Landkreis Oberallgäu, verfolgt seit 1999 zusammen mit seinen Bürgerinnen und Bürgern ein nachhaltiges Konzept. Anlass war damals der Ausbau der erneuerbaren Energien, wofür die Gemeinde mittlerweile mehrfach ausgezeichnet worden ist. Für ihren Einsatz im Klimaschutz hat Wildpoldsried regionale, bayernweite, nationale und internationale Anerkennung erhalten: Den European Energy Award in Gold erhielt sie als europaweit punktbeste Kommune 2018 bereits zum zweiten Mal. Weit über die Gemeindegrenzen hinaus ist Wildpoldsried als Energiedorf

bekannt und trägt damit zum globalen Nachhaltigkeitsziel 7 *Bezahlbare und Saubere Energie* bei. Im Jahr 2017 wurde das Siebenfache des eigenen Strombedarfs der Gemeinde regenerativ erzeugt. Die Ziele des ersten Klimaschutzleitbildes für das Jahr 2020 wurden bereits 2013 erreicht. Das darauffolgende Leitbild *100% Klimaschutz bis 2050* beschloss der Gemeinderat 2018 einstimmig.

Zuletzt wurde das Engagement der Gemeinde durch die Jury des deutschen Nachhaltigkeitspreis geehrt: Wildpoldsried schafft es 2020 unter die drei nachhaltigsten Kleinstädte und Gemeinden in Deutschland.



Blick auf das „Dorfboind“ mit Museum und Feuerwehrhaus im Hintergrund © Wildpoldsried

Gemeinsam für mehr Klimaschutz

Die Kommunalpolitik, Verwaltungsmitarbeitende und einzelne Schlüsselakteurinnen und -akteure unterstützen die Gemeinde dabei, ihre Ziele zu erreichen. Besonders verankert ist die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, die die Ziele der Gemeinde in hohem Maße mittragen. Alle Wildpoldsriederinnen und Wildpoldsrieder sind eingeladen, Verantwortung zu übernehmen – sei es in Arbeitskreisen, Vereinen, sozialen Projekten oder im Energieteam. Gleichzeitig bietet die Gemeinde Kurse zur Energieeinsparung sowie Energieberatungen für ihre Bürgerinnen und Bürger an. Das Miteinander wird in Wildpoldsried großgeschrieben. In einer kleinen Gemeinde wären viele Projekte sonst nicht umsetzbar. Auf regionaler Ebene findet die Zusammenarbeit mit dem Landkreis Oberallgäu sowie mit Gemeinden aus den angrenzenden Alpenländern statt. Die Gemeinde unterstützt Schul- und Kindergartenprojekte finanziell. So findet schon früh eine Bewusstseinsbildung statt. Wildpoldsried setzt verschiedene Forschungsprojekte im Bereich Energie um. Lokale Unternehmen werden sowohl bei gemeinsamen Vorträgen, dem Besuch von Gruppen und dem Erstellen von Konzepten eingebunden. Zudem ist Wildpoldsried Mitglied beim Klimabündnis und bei Eurosolar. Die Wildpoldsrieder Bürgerstiftung fördert zahlreiche Projekte im Bereich Bildung, Kultur und soziale Teilhabe, unter anderem vermittelt sie Spaziergänge mit Seniorinnen und Senioren.

Die Gemeinde hat Beschaffungsrichtlinien erlassen, die energieeffiziente und nachhaltige Beschaffungen berücksichtigen. Beim Neu- oder Umbau von Gebäuden in Gemeindebesitz wird als ökologischer Baustoff eine maximal mögliche Menge an Holz eingesetzt.

Mit Projekten zum Schutz der ober- und unterirdischen Wasservorkommen und der ökologischen Abwasserbeseitigung trägt die Gemeinde zum Ziel 6 *Sauberes Wasser und sanitäre Einrichtungen* bei. So verwirklichte die Gemeinde mit dem Leader+-Projekt Wildpoldsrieder Wasserlandschaften im Moor „WiWaLaMoor“ im Jahr 2005 Hochwasserschutz, Regenwasserrückhaltung, Streuobstwiese, Ökologische Abwasserreinigung und einen Ökologischen Badeteich in Einem. Ein Themenweg durch die Biotoplandschaft informiert Anwohnende und Besuchende über das Projekt und seine Auswirkungen. Damit unterstützt Wildpoldsried die Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Weitergabe von Wissen

Viel Wert wird in Wildpoldsried auf die Weitergabe von Wissen gelegt – sei es für die eigene Bevölkerung oder für Besucherinnen und Besucher. Im Bereich der Energiebildung wird mit Projektpartnern wie der Energieagentur eza und dem Bund Naturschutz Wissen schon an die Kinder vermittelt. Beispiele hierfür sind die Energie-



Ökologisches Bildungszentrum in Wildpoldsried © Wildpoldsried

woche im Kindergarten und der Energieführerschein, den alle Schülerinnen und Schüler von der ersten bis zur vierten Klasse absolvierten. Über 700 Gruppen besuchten Wildpoldsried bisher, um zu lernen, wie Klimaschutzprojekte erfolgreich umgesetzt werden können. Darunter auch viele internationale Besucherinnen und Besucher. 37 Multiplikatoren aus neun afrikanischen Ländern durften unter Anleitung erfahrener Berufsschullehrerinnen und -lehrer aus ganz Bayern je einen „Solarfunktionskoffer“ bauen. Unterstützt wurden die Kurse vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen des sogenannten „Marshallplans mit Afrika“. Durch das von der Gemeinde betriebene Ökologische *Schulungszentrum* können diese Aktivitäten hervorragend unterstützt werden. Hier finden sich Schulungsräume und Übernachtungsmöglichkeiten für Besucherinnen und Besucher. Das CO₂-neutrale Hotel steht aber auch Touristinnen und Touristen zur Verfügung. Mit seinem entwicklungspolitischen Engagement wird Wildpoldsried zudem seiner globalen Verantwortung gerecht.

Ausblick

Auch zukünftig möchte Wildpoldsried den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energieeinsparung vorantreiben. Dafür sind interkommunale Windkraftanlagen in Planung, die als Bürgerwindkraftanlagen umgesetzt werden sollen. Zudem besteht der Wunsch, weitere private Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen, die mit privatem Strom betrieben werden, umzusetzen. Insbesondere im Bereich Mobilität sind neue Maßnahmen und Ideen vorhanden: So sollen unter anderem zu allen Wohnbausiedlungen kurze Verbindungen für Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrende geschaffen, gemeinsam nutzbare öffentliche Orte (Shared Spaces) in allen Wohnbaugebieten eingerichtet, weiterhin das Radtraining mit Kindern und Jugendlichen unterstützt und ein Verkehrskonzept erarbeitet werden. Langfristig sollen bis 2050 aktuelle Visionen umgesetzt werden. Dazu gehören die Sektorenkopplung von Wärme, Mobilität und Strom und die Block-Chain-Technologie. Letztere wird bereits in dem Forschungsprojekt *pebbles* erprobt.

Praxisbeispiel: Marshallplan mit Afrika

Seit 2018 finden in Wildpoldsried Lehrgänge mit dem Titel „Ausbildung der Ausbilder für eine Welt mit Zukunft durch berufliche Bildung“ statt. Ziel ist die Ausbildung von afrikanischen Berufsschullehrerinnen und -lehrern zu Solateuren. Diese können das in Wildpoldsried Gelernte zum Thema Solarenergie vor Ort weitergeben und damit die regionale Wertschöpfung fördern und neue Berufsperspektiven vor Ort schaffen. In den vergangenen zwei Jahren wurden bei fünf Schulungsterminen in Wildpoldsried knapp 100 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet. Die Teilnehmenden kamen aus 15 verschiedenen Ländern Nord-, West-, Ost- und Zentralafrikas. Drei Kurse wurden in englischer Sprache und zwei in französischer Sprache durchgeführt. Unter Anleitung erfahrener Berufsschullehrender aus ganz Bayern bauten alle Teilnehmenden je einen „Solarfunktionskoffer“. Entwicklungsminister Gerd Müller überreichte beim Abschluss des ersten Kurses persönlich die Zertifikate an die Teilnehmenden und betonte in seiner Ansprache die große Bedeutung solcher Aktionen für die Verbesserung der Lebens- und Entwicklungsgrundlagen in afrikanischen Ländern.

Entstanden ist die Idee bei Fortbildungen für bayerische Berufsschul- und Fachschullehrende für Umwelttechnik, die im ökologischen Bildungszentrum in Wildpoldsried bereits seit einigen Jahren durchgeführt werden. In diesem Zuge hatten einige der Teilnehmenden an der Fortbildung eigene Schulungssysteme und Schulungsunterlagen entwickelt. Diese sind auch bei den Wildpoldsrieder Gästen und Besucherinnen und Besuchern, unter anderem aus Afrika, auf großes Interesse gestoßen. Da Afrika mit seinen klimatischen Verhältnissen größtenteils ideale Bedingungen für erneuerbare Energien aufweist, entstand

die Idee, diese Schulungen auch für afrikanische Auszubildende anzubieten. Drei Vertreter aus Wildpoldsried, darunter auch der zweite Bürgermeister der Gemeinde Wildpoldsried, stellten die Idee Dr. Gerd Müller und Vertreterinnen und Vertretern seines Ministeriums in Berlin vor und wurden in das Projekt „Grüne Bürgerenergie für Afrika“ aufgenommen. Im Rahmen dieses Projekts entwickelte sich dann das Bildungsprojekt Vocational Education and Training for Africa (VET4Africa). Hier kooperieren unter anderem die Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung (ALP) Dillingen, die Berufsschule I Kempten und die Gemeinde Wildpoldsried in Deutschland bei der Ausbildung. Die Schulungen finden normalerweise im ökologischen Bildungszentrum der Gemeinde statt, das in Verbindung mit den vielen Anschauungsobjekten am Ort die idealen Rahmenbedingungen für eine effiziente Fortbildung

im Bereich erneuerbare Energien bietet. Neben den Schulungen in Wildpoldsried für die Lehrerinnen und Lehrer aus Afrika werden immer wieder auch Mentoreneinsätze in den afrikanischen Ländern vor Ort durchgeführt. Dabei finden Seminare und Workshops in enger Zusammenarbeit mit den ansässigen Universtitäten und Schulen statt. Aktuell wird das Projekt weiterentwickelt, um es zukünftig mit digitalen Medien und Online-Schulungen weiter zu führen und die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren vor Ort mit Online-Unterricht zu sogenannten „Mastertrainern“ auszubilden.

Die Gemeinde fördert dieses Projekt, indem sie mit dem ökologischen Bildungszentrum einen Raum für Fortbildung, Austausch und Ideenentwicklung bietet.

Angebote der SKEW: Kommunalen Fachaustausch mit afrikanischen Partnern

Die Bildung von globalen Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung ist eine Kernbotschaft der Agenda 2030. Das Vorhaben „Agenda 2030 – kommunaler Fachaustausch mit afrikanischen Partnern“ bietet Kommunen Beratung für die Verortung der Agenda 2030 sowie unterschiedliche Vernetzungsformate, um einen Fachdialog zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele in deutschen und afrikanischen Kommunen zu etablieren sowie kollegiales Lernen und Erfahrungs- oder Wissensaustausch durch Partnerschaftsarbeit zu fördern.

→ <https://skewengagement-global.de/agenda-2030-kommunaler-fachaustausch-mit-afrika.html>



BREGENZ



6.6 Bregenz – Wir leben 2.000 Watt

Die Landeshauptstadt Bregenz liegt am Ostufer des Bodensees und ist mit knapp 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die drittgrößte Stadt des österreichischen Bundeslandes Vorarlberg. Mit vielen breit gefächerten Aktivitäten und Angeboten leisten die unterschiedlichen Abteilungen der Stadtverwaltung einen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 und stellen sich den Herausforderungen des elften globalen Nachhaltigkeitsziels – eine nachhaltige Entwicklung in Städten und Gemeinden. Die 17 Nachhaltigkeitsziele sind bereits im räumlichen Entwicklungsplan, im Energie- und Umweltleitbild, im Generalverkehrsplan und auch im Rad- und Fußwegekonzept als Leitlinien festgehalten. Diese bisher sektoralen Strategien der einzelnen Fachabteilungen sollen künftig zu einer Gesamtstrategie zusammengeführt werden.

Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen

Da in der Landeshauptstadt Bregenz im Klimaschutz bereits ehrgeizige Ziele gesetzt werden und auch unbedingt weiterhin zu setzen sind, ist es zusätzlich wichtig, sich den spürbaren Veränderungen des Klimawandels anzupassen beziehungsweise diese rechtzeitig in den Planungen zu berücksichtigen. Verschiedene Projekte und Kampagnen wie der Radfrühling, die Mobilitäts- und Umweltwoche, der Gut-geh-Raum, das Repair-Café oder die Ausstellung „Global Shift – die Welt im Wandel“ bieten ein attraktives Angebot für die Bürgerinnen und Bürger, sich umweltschonend zu verhalten. Bregenz ist allein schon aus räumlich-geografischen Gründen eine Stadt mit begrenzten Flächenreserven. Das schafft eine „Stadt der kur-

zen Wege“ und bietet damit sehr gute Bedingungen für eine umweltfreundliche Mobilität für Fußgängerinnen und Fußgänger und Radfahrende. Lastenfahrräder und Fahrradanhänger für eine nachhaltige Mobilität werden gefördert.

Klimawandelanpassung

Aber auch im Bereich der Klimawandelanpassung geht Bregenz voran. Da die Erfordernisse der Anpassung an den Klimawandel viele Abteilungen der Stadtverwaltung berühren – wie etwa die Siedlungswasserwirtschaft, das Hochwassermanagement, die Stadtentwicklungs- und Raumplanung, das Bauwesen, die Gesundheit, die Land- und Forstwirtschaft oder den Naturschutz – hat Bregenz bereits eine Klimawandelanpassungsstrategie verabschiedet und einen entsprechenden Maßnahmenkatalog dazu erarbeitet. Mit fünf weiteren Vorarlberger Gemeinden hat sich die Stadt zur KLAR!-Modellregion „plan b im Klimawandel“ zusammengeschlossen. Seit 2020 werden im Rahmen dieser Kooperation Maßnahmen umgesetzt, die gezielte Anreize zum klimafitten Bauen, Anpassungsmaßnahmen bei Hitze und bewusstseinsfördernde Informationskampagnen beinhalten. Zur Begrenzung der negativen Auswirkungen des Klimawandels setzt die Stadt in Kooperation mit den Nachbargemeinden und dem Land Vorarlberg beispielsweise das Hochwasserschutzprojekt „Bregenzerach Unterlauf“ um. Und im Jahr 2019 gewann Bregenz den Austrian SDG-Award für die vorbildliche Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Die Auszeichnung, die der Senat der Wirtschaft, eine unabhängigen ökosozialen Wirtschaftsorganisation, 2017 ins Leben gerufen hatte, wurde

2019 das erste Mal auch an Städte, Gemeinden und Regionen vergeben. Insbesondere die Bemühungen der Stadt Bregenz im Bereich der Klimawandelanpassung und des Klimaschutzes wurden lobend hervorgehoben.

Partnerschaften zur Erreichung der Ziele

Seit 2008 nimmt Bregenz am österreichischen Landesprogramm für energieeffiziente Gemeinden (e5) teil. Am eea beteiligt ermöglicht e5 einen europäischen Vergleich. Mit dem Status „eeee“ erreicht Bregenz auf europäischer Ebene inzwischen den European Energy Award in Silber. Die Umsetzung der einzelnen Projekte wird durch ein eigenes e5-Team vorangetrieben. Es besteht aus Mitgliedern des Stadtrates, der Stadtvertretung, der Stadtverwaltung sowie Vertreterinnen und Vertretern der Stadtwerke und der Bregenzer Festspiele. Die fachliche Unterstützung erfolgt durch das Energieinstitut Vorarlberg, das auch den Erfahrungsaustausch mit anderen Städten und Gemeinden im Rahmen des e5-Programms organisiert. Die Treffen fördern die Zusammenarbeit und das voneinander Lernen.

Mit einer schrittweisen Reduktion von CO₂-Ausstoß und Energieverbrauch hat sich Bregenz vorgenommen, bis 2050 das Ziel einer 2.000-Watt-Gesellschaft in der Region zu erreichen. Dazu führt die Initiative aus neun Städten rund um den Bodensee gemeinsam Kampagnen und Aktionen durch, die die Idee einer breiten Öffentlichkeit nahebringen sollen, ganz nach dem Motto: Ein gutes Leben gelingt auch mit weniger Energie. Seiner globalen Verantwortung kommt Bregenz

auch durch seine Mitgliedschaft im Klimabündnis nach. Die Teilhabe an regionalen Partnerschaften und Netzwerken ist eine treibende Kraft für den Klima- und Umweltschutz. Gerade um die Bodenseeregion insgesamt zu stärken, ist die Bildung von Kooperationen zum Erreichen der Agenda 2030 wichtig.

Bezahlbare und saubere Energie

Für das Nachhaltigkeitsziel 7 *Bezahlbare und saubere Energien* wird der Anteil erneuerbarer Energien in der Stadt Bregenz ständig erhöht. Die Stadt bezieht schon seit vielen Jahren Ökostrom für ihre Gebäude, die Kläranlage sowie die Straßenbeleuchtung und nutzt den selbsterzeugten Strom aus eigenen Photovoltaikanlagen. Des Weiteren fördert sie die Nutzung erneuerbarer Energien wie Photovoltaik, thermische Solaranlagen oder Biomasse und bietet kostenlose Energieberatungen für ihre Bürgerinnen und Bürger an. Durch die laufende Umstellung auf eine energieeffiziente Straßenbeleuchtung wird wertvolle Energie eingespart.

Bregenz für alle: Geschlechtergleichstellung und weniger Ungerechtigkeiten

Auf die Frage, was Bregenz heute und in Zukunft lebenswert macht, startete die Stadt vor zwei Jahren eine Bürgerbefragung. Die daraufhin erstellte Sozialraumanalyse dient nun als Grundlage für die Stadtentwicklung auf gesellschaftlicher Ebene – von der Gesundheitsplanung über die Bildungsplanung bis hin zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungschancen.

Der Bienen- und Naturgarten in Bregenz unterstützt durch die Stadtgärtnerei © Landeshauptstadt Bregenz



Es gibt zahlreiche Angebote für Familien, Seniorinnen und Senioren, Jugendliche, Frauen sowie im Bereich Integration, Migration und Bildung. Es wurde ein eigenes Ressort für Menschen mit unterschiedlichen Identitäten und sexuellen Orientierungen (LGBTQI+) geschaffen, um die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen zu ermöglichen. Außerdem nimmt die Stadt am landesweiten Programm „familieplus“ teil, um Bregenz zum idealen Lebensraum für Familien zu machen.

Neben einer engagierten Jugendarbeit leistet die Stadt auch eine finanzielle Unterstützung für internationale Jugendreisen. Die Stadt bietet Vereinen oder Gruppen das interkulturelle Lokal als offenen Lern- und Begegnungsraum an. Viele weitere Angebote, wie die Integrationsberatung oder Gemeinschaftsgärten, werden durch die Stadtteilbüros organisiert und stärken das Gemeinwohl.

In der Verwaltung ist die Stelle einer Gleichbehandlungsbeauftragten geschaffen worden. Dies trägt zur Umsetzung des Ziels 5 der Geschlechtergerechtigkeit bei. Die Kampagne „Kein Platz für Fouls – Respekt geht uns alle an“ setzt ganz konkrete Schritte gegen die Benachteiligung von Frauen in der Verwaltung.

Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster

Durch Beschlüsse zur nachhaltigen Beschaffung trägt die Stadt zum Nachhaltigkeitsziel 12 *Nachhaltiger Konsum und Produktion* bei. Dafür hat die Gemeinde eine Richtlinie zur Errichtung und Sanierung öffentlicher Gebäude und ein Pflichtenheft für effiziente Stromnutzung erstellt. Außer-

dem nutzt sie den ökologischen Beschaffungsservice des Vorarlberger Gemeindeverbandes und hat sich verpflichtet, alle Veranstaltungen gemäß der Initiative „ghörig feschtsa“ nachhaltig durchzuführen.

Naturschutz über die Gemeindegrenzen hinaus

Bregenz setzt innerhalb seiner Stadtgrenzen verschiedene Programme im Bereich Klima- und Naturschutz um, die ebenfalls in regionale und überregionale Kooperationen eingebunden sind. In der Stadt gibt es neben mehreren örtlichen Schutzgebieten und Naturdenkmälern zwei Natura-2000-Gebiete, die nach den Maßgaben der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie geschützt sind. Das Natura-2000-Gebietsmanagement der Stadt trägt zum Umwelt- und Naturschutz und zur Erreichung des Nachhaltigkeitsziels 15 *Leben an Land* bei.

Agenda 2030

Die Stadt beschäftigt sich nicht per se mit den 17 Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030. Aber das engagierte, lokale Handeln in den Themenfeldern Umwelt, Soziales und Wirtschaft macht Bregenz nicht nur zu einer äußerst lebenswerten Stadt, sondern bietet gleichzeitig die Möglichkeit, die globale Verantwortung für eine nachhaltige Zukunft wahrzunehmen. Finanzielle und bürokratische Hürden sind immer wieder eine Herausforderung für die Umsetzung. Klare Bekenntnisse und finanzielle Angebote seitens des Landes oder des Bundes könnten hier mehr Unterstützung geben.

Praxisbeispiel: Wir leben 2.000 Watt

Die Stadt Bregenz setzt ihre Ziele für eine nachhaltige Stadt nicht nur allein, sondern auch in Kooperationen mit anderen Städten in der Region um. Wie kann so eine Kooperation aussehen? Dies zeigt Bregenz anhand des Beispiels „Wir leben 2.000 Watt“. Laut Forschenden der ETH Zürich sind 2.000 Watt die Energie, die jeder Mensch durchschnittlich verbrauchen darf, damit die Klimaerwärmung begrenzt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Verbesserung der Energieeffizienz, ein umfassender Ausbau von erneuerbaren Energien und damit die Substitution von



Photovoltaik und Dachbegrünung auf dem Dach der Schule Schendingen in Bregenz © Landeshauptstadt Bregenz

klimaschädlichen Energien und ein energiebewusstes Verhalten im Alltag und beim Konsum, die Suffizienz, notwendig. Bregenz ist seit 2016 Teil der Initiative „Wir leben 2.000 Watt“. Zurzeit sind sieben weitere Städte in der Bodenseeregion, darunter Feldkirch, Gossau, Konstanz, Lindau, Singen, St. Gallen und Winterthur, in der Initiative aktiv. Als Grundlage der Zusammenarbeit dient die Charta der 2.000-Watt-Städte in der Bodenseeregion von 2016. Die Charta fußt auf vier Leitzielen: 2.000-Watt-Stadt werden – bis 2050 sollen alle Städte den Status von 2.000-Watt-Städten erreichen. Bürger aktivieren – Bürgerinnen und Bürger sollen aktiviert werden, sich in den Prozess einzubringen. Politische Verantwortung übernehmen – Verantwortung auf höchster politischer Ebene und Integration der Ziele in die dazugehörigen Aufgaben. Partner sein – uneingeschränkte Kooperation untereinander, enge Zusammenarbeit mit Behörden auf höherer Ebene und Institutionen mit selben oder ähnlichen Zielen. Der Wissensaustausch und die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und Kommunikationsmitteln stehen im Fokus. Zudem finden regelmäßige Netzwerktreffen statt.

Grundsätzlich können alle Städte der erweiterten Bodenseeregion, aber auch kleinere Gemeinden Mitglied werden.

Die Idee hinter der Initiative besteht jedoch schon deutlich länger als seit 2016. Hervorgegangen ist die Initiative, die heute als lose Kooperation besteht, aus einem europäischen Förderprojekt. In dem Interreg-Projekt 2.000-Watt-Gesellschaft in der Bodenseeregion haben die Städte Feldkirch, Radolfzell, Singen, Überlingen und Schaffhausen von 2012 bis 2014 im Interreg-Raum Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein ihre Idee einer grundlegenden gesellschaftlichen Neuorientierung umgesetzt. Ziel war es, diese Idee in verschiedenen Teilen der Gesellschaft zu verankern – insbesondere in Politik und Verwaltung, bei den Energieversorgern und bei den Bürgerinnen und Bürgern. Kommunikation und Kampagnen spielten dabei eine wichtige Rolle. Aufbauen konnte das Interreg-Projekt auf den Ergebnissen und dem Netzwerk des vorangegangenen Interreg-Projektes Städte gestalten Zukunft – gesellschaftlichen Wandel gemeinsam gestalten. Darin arbeiteten die Städte Radolfzell, Überlingen, Singen,

Friedrichshafen, Schaffhausen, Dornbirn und die Stadt Feldkirch von 2009 bis 2011 zusammen an den Themen Energie und Klimaschutz sowie demographischer Wandel. Im Rahmen dieses Projekts wurde eine großangelegte Regionalstudie erstellt. Das Ergebnis: Ein nachhaltiges gesellschaftliches Energieverbrauchsmodell ist möglich: die 2.000-Watt-Gesellschaft.

Die theoretischen Grundlagen für die 2.000-Watt-Gesellschaft sind also vorhanden. Mit dem nächsten Schritt soll die Idee möglichst flächendeckend umgesetzt werden. Mit gemeinsamen Kampagnen möchte die Initiative zunächst möglichst vielen Menschen den Ansatz der 2.000-Watt-Gesellschaft näher bringen. Mit Informationen, Veranstaltungen und gemeinsamen Ausstellungen werden die Bürgerinnen und Bürger in der Region angesprochen. Bei einer der jüngsten Kampagnen mit dem Titel Stadt Klima Wandel dreht sich alles um Klimaschutz, Klimawandel und mögliche Anpassungsmaßnahmen. Dies ist insbesondere für Bregenz wichtig. Als erste Gemeinde Vorarlbergs begann die Stadt schon 2017, eine Klimawandelanpassungsstrategie zu entwickeln. Ein wichtiger Bestandteil sind Stadtbäume, die zu einer Verbesserung des Stadtklimas beitragen. Dazu hat Bregenz ein Baumkataster eingeführt. Zudem bringt die Stadt Nisthilfen für Vögel an und verlost regelmäßig Bäume an private Personen. Im Kulturzentrum Magazin 4 der Stadt Bregenz findet bis Mitte 2021 zudem die Themenausstellung „Global Shift – Die Welt im Wandel“ statt. Die Ausstellung setzt sich kritisch mit den gegenwärtigen globalen und lokalen Veränderungen wie Ressourcenknappheit, Klimawandel, Globalisierung oder Zusammenleben auseinander und bringt sie den Besuchenden näher.

Im Jahr 2011 wurde die erste Charta der 2.000-Watt-Städte veröffentlicht. Seitdem ist viel passiert. Die Idee der 2.000-Watt-Gesellschaft kann auf eine fast zehnjährige Geschichte in der Bodenseeregion zurückblicken. Über die Zeit haben sich die Partner geändert, neue sind hinzugekommen, alte haben sich verabschiedet. Das Netzwerk aber bleibt bestehen und zeigt, dass sich eine gute Idee auch aus einem zeitlich begrenzten Förderprojekt weiterentwickeln und bestehen bleiben kann.

6.7 Dornbirn – Stadt für alle

Die 50.000-Einwohner-Stadt Dornbirn im österreichischen Vorarlberg beschäftigt sich seit langem mit nachhaltigen Themen. Als eine der ersten Städte in Österreich hat sie bereits 1996 ein Umweltleitbild entwickelt, das bis heute mit einem jährlich neu aufgelegten Maßnahmenkatalog weitergeführt wird. Das breit aufgestellte Programm hat sich über die Jahre immer weiter entwickelt und deckt heute auch die Themenfelder Energie, Klimaschutz und Klimawandel ab. Auch mit ihrem Integrationsleitbild, das Anfang der 2000er Jahre verabschiedet wurde, war Dornbirn Vorreiter in Österreich und nimmt auch hier eine Vorbildrolle ein.

Umwelt- und Klimaschutz

Aufbauend auf dem Umweltleitbild wurde das Dornbirner Umweltprogramm etabliert. Das Umweltprogramm besteht aus einem Maßnahmenkatalog, der seit 1999 jährlich neu mit einem festgelegten Budget vom Stadtrat beschlossen wird. Das Programm wird mit verschiedenen Abteilungen abgesprochen und von der Umweltabteilung koordiniert. Die Projektsteuerungsgruppe Dornbirner Umwelt- und Energieprogramm wurde bis 2020 vom Vizebürgermeister und Stadtrat für Stadtentwicklung und Stadtplanung Martin Ruepp geleitet. Im Jahr 2019 wurde das Programm überarbeitet und durch Projekte mit Bezug zur Klimawandelanpassung ergänzt.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte des Umweltprogramms sind die Stadtentwicklung, die Bodennutzung, der Verkehr, Energie, Emissionen und Abfall, Wasser und Naturschutz. Das Umwelt- und Energieprogramm des Jahres 2020 mit seinen 69 Einzelmaßnahmen, die als verwaltungsanweisendes Arbeitsprogramm dienen, wurde Anfang 2020 einstimmig von der Stadtvertretung beschlossen. Damit trägt die Stadt unter anderem zum Ziel 13 *Klimaschutz und Anpassung* bei. Zusätzlich zu den Projekten aus dem Dornbirner Umweltprogramm wird ein Budget von 170.000 Euro für Maßnahmen zum Klimaschutz bereitgestellt. Insbesondere kleinere Maßnahmen, wie Trinkbrunnen, Baumpflanzungen oder Blumenwiesen, können damit unbürokratisch umgesetzt werden. Zudem beteiligt sich Dornbirn am landesweiten Programm Naturvielfalt in der Gemeinde, bei dem durch eine naturnahe Gestaltung der Stadt die Naturvielfalt gestärkt werden soll.

Dornbirn nimmt – wie auch Bregenz – am österreichischen *e5-Programm* teil. Die Stadt wurde als erste Vorarlberger Stadt mit 5 „e“ ausgezeichnet. Damit erreicht Dornbirn den European Energy Award Gold und gehört zu den 100 besten Gemeinden und Städten Europas. Das Land Vorarlberg hat sich das Ziel gesteckt, bis 2050 den regionalen Energiebedarf vollständig mit erneuerbaren Energien abzudecken. Das Dornbirner Energieprogramm baut auf der Energiestrategie des Landes auf. Seit 2019 wird für alle städtischen Gebäude 100 Prozent österreichischer Ökostrom verwendet. Auch zum Heizen nutzt Dornbirn für städtische Gebäude möglichst erneuerbare Energien. Insgesamt 60 städtische Gebäude sind bereits an das Dornbirner Nahwärmenetz angeschlossen. Damit trägt die Stadt zum Nachhaltigkeitsziel 7 *Bezahlbare und saubere Energie* bei.



Gruppenbild bei der Verleihung des 5. e für die Stadt Dornbirn
© Energieinstitut

Globale Verantwortung

Bereits seit 1992 ist Dornbirn Mitglied beim Klimabündnis und dadurch Teil einer globalen Klimaschutzpartnerschaft. Die Stadt ist damit eine von 37 Vorarlberger Gemeinden, die sich für eine Verringerung der Treibhausgasemissionen und den Erhalt des Amazonas-Regenwaldes einsetzen. Dornbirn kommt seiner globalen Verantwortung zusätzlich durch finanzielle Unterstützung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit nach. Dies geschieht durch Kapitaltransfers an private Institutionen und Investitionszuschüsse im Rahmen der Entwicklungshilfe. Der Weltladen Dornbirn feierte im Jahr 2020 sein vierzigjähriges Bestehen. Im Oktober 1980 von Ehrenamtlichen gegründet trägt er seitdem zum fairen Handel in Dornbirn bei. Seit der Gründung ist viel passiert: mehr Mitarbeitende, längere Öffnungszeiten und größere Räumlichkeiten. Der Grundgedanke, eine faire Alternative zum konventionellen Handel zu bieten, ist jedoch geblieben.

Das Bundesgymnasium in Dornbirn ist offizielle UNESCO-Schule und setzt sich damit für Menschenrechte, Kultur und nachhaltige Entwicklung ein. Die Schülerinnen und Schülern setzten diese Kernthemen zusammen mit dem Lehrpersonal in die Praxis um. So gibt es unter anderem seit mehreren Jahren einen Austausch mit einer armenischen Schule, aber auch grenzüberschreitende Nachhaltigkeitsprojekte im Alpenraum, wie das Comeniusprojekt, in dem die Themenbereiche Verkehr und Mobilität, Ernährung und Umweltschutz bearbeitet wurden.

Faire und nachhaltige Beschaffung

Die Stadt Dornbirn hat festgelegt, keine Produkte aus Tropenholz zu beschaffen. Der „Ökoleitfaden Bau und Büro“ wurde in die Richtlinienammlung aufgenommen und die Stadt beteiligt sich am „Ökologischen Beschaffungsservice“ des Umweltverbandes. Zudem gibt es Richtlinien zu Beschaffung von Fahrzeugen, Verpflegung und Bewirtung. Getränke und Lebensmittel sollen möglichst regional oder aus fairem Handel beschafft werden.

Die Stadt Dornbirn setzt auch beim kommunalen Bauen auf Nachhaltigkeit. Unterstützt wird sie dabei unter anderem vom Vorarlberger Gemeindeverband. Dieser begleitet seit 2006 mit seinem Team des Servicepakets *Nachhaltig:Bauen* in der Gemeinde Vorarlberger Städte und Gemeinden bei der Ausschreibung, Planung und Umsetzung nachhaltiger kommunaler Gebäude. Hier ist die Hebelwirkung besonders groß, da viele Materialien beschafft werden müssen. Der Stadtrat hat beschlossen, den Kommunalgebäudeausweis und nachhaltige bauökologische als auch energietechnische Standards, die überdurchschnittlich umwelt- und energiefreundlich sind, anzuwenden. Besonders zwei Projekte sind in Dornbirn beim nachhaltigen Bauen hervorzuheben: der Kindergarten und die Volksschule im Dornbirner Wallenmahd. Der Neubau des Kindergartens in Wallenmahd ist eine Massivholzkonstruktion mit Passivhauskomponenten. Beim Bau wurde auf die Nutzung von ökologischen Materialien, insbesondere Holz geachtet. Die Heizwärme wird über Nahwärme zur Verfügung gestellt. Bei der Sanierung und der Erweiterung der Volksschule wurde der Passivhausstandard berücksichtigt. Viel Wert wurde auf eine Verwendung von ökologischen und regionalen Materialien gelegt.

Die Stadt als Vorbild

Im Bereich Umwelt- und Klimaschutz geht Dornbirn als Vorbild voran und trägt so zum Nachhaltigkeitsziel 11 *Nachhaltige Städte und Gemeinden* bei. Die Stadt Dornbirn setzt sich für umweltbewusstes Wirtschaften ein – sowohl bei ihren eigenen Betrieben, als auch bei lokalen Unternehmen. Zurzeit sind über 30 Betriebe in Dornbirn bei Ökoproofit aktiv. Dazu gehören lokale Unternehmen, aber auch die Stadt mit mehreren eigenen Betrieben. Ökoproofit ist ein in Graz entwickeltes Kooperationsprojekt zwischen Kommunen und lokalen Unternehmen. Ziel ist die gleichzeitige Schonung natürlicher Ressourcen und der Betriebskostensenkung. Dornbirn war die erste Gemeinde, die das Programm in Vorarlberg eingeführt hat.

Die Stadt fördert zudem nachhaltige Mobilitätsalternativen für ihre Mitarbeitenden. Bereits im Jahr 2011 führte die Stadt ein eigenes betriebliches Mobilitätsmanagement ein, begleitet von einer groß angelegten Kampagne. Angefangen hatte alles mit einer Befragung der Mitarbeitenden. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen hat sich in den darauffolgenden Jahren viel getan. Mit der eingeführten Parkplatzbewirtschaftung wird eine nachhaltige Mobilität gefördert und finanziert. Dazu gehört neben einem Zuschuss zur Karte für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) auch ein Mobilitätsbonus für Mitarbeitende, die Arbeitswege umweltfreundlich zurücklegen. Seit 2016 geschieht das mit sogenannten Eco-Points, einem Bonus- und Anreizsystem. Mitarbeitende können für die Nutzung nachhaltiger Verkehrsmittel Bonuspunkte sammeln und diese gegen Prämien tauschen. Die Stadt fördert aber auch die nachhaltige Mobilität ihrer Bürgerinnen und Bürger. So wird die Anschaffung von Lastenrädern, Fahrradanhängern und Trolleys finanziell gefördert.

Chancengleichheit und Bildung

Mit dem Modellvorhaben *Dornbirn lässt kein Kind zurück* trägt die Stadt zum Ziel 4 *Chancengleichheit und hochwertige Bildung* bei. Ziel des 2016 gestarteten Projektes ist ein gesundes, entwicklungsförderliches Aufwachsen aller Kinder. Dies wird vor allem durch den systematischen Aufbau einer Präventionskette erreicht. Hierzu werden bestehende Angebote vernetzt und eine gemeinsame Kooperationsstruktur entwickelt. Die Stadt übernimmt dabei die Rolle der Vermittlerin. Der Familienservice der Stadt Dornbirn als erste Anlaufstelle informiert und vermittelt bei Bedarf an Fachinstitutionen weiter. Familienlotsinnen und -lotsen begleiten Familien nach Wunsch kostenlos. Seit 2002 hat Dornbirn zudem ein Integrationsleitbild. Wie es dazu kam und was das Besondere daran ist, zeigt das folgende Beispiel.

Praxisbeispiel: Stadt für alle: ZusammenLeben in Dornbirn

Eine *Stadt für alle* sein, das ist das Ziel Dornbirns. Zurzeit leben in der Stadt Menschen aus über 115 Nationen. Bereits 2002 hat Dornbirn als erste österreichische Kommune mit einem eigenen Leitbild einen wertvollen Beitrag zur Integration geleistet. Damit war und ist die Stadt Vorreiterin im Bereich Integrationspolitik. Nach 15 Jahren Umsetzung dieses Leitbildes wurde 2017 das neue Leitbild *ZusammenLeben in Dornbirn – Leitbild und Strategien für ein gutes Zusammenleben in Vielfalt* veröffentlicht. Es soll die Chancengerechtigkeit fördern und den Zusammenhalt stärken.

Das aktuelle Integrationsleitbild möchte Integrationsarbeit als Querschnittsaufgabe neu ausrichten. Für verschiedene inhaltliche Handlungsfelder wurden Maßnahmen ausgearbeitet. Insbesondere im Bereich der Bildung setzt sich die Stadt mit verschiedenen Angeboten ein. Dazu gehören Deutsch- und Orientierungskurse, ein Deutsch-Lern-Café, frühe Sprachförderung von Kindern im Kindergartenalter und eine Seminarreihe für Fachkräfte. Das Handlungsfeld Arbeit ist nicht allein von der Stadt umsetzbar, aber mit den Angeboten zur Chancengerechtigkeit, die mit der Maßnahme Bildung verknüpft sind, schafft sie eine gute Grundlage für eine Teilhabe aller am Arbeitsmarkt. Die Stadt geht zudem als Vorbild voran. Es gibt heute mehr Mitarbeitende mit Migrationshintergrund als zu Beginn des Prozesses und eine länderübergreifende Seminarreihe für Auszubildende zur interkulturellen Kompetenz. Zukünftig soll die Diversitätskompetenz in den Einrichtungen der Stadt verstärkt gefördert werden. Im Bereich der Stadtentwicklung und des Wohnens und insbesondere im alltäglichen Leben liegt großes Potenzial. Aber auch das Wohnen liegt nicht im direkten Einflussbereich der Stadt. Das Ziel ist jedoch, mehr Begegnungsmöglichkeiten im Wohnumfeld zu ermöglichen. Im Bereich Gesundheit- und Sozialwesen setzen die externen Kooperationspartner der Stadt vor allem auf Weiterbildung und mehrsprachige Informationen. Die Öffentlichkeitsarbeit hebt positive Beispiele hervor. Geplant ist zudem ein Begrüßungsprojekt für neue Dornbirnerinnen und Dornbirner.

Doch wie kam es dazu, dass Dornbirn bereits so früh ein Integrationsleitbild mit integriertem Maßnahmenplan entwickelte? Voneinander lernen und die Nutzung guter regionaler Beispiele für die Umsetzung in der eigenen Gemeinde waren auch 2002 schon im Alpenraum gegenwärtig. Im Jahr 2001 unternahm verschiedene Vertretende der Stadt Dornbirn eine Exkursion nach Basel in der Schweiz. Ziel war es, sich über das dort seit kurzem bestehende Integrationsleitbild und dessen Erstellungsprozess sowie Umsetzung in Politik und Verwaltung zu informieren. Die Delegation bestand aus Politikerinnen und Politikern, städtischen Mitarbeitenden und Fachleuten. Angetan von den Erfahrungen beschloss der Stadtrat, auch für Dornbirn ein Integrationsleitbild zu entwickeln. In einem einjährigen Prozess wurden ein Leitbild und ein Handlungskonzept mit konkret umzusetzenden Maßnahmen erstellt. Das Leitbild baute auf bestehenden Integrationsprojekten und -aktivitäten auf und band verschiedene Interessensgruppen der Stadt Dornbirn in den Prozess ein. Darunter waren Fachleute, in- und ausländische Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Gruppen, Vertretende aller politischen Fraktionen, verschiedene Ausschüsse, Kindergärten und Schulen, Vertretende aus der Wirtschaft und der Kirche. Eigene Arbeitsgruppen widmeten sich den Handlungsfeldern Arbeit, Bildung, Stadtentwicklung und Wohnen, Gesundheit und Sozialwesen und

Öffentlichkeitsarbeit. Ein Expertenrat, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Handlungsfelder zusammensetzte, entwickelte Ideen und beriet die städtische sowie die extern beauftragte Projektleitung. In monatlich stattfindenden Arbeitskreisen und zweimonatlich stattfindenden Beiratsitzungen wurden Wirkungsziele aufgestellt und Maßnahmen und Projekte entwickelt. Die Ergebnisse flossen, zusammen mit einer Grundlagenerhebung anhand von Telefoninterviews von in- und ausländischen Bürgerinnen und Bürgern, in das Leitbild ein. Ziel war eine breite Meinungsbildung zu gewährleisten und gleichzeitig die politische Akzeptanz und ökonomische Realisierbarkeit in einem zukunftsgerichteten Leitbild zu vereinen. Dies gelang und so wurde Ende 2002 das Leitbild durch die Dornbirner Stadtvertretung einstimmig beschlossen. Ein wichtiges Ergebnis war die Institutionalisierung der Aktivitäten: Eine Fachstelle für Integration in der Abteilung für Bildung und Integration sowie ein politisches Referat sind geschaffen worden. Dadurch wurde eine Vernetzung der Maßnahmen möglich. Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die im gesamten städtischen Handeln mit einbezogen werden soll. Die Fachstelle dient vor allem als Integrationservice, sie initiiert und setzt Integrationsprojekte um und fördert interkulturelle Maßnahmen und Projekte.



Luftbild des Marktplatzes in Dornbirn © Stadt Dornbirn

Neben dem Verständnis, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe ist, sind auch das Fördern und Fordern, Anreize für Integration und Partizipation, der positive Umgang mit Vielfalt und Differenz und ein konstruktives Miteinander Teil des Dornbirner Integrationsverständnisses. Nach der Erstellung des Integrationsleitbilds im Jahr 2002 und der Schaffung der Fachstelle Integration ging es in die Umsetzung. Jährlich wird ein aktualisierter Maßnahmenkatalog mit Aufgaben für das kommende Jahr vom Stadtrat beschlossen. Darin werden Ziele sowie finanzielle und personelle Ressourcen definiert. Zusätzlich findet eine Kontrolle der Umsetzung des vorangegangenen Maßnahmenkatalogs statt. Eine Projektgruppe, die die Koordinationsarbeit übernimmt, sorgt für eine Vernetzung von verschiedenen Abteilungen in der Verwaltung.

Im Jahr 2016 beschloss der Stadtrat, den Umsetzungsstand zu evaluieren und ein neues Leitbild *ZusammenLeben in Dornbirn – Leitbild und Strategien für ein gutes Zusammenleben in Vielfalt* zu erstellen. Die 2017 durchgeführte Evaluierung hatte zwei übergeordnete Ziele: den Ist-Zustand der gesetzten Ziele zu analysieren und die Grundlage für ein neues Integrationsleitbild zu schaffen. Die bisher gesetzten Maßnahmen wurden entlang der Leitziele in den Handlungsfeldern einer zusammenfassenden Wirkungsanalyse unterzogen. Darauf aufbauend wurden Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmen für die zukünftige Integrationsarbeit der Stadt Dornbirn abgeleitet. Das Ergebnis der Evaluation war, dass Maßnahmen zur Förderung der strukturellen Integration allein nicht ausreichend sind, sondern gutes Zusammenleben Beziehungen braucht. Bei der Evaluierung und auch bei der Erstellung des neuen Integrationskonzeptes wurden Interessensgruppen, Akteurinnen und Akteure und Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen Bereichen und verschiedener Herkunft eingebunden. Dies fand anhand von Online-Befragungen, Fokusgruppeninterviews und einer Veranstaltung mit Bürgerbeteiligung statt. Die Beteiligten wünschten sich insbesondere mehr Begegnungsmöglichkeiten, um längerfristige Beziehungen aufbauen zu können. Auch die Förderung von Vernetzung und Partizipation war ein wichtiges Ergebnis des Prozesses, um Vielfalt positiv erfahrbar machen. Dornbirn wird diese Herausforderungen in den nächsten Jahren angehen.



6.8 Vorarlberger Gemeindeverband – Nachhaltige Beschaffung und Umweltwoche

Der Vorarlberger Gemeindeverband vertritt die Interessen der 96 Gemeinden gegenüber dem Bund, dem Land sowie innerhalb von Interessensgemeinschaften. Dass dort alle Kommunen des Bundeslandes vertreten sind, ist in Österreich einzigartig. Die Kommunen legen die Themen fest, mit denen sich der Verband beschäftigt. Zurzeit berät und unterstützt er die Mitglieder in den Bereichen Finanzen und Recht, Gemeindeentwicklung, Abfall und Umwelt, nachhaltige Beschaffung und Vergabe, IT-Lösungen, Gesellschaft und Soziales sowie Aus- und Weiterbildung. Nach außen vertreten wird der Verband durch das von den Mitgliedern gewählte Präsidium.

Nachhaltigkeitsaktivitäten finden in unterschiedlichen Bereichen des Verbandes statt. Die Aktivi-

täten im Themenfeld Abfall und Umwelt sowie Maßnahmen der nachhaltigen Beschaffung und Vergabe tragen zum globalen Nachhaltigkeitsziel 12 *Nachhaltiger Konsum und Produktion* sowie Ziel 11 *Nachhaltige Städte und Gemeinden* bei. Das Themenfeld Gesellschaft und Soziales trägt unter anderem zu den Zielen 3 *Gesundheit und Wohlergehen* sowie 4 *Hochwertige Bildung* bei.

Wie geht der Vorarlberger Gemeindeverband die Herausforderungen rund um eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen an? Und welche Rolle spielt dabei die Agenda 2030? Das erklären Kerstin Formanek, zuständig für Umweltprojekte, und Dietmar Lenz, Leiter nachhaltige Beschaffung und Vergabe des Vorarlberger Gemeindeverbandes.



Zuständige für Umweltprojekte Kerstin Formanek
© Kerstin Formanek



Leiter für Nachhaltige Beschaffung und Vergabe
Dietmar Lenz © Dietmar Lenz

Frau Formanek, Herr Lenz, welche konkreten Projekte und Aktivitäten führen Sie im Nachhaltigkeitsbereich durch?

Im Umweltbereich haben wir zusammen mit Gemeinden und Institutionen verschiedene Projekte entwickelt und umgesetzt. Das Projekt *ghörig feshta* unterstützt beispielsweise Gemeinden dabei, ihre Veranstaltungen nachhaltig auszurichten. Die Initiative Lebensmittel sind kostbar! stärkt das Bewusstsein für den nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln. Mit der *Littering*-Kampagne und den Landschaftsreinigungen setzen wir uns für eine saubere Umwelt und weniger Abfall im öffentlichen Raum ein. Während der jährlich stattfindenden Umweltwoche stehen Umwelt und Nachhaltigkeit in ganz Vorarlberg im Fokus. In dieser Woche führen die Gemeinden Aktionen und Veranstaltungen durch. Wir koordinieren dieses Projekt über die *umweltv*-Website, auf der sich mehrerer Gemeinden und Institutionen zusammengeschlossen haben.

Im Themenfeld Gesellschaft und Soziales initiieren, organisieren und koordinieren wir die überregionale Sozialplanung. Konkret unterstützen wir Gemeinden dabei, die ambulante und stationäre Pflege von älteren Menschen, die Integration von Geflüchteten sowie Kinder und Schülerbetreuungsangebote zu planen und durchzuführen. Im Bereich nachhaltige Beschaffung und Vergabe stellen wir Gemeinden den *ÖkoBeschaffungsService (ÖBS)* zur Verfügung und unterstützen sie dabei, kommunale Bauvorhaben nachhaltig zu realisieren.

Was ist für Sie ein vorbildliches Beispiel, wie globale Verantwortung auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann?

Für uns ist der *ÖkoBeschaffungsService* ein besonders gutes Beispiel. Der *ÖBS* wird durch die Vorarlberger Gemeinden getragen und unterstützt diese sowie andere öffentliche Auftraggeber in Vorarlberg bei der Beschaffung nachhaltiger Produkte. Wir bieten mittlerweile Artikel aus über 50 Produktgruppen an, die wir im Vorfeld rechtssicher ausgeschrieben haben. Gerade beim Einkauf kann einiges bewegt werden. Durch die zentrale Koordination können insbesondere ökologische, aber auch soziale Kriterien umfassender berücksichtigt werden.

Welche Vorteile hat eine zentrale Beschaffung für die Gemeinden?

Der Zeit- und Arbeitsaufwand ist geringer, da sich nicht jede Gemeinde mit einzelnen Kriterien auseinandersetzen muss. Durch das höhere Abnahmenvolumen können wir den Gemeinden ein sehr gutes Preis-Leistungsverhältnis bieten – so gut, dass die vermeintliche teurere ökologische Beschaffung oft günstiger ist als die konventionelle. Das ist unser Ziel. Durch unser Vergabemanagement schaffen wir zudem Rechtssicherheit.

Wie binden Sie die Gemeinden ein?

Wir stehen im ständigen Austausch mit den Gemeinden. Damit stellen wir sicher, dass wir den tatsächlichen Bedarf der Gemeinden bei den Produkten abdecken. Vor jeder Ausschreibung setzen wir ein Team ein, das aus Fachexpertinnen und -experten und Hauptbedarfstragenden der jeweiligen Gemeinden besteht. Letztere können die Anforderungen an das Produkt aus ihrer täglichen Arbeit am besten einschätzen.

Wie ist der ÖBS entstanden?

1997 führten wir Umfragen in den Gemeinden darüber durch, ob ökologische Kriterien bei der Beschaffung von Produkten interessant für sie seien. Heraus kam, dass sich die Gemeinden einen Kriterienkatalog, eine Art Werkzeug zur ökologischen Beschaffung, wünschten. Dem sind wir mit dem *Ökoleitfaden*: Büro und Bau nachgekommen. In der Folge wünschten sich die Gemeinden, dass wir die Beschaffung als regionale Beschaffungsstelle operativ übernehmen. Ökologische Beschaffung war Anfang der 2000er Jahre ein Fremdwort. Wir haben uns an Vorbildern aus Skandinavien orientiert und waren in Österreich zu der Zeit Vorreiter. Anfangs gab es Unverständnis insbesondere von den Herstellern. Doch der Anspruch, nachhaltig zu beschaffen, ist in den letzten Jahren gestiegen und damit ist es auch für uns einfacher.

Wie wird der ÖkoBeschaffungsService angenommen und was macht ihn erfolgreich?

Der *ÖBS* wird sehr gut angenommen. Er ist explizit auf Wunsch der Gemeinden eingerichtet worden. Die Nutzung ist freiwillig, aber alle Gemeinden nutzen das Angebot in mindestens einer Produktgruppe. Dazu kommen Nutzende wie Ener-

gieversorger, Krankenhäuser, Landeseinrichtungen. Die Nähe zur Kundschaft ist ein Erfolgsfaktor. Die Gemeinden werden miteinbezogen, der Bedarf ist abgestimmt. Wir haben es geschafft, dass die ökologische Beschaffung einfacher ist als die konventionelle.

Was waren Herausforderungen bei der Einführung?

Zu Beginn war der Service teilweise umstritten. Es bestand vor allem die Sorge, dass lokale Unternehmen nicht berücksichtigt werden und die lokale Wertschöpfung leidet. Die kritischen Stimmen sind aber weitestgehend verschwunden. Das liegt auch daran, dass wir bei den Ausschreibungen regionale Firmen berücksichtigen. Mittlerweile wird rund 80 Prozent des Umsatzes durch Unternehmen aus Vorarlberg erbracht.

Welche Anregungen und Hinweise würden Sie ähnlichen Projekten mitgeben?

Am besten sollte das Projekt gemeinsam mit den Gemeinden und deren Hauptbedarfstragenden entwickelt werden. Partizipation ist wichtig, außerdem eine regional angepasste Umsetzung. Wir hatten den Vorteil, dass der Verband schon existierte und keine neuen Strukturen geschaffen werden mussten. Aber das Modell kann auch in anderen Regionen Anwendung finden. Auf der Bodensee-Konferenz 2018 Nachhaltig beschaffen der IBK haben wir uns bereits mit anderen Regionen ausgetauscht.

Was planen Sie für die Zukunft?

Wir arbeiten ständig an der Weiterentwicklung der ökologischen Produkte. Jede Produktgruppe wird circa einmal pro Jahr ausgeschrieben und, wo möglich und nötig, angepasst.

Frau Formanek, für Sie ist die Umweltwoche in Vorarlberg ein gutes Beispiel! Warum?

Sie ist bereits seit elf Jahren erfolgreich. Dadurch, dass sie in allen 96 Vorarlberger Gemeinden stattfindet, werden sehr viele Personen erreicht. So können wir flächendeckend Bewusstsein bilden. Außerdem beteiligt sich eine große Bandbreite an Akteurinnen und Akteuren und Umweltinitiativen. Die Woche findet um den Weltumweltag am 5. Juni statt. Zu der Zeit gibt es besonders viele Aktionen, der umweltv-Kalender auf unserer Website zeigt aber auch ganzjährig Veranstaltungen mit Umweltbezug an.

Wie kam es dazu, dass der Vorarlberger Gemeindeverband die Koordination übernahm?

Eine engagierte Bürgerin hat 2009 die Idee einer Umweltwoche erfolgreich in der Stadt Dornbirn umgesetzt. 2010 wurde das Konzept von dem Gemeindeverband dann auf ganz Vorarlberg ausgeweitet. Wir wurden schon immer als neutraler Partner der Gemeinden wahrgenommen. Daher übernehmen wir die Koordination. Auf der Plattform finden sich aber die verschiedensten Organisationen, Gemeinden und Partner zusammen. Ohne sie wäre eine Durchführung der Umweltwoche nicht möglich.

Wie arbeiten Sie mit den Akteurinnen und Akteuren der Umweltwoche zusammen?

Ein halbes Jahr vor der Umweltwoche findet normalerweise ein physisches Treffen in Form einer Plattform Sitzung statt. Zudem versenden wir regelmäßig Newsletter und stehen mit den Gemeinden im persönlichen Austausch. Vor und während der Umweltwoche werden mit interessierten Partnern zwei Pressekonferenzen abgehalten. In den Gemeinden ist die Umweltwoche zudem regelmäßig Thema in den Gremien. Dadurch, dass die Umweltwoche etabliert ist, sind die Abstimmungen deutlich leichter geworden.



Besucherinnen und Besucher der ÖBS-Messe, die elektrisch betriebene Nutzfahrzeuge begutachten © Phototree Patrick Kunkel

Wie machen Sie Bürgerinnen und Bürger auf die Umweltwoche aufmerksam?

Wir nutzen verschiedene Kommunikationsmittel, um möglichst viele Personen zu erreichen. Unsere Webseite hat einen übersichtlichen Kalender mit anstehenden Veranstaltungen. Das Hauptkommunikationsmittel ist jedoch ein Flyer, der jährlich auf die Umweltwoche hinweist. Diesen sowie Banner, Lesezeichen und Plakate stellen wir unseren Partnern und Gemeinden kostenlos zur Verfügung. Zudem nutzen wir Facebook und Instagram. Das war dieses Jahr besonders wichtig, da wir erstmalig seit zehn Jahren wegen Corona keine physischen Veranstaltungen durchführen konnten.

Was hat die Umweltwoche so erfolgreich gemacht und was würden Sie anderen mitgeben?

Es spielt uns in die Hände, dass Umweltschutz ein aktuelles Thema ist. Es gab Zeiten, da wurde die Umweltwoche hinterfragt. Zum Erfolg trägt bei, dass viele engagierte Leute von Anfang an dabei sind und mittragen. Anderen würde ich raten, gut und vorausschauend zu planen und sich im Vorfeld mit bestimmten Fragen auseinanderzusetzen. Was ist das Ziel? Wen möchte man erreichen? Welche Kommunikationsmittel kann man dafür nutzen? Wer ist engagiert und lässt sich einbinden?



Kinder tauschen ihr Eigentum © Vorarlberger Gemeindeverband



Gruppenfoto mit Kindern während der Vorarlberger Umweltwoche © Vorarlberger Gemeindeverband

Wo sehen Sie Herausforderungen?

Jedes Jahr birgt neue Herausforderungen. Aber gleichbleibend herausfordernd ist, wie wir von einer Zentrale alle Partner sowie Bürgerinnen und Bürger erreichen. Und dann stellt sich bei uns die Frage, wie wir unsere Zielgruppe erweitern. Also wie bekommen wir Leute auf Veranstaltungen, die nicht bereits Interesse an Umweltthemen haben?

Was planen Sie für die Zukunft?

Wir haben eine Kooperationsanfrage der Caritas zur Agenda 2030. Die globalen Nachhaltigkeitsziele sind definitiv ein Zukunftsthema. Gleichzeitig wollen wir Bestehendes erhalten und ausbauen und noch mehr Leute mit der Umweltwoche ansprechen.

Frau Formanek, Herr Lenz: Inwieweit spielen die Agenda 2030 und die globalen Nachhaltigkeitsziele eine Rolle für den ÖBS und die Umweltwoche?

Sie spielen beim ÖBS, der Umweltwoche und weiteren Aktivitäten des Verbandes mindestens mittelbar eine Rolle. Die Nachhaltigkeitsziele dienen uns als Basis und Orientierungshilfe. Es ist aber eine Herausforderung, die bestehenden Dienstleistungen mit der Agenda 2030 in Verbindung zu bringen. Hier sind noch Kommunikation und Aufklärung notwendig.

Weitere Informationen zu Voralberg

→ <https://www.gemeindeverband.at/>

Angebot SKEW: Schulungen und Rechtsberatung zu fairer Beschaffung

Auch die SKEW begleitet Kommunen auf ihrem Weg zu einer nachhaltigen Beschaffung. Neben Einführungs- und Grundlagenschulungen zu fairer Beschaffung und individueller Beratung bietet sie Kommunen an, durch von der SKEW beauftragte Vergabejuristen Leistungen in Anspruch zu nehmen. Das Angebot reicht von der Klärung kleinerer Anfragen oder Unterstützung bei der Formulierung von Handreichungen über die Prüfung von Vergabeunterlagen auf die rechtskonforme Einbindung sozialer Vergabekriterien bis hin zur Begleitung von Vergabeprozessen und Erarbeitung von Musterausschreibungen. Zusätzlich können individuelle Schulungs- und Vortragsangebote zur erfolgreichen Einführung und Umsetzung fairer Beschaffung in Anspruch genommen werden.

→ <https://skew-engagement-global.de/rechtsberatung-bei-vergaben.html>

SKEW-Modellprojekt Faire Beschaffung

Die SKEW unterstützt Kommunen und Organisationen, die sich in Kooperationsprojekten gemeinsam im Handlungsfeld Fairer Handel und Faire Beschaffung engagieren. Sie möchten ein Modellprojekt im Handlungsfeld Fairer Handel und Faire Beschaffung umsetzen? Sie haben eine Idee, um das Volumen für faire Beschaffungsmaßnahmen in Ihrer Kommune zu steigern? Sie wollen das Engagement in Ihrer Kommune zu bestimmten Fairtrade-Produkten gezielt unterstützen? Setzen Sie mit Ihrem Kooperationsprojekt ein Zeichen für einen gerechten Welthandel und reichen Sie Ihren Projektvorschlag ein!

→ <https://skew-engagement-global.de/fairer-handel-und-faire-beschaffung.html>



LIECHTENSTEIN



58

6.9 Liechtenstein – Waterfootprint

Das Fürstentum Liechtenstein ist ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort. In dem kleinsten Staat im deutschen Sprachraum leben 38.749 Menschen auf einer Fläche von 160,5 Quadratkilometern. Liechtenstein hat eine der höchsten Industriequoten der Welt und ist zudem ein wichtiger Finanzplatz. Liechtenstein gilt als sehr nachhaltiges und innovatives Land. Der kleine Binnenstaat hat nicht nur eine anspruchsvolle Nachhaltigkeitsstrategie, sondern erfreut sich inzwischen auch an Auszeichnungen und Würdigungen wie „Solarweltmeister“ und „erstes Energieland“.

Die Regierung hat die globalen Nachhaltigkeitsziele zusammen mit dem Regierungsprogramm 2017–2021 als eine der strategischen Leitlinien für die Regierungstätigkeit definiert. Liechtenstein berücksichtigt in der konkreten Umsetzung alle 17 Nachhaltigkeitsziele, konzentriert sich aber besonders auf diejenigen mit dem größten Handlungsbedarf und Herausforderungen in und für Liechtenstein. Eine wichtige Rolle für den Prozess spielte eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten. Die von der Regierung eingesetzten Expertinnen und Experten setzten von Beginn an auf einen systematischen Ansatz, um den Umsetzungsstand der Nachhaltigkeitsziele in Liechtenstein zu analysieren und den Handlungsbedarf zu definieren. Der 2019 veröffentlichte Nachhaltigkeitsbericht der Regierung „Nachhaltigkeit in Liechtenstein“ macht die Ergebnisse dieser Arbeit erstmals vollständig sichtbar: Er beschreibt für alle 17 globalen Nachhaltigkeitsziele die aktuelle Situation im Land, die Herausforderungen, aktuelle sowie zukünftige Maßnahmen und gibt eine Gesamtbeurteilung ab.

Über die Arbeitsgruppe hinaus wird die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie aktiv durch Verwaltungsmitarbeitende, einzelne Schlüsselakteurinnen und -akteure, lokalpolitische Initiativen oder Vertretende, gemeinnützige Organisationen, Bildungsinstitutionen und Netzwerke unterstützt.

Neben dem Regierungsprogramm 2017–2021 tragen vor allem thematische Strategien auf kommunaler Ebene zu den Nachhaltigkeitszielen bei. Die Energiestrategie 2020 mit Zielen zu Energieverbrauch, Energieeffizienz und erneuerbaren einheimischen Energieträgern adressiert unter anderem das Ziel 7 *Bezahlbare und saubere Energie*. Eine neue Energiestrategie 2030 ist in Arbeit. Mit der Klimastrategie und der Anpassungsstrategie an den Klimawandel findet zum Beispiel das Ziel 13 *Maßnahmen zum Klimaschutz* Eingang. Ebenso finden sich Bezüge im Mobilitätskonzept 2030 und in der sich noch in Erarbeitung befindlichen Bildungsstrategie 2025, die unter anderem das Ziel 4 *Hochwertige Bildung* aufgreift.

Konkrete Initiativen, Projekte und Maßnahmen, die zu einer Umsetzung der Agenda 2030 vorliegen und zu den Zielen beitragen, sind die Liechtenstein-Initiative *Finance against Slavery and Trafficking*, um den Finanzsektor gegen moderne Sklaverei und Menschenhandel zu mobilisieren, der *Waterfootprint Liechtenstein*, eine so genannte Public-Private-Partnership, eine Kooperation der öffentlichen Hand mit diversen Unternehmen zum Thema Wasser, und die Projekte *Energie- und Klimapioniere* sowie *Energie- und Klimawerkstatt* für Schülerinnen und Schüler. In weiteren Initiativen nimmt Liechtenstein eine

Vorreiterrolle ein: Liechtenstein ist das erste so genannte Energieland – alle 11 Gemeinden sind Energiestädte. Außerdem ist Liechtenstein durch ausgiebige Förderung der erneuerbaren Energien Solarweltmeister mit der höchsten installierten Kapazität an Photovoltaik pro Kopf weltweit und Bioweltmeister in der Landwirtschaft.



Pumpstation für ein gesamtes Dorf in Mosambik
© Helvetas/ Simon B. Opladen

Die Strategie wird der globalen Verantwortung des Landes durch entwicklungspolitisches Engagement in Migration und nachhaltiger Entwicklung gerecht: Jährlich wendet Liechtenstein 22,6 Millionen Schweizer Franken für die Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung (IHZE) auf. Schwerpunkte der IHZE sind die Armutsbekämpfung, die Bildung, ländliche Entwicklung, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze sowie das Migrationsmanagement. Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie wird umfassend verfolgt und systematisch bewertet. Das Amt für Statistik veröffentlicht mit der Publikation *Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung* jährlich einen Indikatorenbericht.

Die Liechtensteiner sehen in ihren Nachhaltigkeitsstrategien beziehungsweise dem Agenda 2030-Prozess mehrere Vorteile: Teilhabe an und Austausch mit einem globalen Netzwerk, internationale Zusammenarbeit mit anderen Gebietskörperschaften, Städten, Gemeinden und Kommunen, eine höhere Identifikation der Bevölkerung mit der liechtensteinischen Nachhaltigkeitsstrategie sowie eine Stärkung der Region und der grenzübergreifenden Zusammenarbeit.

Liechtensteins strategisch verankerte Teilnahme am European Energy Award, den Energiestadt- und Fairtrade-Stadt-Programmen sowie der UNICEF-Initiative *Kinderfreundliche Gemeinde* eignen sich alle zur Umsetzung der Agenda 2030. Akteurinnen und Akteure wie gemeinnützige Organisationen, Schulen, Universitäten, Interessensverbände (zum Beispiel Industrie- und Handelskammer) sind alle bei Aktivitäten eingebunden. Veranstaltungen, Tagespresse und Social Media kommen bei der Information und Kommunikation rund um die Nachhaltigkeitsaktivitäten zum Einsatz. Die Regierung und deren Amtsstellen sind in Liechtenstein essenzielle Akteurinnen, um die Agenda 2030 und andere Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Dabei gilt es, manche Hürden wie die Koordination zwischen Ministerien und Amtsstellen sowie die Einbindung von privaten und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren zu überwinden. Viele liechtensteinische Gemeinden beginnen jetzt, die Agenda 2030 konkret in ihre Aktivitäten aufzunehmen.

Praxisbeispiel: Waterfootprint Liechtenstein

Wasser ist eine immer knapper werdende Ressource in vielen Regionen der Welt. In der Bodenseeregion ist das Thema bekannt. Bereits 1972 wurde die Internationale Bodensee-Konferenz ins Leben gerufen, um das Wassereinzugsgebiet und den See selbst vor den negativen Auswirkungen durch Abwässer, Düngemittel und Pestizide zu schützen. Sauberes Trinkwasser ist auch weltweit nicht selbstverständlich: Global gesehen ist Wasser in vielen Gebieten eine knappe und äußerst kostbare Ressource. Als lebensspendendes Element trägt Wasser aber wesentlich zur Erhöhung der Lebensqualität bei. Deshalb ist es entscheidend, so vielen Menschen wie möglich Zugang zu sauberem Trinkwasser zu verschaffen.

Als erstes Land der Welt führte das Fürstentum Liechtenstein 2017 den *Waterfootprint Liechtenstein* für die rund 38.500 Einwohnerinnen und Einwohner Liechtensteins ein. Liechtenstein nimmt damit eine Vorreiterrolle ein und engagiert sich konkret und tatkräftig für ökologische und soziale Ziele. Umgesetzt wird der *Waterfootprint Liechtenstein* durch den gemeinnützigen Verein *Drink & Donate*, der 2010 in Zürich von drei Liechtensteinern gegründet wurde und seit 2017 zusätzlich in Liechtenstein tätig ist, mit der Unter-

stützung von der LIFE Klimastiftung und der Liechtensteinischen Landesverwaltung.

Drink & Donate hat sich anspruchsvolle Ziele gesetzt: Mit dem Waterfootprint Liechtenstein soll für jede Einwohnerin und jeden Einwohner des Fürstentum Liechtensteins einem Menschen der Zugang zu qualitativ gutem Wasser verschafft werden: also die Lebensbedingungen von rund 38.500 Menschen in Not verbessert und damit auch einen wichtiger Beitrag geleistet werden, das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser zu erfüllen. Die Resolution der Vereinten Nationen Sauberes Wasser als Menschenrecht für alle haben das Fürstentum Liechtenstein und die Schweiz zusammen mit 122 anderen Ländern angenommen.

60



Sauberes Trinkwasser steht für eine bessere Lebensqualität
© Helvetas/Flurina Rothenberger

Leitungswasser trinken, weniger Mineralwasser verbrauchen und einen Teil des eingesparten Geldes spenden ist das Prinzip von *Drink & Donate*. Der Verein setzt sich für den Konsum von qualitativ herausragendem Leitungswasser anstelle von auf dem Straßenweg transportierten Markenwassers ein. Mit Konzepten für die Bereiche Unternehmen, Gastronomie, Hotellerie, Events und Privatpersonen generiert der Verein Spenden und finanziert damit Trinkwasserprojekte, die bedürftigen Menschen den Zugang zu sauberem Trinkwasser ermöglichen.

Sauberes Wasser als Basis für Leben: Der *Waterfootprint Liechtenstein* setzt sich zusammen aus einer ökologischen und einer sozialen Komponente. Der „ökologische Fußabdruck“ steht für

einen verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Dazu gehört ein bewussteres Konsumverhalten. Im Rahmen des *Waterfootprint Liechtenstein* verzichten die Konsumentinnen und Konsumenten auf Mineralwasser, das auf dem Straßenweg transportiert wird und damit unnötig die Umwelt belastet. Stattdessen konsumieren sie vermehrt Leitungswasser, dessen Qualität in Liechtenstein sehr hoch ist. Wie bekannt ist die Tatsache, dass Leitungswasser tausendmal umweltfreundlicher als Mineralwasser ist? Aus Sicht der Ökobilanz ist der Fall klar: Leitungswasser schneidet bei weitem am besten ab. Wer Wasser aus dem Hahn trinkt, tut also auch der Umwelt Gutes.

Doch auch der humanitäre Aspekt des *Waterfootprint Liechtenstein* – der soziale Fußabdruck – ist wichtig. Durch die Spenden für Trinkwasserprojekte erhalten zahlreiche Menschen in Gebieten mit unzureichender Wasserversorgung einen langfristigen Zugang zu sauberem Wasser. Das ist die Basis für Gesundheit und Wohlstand – und damit lebenswichtig.

Das Projekt hat großen Erfolg: Dank der von *Drink & Donate* eingenommenen Trinkwasserspenden konnte seit 2010 bereits für über 86.713 Menschen in Entwicklungsländern wie Tansania, Mosambik, Nepal oder Bangladesch ein langfristiger Zugang zu sauberem Trinkwasser geschaffen werden. Der *Waterfootprint Liechtenstein* hat das von 2017 bis 2020 für 31.145 Menschen erreicht, für die weiteren 55.568 hat das *Drink & Donate* in Zürich geschafft.



Zapfstelle für ein Bergdorf in Nepal © Helvetas/Flurina Rothenberger



6.10 St. Gallen – Sharing is Caring

Die Stadt St. Gallen gilt als kulturelles und wirtschaftliches Zentrum der Ostschweiz. Sie liegt im Kanton St. Gallen und umfasst eine Fläche von 39,38 Quadratkilometern. 75.341 Menschen leben in St. Gallen. Ende der neunziger Jahre startete die Stadt den Prozess einer Lokalen Agenda 21. Die Verwaltung führte eine Situationsanalyse durch und die Dienststelle Umwelt und Energie wurde als Koordinations- und Anlaufstelle bestimmt. Begleitend wurden verschiedene Kommunikationsaktivitäten wie Informationsveranstaltungen, Messeauftritte oder Weiterbildungsanlässe organisiert.

Weiter engagiert sich St. Gallen seit 20 Jahren im Cercle Indicateurs, einem nationalen Netzwerk, das sich mit der Messung der nachhaltigen Entwicklung in den Kantonen und Städten befasst und ein Indikatorenset nachhaltige Entwicklung erarbeitet hat. Das Set wurde kürzlich auf die Ziele der Agenda 2030 hin überarbeitet. Zudem verfügt die Stadt St. Gallen mit der Projekteanalyse nachhaltige Entwicklung über ein Instrument zur Beurteilung von Projekten.

Die nachhaltige Entwicklung der Stadt ist mit verschiedenen Themen auch in der Vision 2030 und in den Legislaturzielen verankert. Der Klimaschutz steht im Fokus des Energiekonzepts 2050 und das Umweltkonzept konzentriert sich unter anderem auf die Erhaltung und Förderung der Biodiversität und die Anpassung an den Klimawandel. Die Konzepte knüpfen damit zum Beispiel an die globalen Nachhaltigkeitsziele 7 *Bezahlbare und saubere Energie*, 11 *Nachhaltige Städte und Gemeinden* sowie 13 *Maßnahmen zum Klimaschutz* an. Mit dem Label Energiestadt trägt St. Gallen den European Energy Awards in Gold als höchste Auszeichnung für Städte und Gemeinden, die sich kontinuierlich für eine effiziente Nutzung

von Energie, erneuerbare Energien und Klimaschutz engagieren und besonders hohe Anforderungen erfüllen.

Am 27. September 2020 beschloss das Stimmvolk, den Artikel Klimaschutz und Klimawandel in der Gemeindeordnung zu verankern:

Art. 3ter (neu) Klimaschutz und Klimawandel

1. Die Stadt verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden und strebt bis dahin die vollständige Dekarbonisierung an.
2. Die Stadt trifft geeignete Maßnahmen, um den negativen Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken.

Zur Reduktion der Klimagasemissionen bis 2050 auf Netto-Null (Netto-Null-2050) liegt auf lokaler Ebene eine Roadmap vor. Netto-Null bedeutet, dass gemäß den aktuellsten wissenschaftlichen Erkenntnissen (IPPC-Report) sämtliche Treibhausgasemissionen bis 2050 unter dem Strich bei null liegen müssen, um die Erderwärmung bei 1,5 Grad Celsius zu stoppen.

Eine Erweiterung des Energiekonzepts 2050, das auch die Bereiche Konsum und Ressourcen umfasst, ist in Arbeit. St. Gallen ist sich seiner globalen Verantwortung bewusst und engagiert sich im Klimabündnis Schweiz sowie im europäischen Klimabündnis. Gemeinsam mit Winterthur und Schaffhausen werden regelmäßig finanzielle Beiträge Entwicklungshilfeprojekten zugesprochen. Weiter ist die Stadt mit der Universität, der Fachhochschule St. Gallen und der Pädagogischen Hochschule Mitglied der Blue Community Initiative, die sich dafür einsetzt, dass Wasser als öffentliches Gut geschützt und als Menschenrecht anerkannt wird.

An vielen der Aktivitäten sind Netzwerke wie der Verein OstSinn – Raum für mehr, gemeinnützige Organisationen, diverse Interessengemeinschaften wie Wirtschafts- und Umweltverbände sowie Schulen und Universitäten und lokale Unternehmen beteiligt oder in die Zusammenarbeit eingebunden.

Über die nachhaltige Entwicklung beziehungsweise über laufende Projekte und den Verlauf der Indikatoren wird alle vier Jahre im städtischen Umweltbericht kommuniziert. Zudem informiert die Dienststelle auf verschiedenen Veranstaltungen, im Internet oder mit Kampagnen wie *clevermobil*, *clevergeniessen* oder *watt bin ich* zu den Themenbereichen Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit.

Die Ausrichtung von Projekten und Konzepten im Sinne der Agenda 2030 ermöglicht eine breite und ausgewogene Sicht. Dies ist keine Zusatzaufgabe, sondern ein anderer, ganzheitlicher Fokus auf die bestehenden Aufgaben, Prozesse und Vorhaben. Zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklung sind innovative Projekte wie Share Gallen sehr wichtig und geben dem Thema ein Gesicht.

Praxisbeispiel: Share Gallen

Der intelligente Einsatz und die Erhaltung unserer natürlichen und gemeinsamen Ressourcen ist ein wichtiges Ziel des städtischen Energiekonzepts 2050. Dazu gehört auch das gemeinsame Nutzen, Teilen („Sharing“) von Räumen, Gegenständen und Dienstleistungen. Die Dienststelle Umwelt und Energie der Stadt St. Gallen hat deshalb das Projekt „Share Gallen“ lanciert und unterstützt regionale und in der Region tätige nationale Sharing-Initiativen. Die Stadt sieht sich hier als Vorbild, Katalysatorin, Vernetzerin und Förderin.



Sharing Angebote in St. Gallen © St. Gallen

Wie hat St. Gallen die Initiative zum Erfolg gebracht? Und welche Rahmenbedingungen und Akteurinnen und Akteure haben geholfen?

Ausgangspunkt und Auslöser für „Share Gallen“ war das Forschungsprojekt „ShareCity“ der Hochschule Luzern, in dem sich St. Gallen als Modellstadt engagierte. Die Arbeiten zeigten, dass es sich um einen interessanten neuen Ansatz handelte und dass bereits eine Vielfalt an Sharing-Initiativen existierte. Die Angebote reichen vom gemeinsamen Nutzen von Gegenständen im Alltag bis hin zu Dienstleistungen und ganzen Büroräumen. Die Idee war, in einem Netzwerk einen Erfahrungsaustausch zu ermöglichen, Synergien zu nutzen und eine Kommunikationsplattform zu schaffen. Der Aufbau des Netzwerks fand in einem partizipativen Prozess in enger Zusammenarbeit mit dem Verein OstSinn – Raum für mehr und den verschiedenen Sharing-Organisationen statt. Die Stadt erhielt vom Bundesamt für Raumentwicklung ARE einen finanziellen Beitrag im Rahmen des Förderprogramms Nachhaltiger Konsum und nutzt diesen zur Weiterentwicklung des Netzwerkes.

Im April 2018 fand unter dem Motto „Teilen und erleben statt besitzen“ der erste Share-Gallen-Markt statt. Er war zugleich Netzwerkveranstaltung mit einem Workshop zu den Bedürfnissen der beteiligten Sharing-Organisationen und erster öffentlicher Markt mit rund 20 Sharing-Angeboten. Mit dem Verein OstSinn und verschiedenen Sharing-Anbietenden wurden Share Gallen weiterentwickelt sowie eine Vision und Ziele erarbeitet. Im September 2019 fand der zweite öffentliche Share-Gallen-Markt in der Innenstadt statt – und war ein großer Erfolg. Passend zum Thema fand der Markt in der #smarthalle statt – eine durch die Stadt organisierte temporäre Nutzung eines Ladenlokals. 17 Organisationen präsentierten ihr Angebot an Ständen und stellten ihre Aktivitäten in kurzen Pitches vor. Diese wurden begleitet von einem Illustrator live visualisiert. Das Publikumsinteresse war groß und es gab viele positive Rückmeldungen der Teilnehmenden.

Share Gallen wird laufend weiterentwickelt und es sind auch weitere öffentliche Anlässe geplant. Zudem wird ein Internetauftritt erarbeitet.



Stadt Zürich



6.11 Zürich – Der Textilrechner für Klimaschutz in der Beschaffung

Die Reduktion von direkten und indirekten Treibhausgasemissionen verfolgt die Stadt Zürich im Rahmen aller klimarelevanten Politiken und Strategien. Dazu gehören verschiedene Strategien und Programme wie die Masterpläne Energie und Umwelt, die Energieplankarte, die 7-Meilenschritte zum umwelt- und energiegerechten Bauen stadteigener Liegenschaften, der Stadtverkehr 2025, die nachhaltige Beschaffung, die Strategie nachhaltige Ernährung Stadt Zürich und die Fahrzeugpolitik.

Die Umsetzung dieser Strategien äußert sich in verschiedenster Weise. Konkret bezieht die Stadtverwaltung zu 100 Prozent erneuerbaren Strom, die Busse der städtischen Verkehrsbetriebe werden zunehmend elektrisch betrieben und städtische Neubauten genügen den höchsten energetischen Anforderungen. Bei der Lebensmittelbeschaffung für Schulen und Alterszentren werden ökologische Aspekte berücksichtigt und Lebensmittelabfälle reduziert. Für Hauseigentümerschaften bietet die Stadt ein umfassendes Beratungs- und Begleitangebot zur energetischen Erneuerung und zum klimafreundlichen Heizungsersatz. Das öffentliche Fernwärmenetz sowie der öffentliche



ERZ Elektrofahrzeug für Entsorgung und Recycling Zürich © ERZ Entsorgung und Recycling Zürich

Verkehr werden attraktiv ausgebaut. Kleine und mittlere Unternehmen können sich über das Angebot Öko-Kompass in Hinblick auf mehr Nachhaltigkeit in ihren Betrieben beraten lassen. Die Bevölkerung wird über verschiedene Informationskanäle auf zahlreiche Möglichkeiten hingewiesen, sich ökologisch und klimafreundlich zu verhalten.

Aktuell prüft die Stadt Zürich eine Anpassung des Klimaschutzziels in Richtung Netto-Null und hat dazu eine umfangreiche Studie anfertigen lassen. In Kürze wird der Stadtrat entscheiden, wie schnell und auf welchem Weg Zürich zur Netto-Null-Stadt werden soll.

Neben dem Klimaschutz ist die Stadt Zürich seit 2010 auch im Bereich der Klimaanpassung aktiv. Ein wichtiger Meilenstein ist die Fachplanung Hitzeminderung, mit deren Hilfe einer weiteren Überwärmung der Stadt entgegengewirkt werden soll. Sie basiert auf Klimaanalysen und beinhaltet für verschiedene Stadtstrukturtypen Empfehlungen zu wirksamen Kombinationen von Maßnahmen. Im Hochwasserschutz, dem Gesundheitsschutz bei Extremereignissen oder beim Monitoring und der Bekämpfung von Schädlingen wie der Tigermücke ist die Stadt zudem schon länger aktiv.

Als weitere wichtige Umweltthemen sind die Förderung der Biodiversität auf Stadtgebiet sowie der Lärmschutz zu nennen. Die Aktivitäten im Bereich Umweltschutz und Ressourcenschonung erfolgen gestützt auf die Gemeindeordnung. In ihr sind zum Beispiel Ziele zu Ressourcenschonung, zum Klimaschutz, zum Schutz des Menschen vor gesundheitsbelastenden Auswirkungen des Verkehrs, zur nachhaltigen Ernährung, zum Erhalt von Freiräumen, Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum und andere Themen verankert und weisen einen engen Bezug zu den Nachhaltigkeitszielen 11 *Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten*, 12 *Nachhaltige/r Konsum und Produktion* und 13 *Maßnahmen zum Klimaschutz* auf.

Aktuell wird auch die Umweltpolitik weiterentwickelt und im Stadtrat diskutiert. Diese sieht eine Weiterentwicklung in verschiedenen Umweltzielen vor und weist den Bezug zu den Nachhaltigkeitszielen explizit aus.

Einen guten und für die Öffentlichkeit zugänglichen Überblick über die Aktivitäten der Stadt findet sich im Umweltbericht der Stadt Zürich in den Kapiteln *Massnahmen* Stadt oder spezifischer zu den umweltrelevanten Energiethemen im Bericht Energiepolitik der Stadt Zürich.

Mit Blick auf die Reduktion der Auswirkungen unseres Konsums sind künftig verstärkt Anstrengungen geplant. Ein besonders relevantes Konsumhandlungsfeld sind die Textilien, wo die Stadt nun vorangeht und künftig auch die Zusammenarbeit mit der Textilbranche und dem Detailhandel suchen möchte.

Praxisbeispiel: Der Textilrechner für Klimaschutz in der Beschaffung

Ein wichtiges Beispiel war im Jahr 2019 die Beschaffung von Uniformen für die städtischen Verkehrsbetriebe. Nachhaltig einkaufen bedeutet für die Stadt Zürich umwelt- und klimafreundlich sowie sozial verantwortungsvoll produzierte und qualitativ hochwertige Produkte zu beschaffen.

Textilproduktion hat weitreichende Auswirkungen auf die Umwelt. Laut einer Studie der Schweizer Agentur Quantis gemeinsam mit der US-amerikanischen Stiftung ClimateWorks Foundation von 2018 verursacht die Bekleidungsindustrie weltweit vier Milliarden Tonnen Treibhausgasemissionen, mehr als alle internationalen Flüge und Frachtschiffe zusammen. Die Modeindustrie belastet Gewässer und Umwelt und ist verantwortlich für verheerende Arbeitsbedingungen. Auch die Stadt



Blick auf die Zürcher Bahnhofstrasse mit ihrer Einkaufsmeile
© UGZ, Stadt Zürich

Zürich sieht sich daher in der Pflicht, genauer hinzuschauen. Nachhaltig einkaufen bedeutet für die Stadt umwelt- und klimafreundlich sowie sozial verantwortungsvoll produzierte und qualitativ hochwertige Produkte zu beschaffen. Denn die öffentliche Beschaffung ist ein wichtiger Hebel für mehr Umwelt- und Klimaschutz und faire Arbeitsbedingungen in den Produktionsländern.

Der Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich hat deshalb ein eigenes Tool entwickeln lassen. Der Nachhaltigkeitsrechner Textilien oder kurz Textilrechner erfasst ökologische und soziale Nachhaltigkeitsaspekte bei der Beschaffung von Textilien.

Der Textilrechner kommt bei der Angebotsabgabe von Unternehmen für die zu beschaffenden Textilien zum Einsatz. Dabei erfasst der Textilrechner folgende Angaben der Anbietenden: Eigenschaften des Produkts und die Lieferkette, Standards/Zertifikate/Labels/Initiativen sowie soziale und ökologische Aspekte entlang der Lieferkette. Als Resultat bewertet der Textilrechner, inwieweit die Sozial- und Umweltkriterien erfüllt sind. Mit der hinterlegten Ökobilanz-Datenbasis werden die vermiedenen Treibhausgasemissionen der Textilien berechnet. Die berechnete Klimawirkung basiert auf Angaben zu den verwendeten Fasern (zum Beispiel Baumwolle, Wolle, Polyester), zu Technologien und Prozessen (zum Beispiel Anbaumethode, Spinntechnik), zu den Produktionsstandorten (zum Beispiel Energiemix), zum Transport und zur Entsorgung der Textilien. Die Nutzungsphase der Kleidung wird bei den Berechnungen nicht berücksichtigt.

Der Textilrechner verknüpft die Angaben der Anbietenden mit Ökobilanzdaten (WALDB-Datenbank von Quantis) und berechnet so die Treibhausgasemissionen in CO₂-Äquivalenten der Textilien. Indem er die angebotenen Textilien mit einem Referenzprodukt vergleicht, können die theoretisch vermiedenen Treibhausgasemissionen berechnet und visualisiert werden. Mit dem Textilrechner werden also alle anbietenden Unternehmen aufgefordert, die Lieferketten offenzulegen. Und die automatisierte Auswertung der Antworten zu Umwelt- und Sozialfragen macht die Bewertung der eingehenden Angebote enorm effizient.

Der Textilrechner bietet gleich in mehrfacher Hinsicht einen Nutzen. In den vergangenen Jahren hat sich ein größeres Bewusstsein für den Klimaschutz entwickelt. Auch auf politischer Ebene wird die Quantifizierung von Treibhausgasemissionen immer mehr gefordert. Der Textilrechner bildet somit eine gute Basis für klimaoptimiertes Einkaufen. Außerdem bietet das Tool für die öffentliche Hand den großen Vorteil, dass durch anspruchsvolle Nachhaltigkeitskriterien ökologische und soziale Verantwortung eingefordert werden kann. Zentral ist dabei, dass die gesamte Lieferkette einbezogen wird. Nur wer seine eigene Lieferkette kennt, kann entsprechend Einfluss auf seine Lieferantinnen und Lieferanten ausüben und Verantwortung übernehmen. Auch für die anbietenden Unternehmen ergibt sich daher einen Mehrwert. Sie haben die Chance, Lücken und Schwachstellen in ihrer eigenen Lieferkette zu erkennen und zu verbessern.



Mitarbeitende der Züricher Verkehrsbetriebe in Uniform, die unter Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien beschafft wurde © VBZ

Der Textilrechner wurde im Januar 2020 erstmals für eine noch laufende Vergabe verschiedener Oberbekleidungen eingesetzt. Das Open-Source-Tool wird nun bei weiteren Textilausschreibungen der Stadt Zürich verfeinert, bevor er zur breiten Anwendung auch anderen Kantonen und Gemeinden zur Verfügung steht.

7. REGIONALE INSTITUTIONEN UND INITIATIVEN

66

Die lokalen Beiträge zur Umsetzung der Agenda 2030 haben bereits gezeigt, dass es in der Bodenseeregion neben den kommunalen Gebietskörperschaften auch andere Institutionen vor Ort gibt, die eine Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele auf lokaler Ebene unterstützen. Einige blicken auch über den nationalen Tellerrand und suchen, sich international zu vernetzen. Einige dieser Initiativen und Programme sind spezifisch nur in der Bodenseeregion zu finden, könnten aber so oder ähnlich auch in anderen Regionen und mit anderen Stakeholdern etabliert werden. Die hier vorgestellte Auswahl an Initiativen soll einen Überblick für interessierte Kommunen geben.

7.1 Internationale Bodensee-Konferenz (IBK)



Die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) definiert sich als kooperativer Zusammenschluss der an den Bodensee angrenzenden und mit ihm verbundenen Länder Baden-Württemberg,

Bayern, Vorarlberg, der Kantone Schaffhausen, Zürich, Thurgau, St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden sowie des Fürstentums Liechtenstein. Die IBK wurde 1972 ins Leben gerufen, um den Bodensee und sein Wassereinzugsgebiet von dramatischen Umweltproblemen zu befreien. Die Notwendigkeit, sich in Umwelt-, Raumordnungs- und Gewässerschutzfragen grenzübergreifend abzustimmen, bildete bereits seit den 1960er und 1970er Jahren den Ausgangspunkt für die aktuelle Kooperation der Bodensee-Anrainerländer und -kantone auf politischer Ebene.

Die IBK hat sich zum Ziel gesetzt, die Bodenseeregion als attraktiven Lebens-, Natur-, Kultur- und Wirtschaftsraum zu erhalten und zu fördern und die regionale Zusammengehörigkeit zu stärken. Durch die politische Abstimmung und gemeinsame Projekte leistet die IBK einen nachhaltigen

Beitrag zur Überwindung der Grenzen in der Region. Das Leitbild der IBK für den Bodenseeraum bildet die Grundlage der Zusammenarbeit.

Die Internationale Bodensee-Konferenz versteht nachhaltige Entwicklung als eine fach- und sektorübergreifende Aufgabe für alle ihre Gremien. Eine von der Regierungschefkonferenz eingesetzte Projektgruppe aus Nachhaltigkeitsfachleuten und Vertreterinnen und Vertretern der IBK-Kommissionen hat zwischen 2010 und 2012 Empfehlungen zur Integration der nachhaltigen Entwicklung in die Strukturen und Arbeit der IBK und zur Etablierung des Bodenseeraumes als Modellregion für nachhaltige Entwicklung erarbeitet. Diese werden aktuell umgesetzt. Neben der Verstärkung von kommissionsübergreifender Zusammenarbeit, Beteiligung und inhaltlicher Diskussion steht vor allem auch die stärkere Orientierung auf die Wirkungen des eigenen Tuns im Vordergrund. Ein Projektchecksystem wurde erstellt, das als Instrument online frei zur Verfügung steht.

Linktipp

Internationale Bodenseekonferenz

→ <https://www.bodenseekonferenz.org/de/home>

7.2 Bodensee-Stiftung



Seit ihrer Gründung vor einem Vierteljahrhundert zeichnet sich die Bodensee-Stiftung durch effektive Kommunikation und partnerschaftliche Aktionen aus, mit Landwirtinnen und Landwirten, Unternehmen, Gemeinden, regionalen und nationalen Behörden und lokalen und nationalen Umweltorganisationen.

Gegründet wurde die Bodensee-Stiftung von sechs Umweltverbänden aus den drei unmittelbaren Bodensee-Anrainerstaaten Deutschland, Österreich und der Schweiz. Sie ist engagiert in den Bereichen Unternehmen und Biologische Vielfalt, Landwirtschaft und Klima, Energiewende, Natur- und Gewässerschutz sowie Umweltbildung. Dabei hat die Organisation sowohl das Ganze im Blick als auch die konkrete Umsetzung. In über 40 Modellprojekten mit einem Volumen von 35 Millionen Euro hat die Bodensee-Stiftung gezeigt, dass „nachhaltige Entwicklung keine Worthülse bleiben muss, sondern konkret umgesetzt werden kann“, sagt Geschäftsführerin Marion Hammerl. Die Kompetenz der Stiftung in europäischen Projekten ist anerkannt und gefragt. Die Projekte sind innovativ und weit über den Bodenseeraum bekannt. In der Region helfen sie häufig insbesondere Gemeinden und Landkreisen.

Biodiversität

Agrarlandschaften und biologische Vielfalt müssen sich nicht ausschließen. Das zeigt die Bodensee-Stiftung in einem Projekt zur Förderung der Wildbienen-Vielfalt. Partnerinnen sind die REWE Group, die Obst vom Bodensee Vertriebsgesellschaft mbH und Imkergruppen. Mit Nisthilfen, Blühflächen und Gehölzpflanzungen in und um Obstanlagen konnte die Wildbienen-Vielfalt im Großraum dem bundesweiten Trend trotzen und erhöht werden. 117 Wildbienen-Arten wurden ermittelt, darunter 25 bedrohte. Das Projekt ist mittlerweile für 13 Obstanbau-Regionen in ganz Deutschland und Österreich Vorbild. Ein kommunales Biodiversitätsprojekt wurde kürzlich mit dem Landkreis Ravensburg umgesetzt.

Klimaschutz

Die Stiftung vermittelt, unterstützt und informiert zur lokalen und regionalen Energiewende durch erneuerbare Ressourcen, insbesondere Solarsysteme. Dies verfolgt die Stiftung in Harmonie mit einem breiten Spektrum anderer lokaler und regionaler Nachhaltigkeitsprojekte. Ein wichtiger Bereich im Klimaschutz ist im Agrarbereich zu finden. Die Landwirtschaft ist durch fossilen Energieverbrauch, Bodenerosion, Humusabbau, Methan- und Lachgasemissionen Mitverursacher des Klimawandels. Das EU-Projekt LIFE AgriClimateChange mit Partnern aus Frankreich, Spanien und Italien zeigt, wie landwirtschaftliche Betriebe ihre Klimawirkung verringern können. Mit Hilfe eines praktischen Instruments können Landwirtinnen und Landwirte mit konkreten Klimaschutz-Maßnahmenplänen Einspareffekte bezüglich Energie und Treibhausgasen von 10 bis 40 Prozent erzielen. Das Projekt erhielt 2015 den „Best of the Best“ LIFE Environment Projects Award und wurde 2016 mit dem Green Award von der EU-Kommission als eines der besten LIFE-Projekte der letzten 25 Jahre ausgezeichnet.

Ressourcenmanagement

Entsorgung, Energiegewinnung, belastete Abwässer und Landschaftspflege sind Themenkomplexe mit vielen Herausforderungen, die alle im Projekt CoAct zusammenkommen: Laub oder Landschaftspflegematerial, das sonst keine hochwertige Verwertung findet, wird mittels des innovativen IFBB-Verfahrens (Integrierte Festbrennstoff- und Biogasproduktion aus Biomasse) zum Energieträger und Aktivkohle zur Reinigung von Abwasser aufgewertet. Gemeinsamen mit der Uni Kassel, der Stadt Friedrichshafen, dem Bodenseekreis sowie fünf weiteren Partnern wird neben der Kohleaktivierung auch die Co-Action also Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis untersucht. Das Ziel ist, Synergieeffekte in den Gebietskörperschaften zu erzielen.

Linktipps

Bodensee-Stiftung

→ <https://www.bodensee-stiftung.org/>

→ [Biodiversitätsstrategie des Landkreises Ravensburg \(PDF\)](#)

7.3 Blue Communities



Blue Community ist eine internationale Initiative, die sich für eine nachhaltige Wasserversorgung einsetzt und damit direkt zum Erreichen des Nachhaltigkeitsziels 6 *Sauberes Wasser und Sanitär-einrichtungen* beiträgt. Weltweit besteht die Initiative aus 49 Kommunen, Städten, Universitäten und Institutionen, die den Blue-Community-Prinzipien folgen. Sie erkennen Wasser als öffentliches Gut an und setzen sich dafür ein, dass Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auch zukünftig in öffentlicher Hand bleiben. Die Blue Communities unterstützen das Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und Sanitärversorgung, fördern den schonenden Umgang mit Wasserressourcen und die Nutzung von Leitungswasser statt Wasser aus Flaschen. Ihre globale Verantwortung nimmt die Initiative wahr, indem sie andere Länder durch Partnerschaften dabei unterstützt, eine öffentliche, funktionierende Trinkwasserversorgung bereitzustellen. Hiermit werden zudem die globalen Nachhaltigkeitsziele 1 *Keine Armut*, 2 *Keine Hungersnot*, 3 *Gute Gesundheitsversorgung* sowie 14 *Leben unter dem Wasser* unterstützt.

In der Bodenseeregion sind Kempten und St. Gallen Blue Communities. Kempten trat der Initiative im Herbst 2019 bei. Das Kemptener Kommunalunternehmen (KKU) startete daraufhin die Kampagne *TRINK Allgäuer Leitungs-WASSER*, um Bürgerinnen und Bürger die Vorteile von Leitungswasser nahe zu bringen. Der Zweckverband Fernwasserversorgung Oberes Allgäu (FWOA) unterstützt seit 15 Jahren Projekte des Vereins *Wasser für Senegal*. Er berät Kommunen vor Ort bei der Finanzierung und dem Bau von Brunnenanlagen und kleinen Fernwasserversorgungsanlagen. Im Zuge dessen werden auch umliegende Einrichtungen und Sanitäranlagen erneuert. Dem FWOA ist es wichtig, mit der Bevölkerung vor Ort zusammenzuarbeiten. So wird zusammen mit Frauenkooperationen Gartenland zum Brunnen hergestellt, das einen Beitrag zur Lebensmittelversorgung der Dorfgemeinschaft leistet.

In St. Gallen führte das Stadtparlament 2019 im Rahmen der Aktivitäten von Blue Communities einen Wasserrappen ein: Pro Kubikmeter Wasser, der bezogen wird, fließen zwei Rappen (Schweizer Franken) in ausländische Wasserprojekte. Die Erwartung ist, dass ungefähr 120.000 Franken pro Jahr zusammenkommen. Darüber hinaus ist St. Gallen über ein jährlich stattfindendes Treffen mit den anderen Schweizer Blue Communities vernetzt.

Linktipp

Blue Community Deutschland

→ <https://www.blue-community-deutschland.com/>

7.4 Klima-Bündnis



Klima-Bündnis

Das Klima-Bündnis ist das weltweit größte Netzwerk für Städte und Gemeinden, das sich dem Klimaschutz widmet. Die rund 1.800 Mitglieder verteilen sich auf 27 europäische Länder. Sie erkennen den Einfluss lokaler

europäischer Lebensstile auf bedrohte Völker und Orte weltweit an. Daher verpflichten sie sich im Klima-Bündnis dazu, ihre Treibhausgasemissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent zu senken. Ziel des Bündnisses ist es, dass Kommunen ihre Emissionen auf 2,5 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Einwohnerin und Einwohner und Jahr durch Einsparungen, Effizienz und das Nutzen erneuerbarer Energien senken. Außerdem streben Gemeinden und Kommunen gemeinsam mit indigenen Völkern eine Klimagerechtigkeit an. Das tun sie, indem sie Klimaschutzmaßnahmen unterstützen, daran arbeiten Bewusstsein zu bilden und auf Tropenholz aus Raubbau verzichten. In der Bodenseeregion sind diverse Städte und Kommunen Teil des Bündnisses. Zu ihnen zählen auch unsere hier angeführten Städte und Gemeinden Konstanz, Kempten, Wildpoldsried, Friedrichshafen, Bregenz, Dornbirn, St. Gallen, Zürich und das Bundesland Vorarlberg.

Linktipp

Klimabündnis

→ <https://www.klimabuendnis.org/home.html>

7.5 2.000-Watt-Gesellschaft



Die 2.000-Watt-Gesellschaft ist eine energiepolitische Vision. Sie strebt eine global gerechtere Verteilung des Energieverbrauchs und einen geringeren Ausstoß von Treibhausgasen an. Die

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETHZ) hat 1998 errechnet, dass dies möglich ist, wenn der Energiebedarf jeder Person auf der Welt bei 2.000 Watt liegt. Viele europäische Länder liegen weit über diesem Wert. Die Initiative betrachtet den Energiebedarf in den Bereichen Wohnen, Essen, Mobilität und Konsum. Durch nachhaltiges Bauen, mehr Energieeffizienz, das Umstellen auf erneuerbare Energien und auf andere Lebens- und Unternehmensformen sei eine Senkung unseres Energiebedarfs möglich. Damit spricht die Initiative sowohl Individuen, Unternehmen und die Immobilienwirtschaft als auch Gemeinden und Städte an. Sie ist aus dem Interreg-Projekt Wir leben 2.000 Watt in der Alpenrhein-, Bodensee- sowie Hochrhein-Region entstanden. Das Projekt ging 2014 zu Ende, die regionale Zusammenarbeit im Bodenseekreis besteht jedoch bis heute. So sind zur Zeit Bregenz, Konstanz, St. Gallen und Friedrichshafen Mitglieder.

Linktipp

„Wir leben 2000 Watt“

→ <https://www.wirleben2000watt.com/wir-leben-2000-watt>

7.6 European Energy Award und e5 Landesprogramm für energieeffiziente Gemeinden



Der European Energy Award (eea) bietet als Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren Gemeinden und Städten die Möglichkeit, kommunale Energieeffizienz und Aktivitäten im Klimaschutz zu messen. Mit Hilfe eines mehrstufigen Systems werden Erfolge sichtbar gemacht.

Das e5 Landesprogramm für energieeffiziente Gemeinden (e5) ist eine nationale österreichische Initiative, die ebenfalls am eea beteiligt ist und einen europäischen Vergleich ermöglicht. Das Programm unterstützt Gemeinden bei der Klimaschutzarbeit mit dem Ziel, Maßnahmen lokal umzusetzen sowie auszuwerten, ob diese langfristig wirken. So sollen Verbesserungspotenziale aufgedeckt sowie Strukturen für Energieprojekte aufgebaut und gestärkt werden.

Linktipp

European Energy Awards

→ <https://www.european-energy-award.de/>

Eine Vernetzung aller Städte am Bodensee, die am eea, dem e5-Programm oder dem Schweizer Energiestadt-Programm teilnehmen, findet über die Plattform des Projektes Energieeffizienzgemeinde statt. Gemeinsam suchen die Städte nach Impulsen für die Umsetzung energiepolitischer Maßnahmen. Die Landeshauptstadt Bregenz ist seit über zehn Jahren beim e5-Programm dabei und hat mittlerweile vier von fünf möglichen „e“ erreicht. Dornbirn hat mit fünf von fünf die höchste Auszeichnungsstufe erreicht und ist damit genauso wie Friedrichshafen und Wildpoldsried eea Gold zertifiziert.

Linktipp

e5-Programm

→ <https://www.e5-gemeinden.at/>

7.7 Konvent der Bürgermeister



2008 gründete die Europäische Kommission den Konvent der Bürgermeister. Ziel der Initiative ist es, Kommunen dabei zu unterstützen, eine nachhaltige Energiepolitik umzusetzen. Sie motiviert lokale und regionale Akteurinnen und Akteure dazu, die EU-Vorgaben zur Reduzierung der CO₂-Emissionen um 20 Prozent bis 2020 noch zu übertreffen. Mittlerweile ist die Initiative weltweit mit über 9.000 Städten, Kommunen und Regionen in 56 Ländern vertreten. Die Städte verpflichten sich mit ihrer Beteiligung dazu, energieeffizienter zu werden und nachhaltige Energiequellen zu nutzen.

Zürich, Bregenz und Friedrichshafen sind Teil der Initiative.

Linktipp

Konvent der Bürgermeister

→ <https://www.konventderbuergermeister.eu/de/>

7.8 Fairtrade-Towns



Fairtrade-Towns fördern den fairen Handel auf kommunaler Ebene und unterstützen gleichzeitig die Vernetzung von Politik, Wirtschaft und der Bevölkerung. Im Rahmen der Initiative vergeben anerkannte Zertifizierungsstellen den Fairtrade-Status an Städte, die sich für den fairen Handel stark machen.

Linktipp

Fairtrade-Towns

→ <https://www.fairtrade-towns.de/aktuelles>

8. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Der Grundstein der Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik

Die hier vorgestellten kommunalen Beispiele und deren Aktivitäten zeigen, dass Nachhaltigkeit bereits auf der lokalen Ebene in den Städten, Gemeinden und Landkreisen der Bodenseeregion gelebt wird. Wer sich mit den SDGs genauer beschäftigt, wird schnell feststellen, welche Potenziale und Chancen die globalen Nachhaltigkeitsziele auch auf lokaler Ebene bieten. Nachhaltigkeit liegt wieder voll im Trend. Das mag sicherlich an dem frischen Wind der Agenda 2030 liegen, aber unter anderem auch an der Corona Krise, die ein Umdenken in der Bevölkerung bewirkt hat und ein nachhaltiges Handeln zunehmend verstärkt einfordert. Der Grundstein für Engagement in der Entwicklungs- wie Nachhaltigkeitspolitik wird in den Kommunen gelegt. Die Lokalisierung der SDGs fällt dennoch den Kommunen nicht ganz leicht. Für viele lokale Verantwortliche wirken die für die Staaten der Vereinten Nationen formulierten Nachhaltigkeitsziele erst einmal weit entfernt und nicht für die lokale Ebene relevant genug. Vielleicht würden hier von den globalen Nachhaltigkeitszielen abgeleitete definierte kommunale SDGs weiterhelfen, um die Nachhaltigkeitsprozesse auf lokaler Ebene zu beschleunigen.

Zum Teil ist es für die Kommunen herausfordernd, den globalen wie nationalen und regionalen Nachhaltigkeitsstrategien gerecht zu werden. Aus diesem Grund wünschen sich Kommunen von höherer Stelle eine klare Rollenklärung und Benennung von Verantwortlichkeiten. Manche von ihnen gehen sogar soweit, dass sie zudem genaue Vorgaben in Bezug auf Nachhaltigkeit erwarten, die mit den hierfür benötigten Finanzmitteln unterfüttert sind. Über die wichtige Rolle der Kommunen ist man sich einig und sie wird auch in allen Papieren immer wieder betont. Aber die Rolle ist bisher nicht exakt definiert und genau das fehlt den Kommunen zur Orientierung. Papier ist geduldig und daher ist es dringend notwendig, die Kommunen als Partnerinnen des Bundes und der Länder stärker als zuvor zu

akzeptieren und mit ihnen direkt in ein Gespräch zu kommen, um ein funktionierendes, harmonisiertes Mehrebenenmodell einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland zu etablieren. Kommunen als kleinste Einheit in der Hackordnung der staatlichen Gliederungen müssen ihre Rolle und Rechte in Bezug auf ihre Nachhaltigkeitsleistungen schon manchmal fast erkämpfen. Hier wäre eine Erneuerung eines gemeinsamen Vorgehens der Bundes- und Landesregierungen mit den Kommunen als gleichberechtigte Partnerinnen wünschenswert. Dabei ist darauf zu achten, dass es seitens der Kommunen nicht als Anordnung von oben missverstanden wird. Jede Kommune ist einzigartig und hat unterschiedliche Rahmenbedingungen, die dabei berücksichtigt werden müssen. Die Umsetzung der Agenda 2030 ist bisher eine freiwillige kommunale Aufgabe. Dies schränkt insbesondere Kommunen mit unausgeglichene Haushalten bei der Umsetzung ein, wenn es um den Einsatz von Geld und Personal geht.

Gesamtheitliche Betrachtung der Agenda 2030

Wie die Praxisbeispiele zeigen, wird beim Thema Nachhaltigkeit in erster Linie an Umwelt- oder Klimaschutzthemen gedacht. Dass Nachhaltigkeit mit globaler Verantwortung einhergeht, muss noch stärker ins Bewusstsein rücken. Aus diesem Grund wird bei den Angeboten der SKEW darauf geachtet, dass globale Verantwortung als kommunales Handlungsfeld ebenso wie andere Themenfelder der Nachhaltigkeit in den kommunalen Verwaltungsalltag verankert wird. Zudem ist immer wieder zu beobachten, dass die Agenda 2030 noch nicht als Gesamtansatz wahrgenommen wird. Zur Agenda 2030 gehören nicht nur die SDGs. Die Präambel der Agenda ist mindestens genauso bedeutsam. Deshalb ist es wichtig, dass kommunales Handeln sich nicht nur auf einzelne SDGs bezieht, sondern immer auch die Zusammenhänge und Zielkonflikte mit den anderen SDGs betrachtet.

Kommunale Vernetzung als Motor der Nachhaltigkeit

Die vorliegende Publikation hat auch gezeigt, dass eine kommunale Vernetzung von unglaublicher Bedeutung ist. Das aktuelle Beispiel des Aktionsbündnisses „Für die Würde unserer Städte“ zeigt, wie Städte und Kreise aus dem ganzen Bundesgebiet, die vor einem finanziellen Absturz stehen, für Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund werben, um die Lebensqualität für die Bürger und Bürgerinnen zu sichern. Dem Aktionsbündnis gehören mittlerweile über 70 Kommunen aus acht Bundesländern an.

Die transnationale Bodenseeregion kann auf bestehende Strukturen der Vernetzung aufbauen. Zu diesen Strukturen gehört auch die Konstanzer Nachhaltigkeitskonferenz, die im Jahr 2020 bereits zum dritten Mal stattgefunden hat. Diese Veranstaltung der SKEW im Rahmen des Projekts Global Nachhaltige Kommune hat klar gezeigt, dass der Wunsch nach grenzübergreifendem, kommunalem Austausch zur Nachhaltigkeitspraxis besteht. Ab 2021 sind daher regelmäßige unterschiedlich fachbezogene, interkommunale Arbeitsgruppentreffen in der Bodenseeregion geplant, die zum Teil von den Kommunen selbst organisiert werden und durch Fachbeiträge externer Expertinnen und Experten begleitet werden. Sie sollen den regionalen Nachhaltigkeitsaustausch und die grenzübergreifende kommunale Zusammenarbeit fördern, die Kapazitäten der Verwaltungsmitarbeitenden stärken und als Hilfestellungen und Informationsbrücken zwischen Gemeinden mit unterschiedlichem Wissens- und Umsetzungsstand dienen. Aus diesen Vernetzungsnetzen können gemeinsame SDG-Aktivitäten im Tandem entstehen, bei denen Kommunen aus unterschiedlichen Ländern zusammenarbeiten.

Das Handlungsfeld Global Nachhaltige Kommune bietet einen weiteren guten Ansatzpunkt für Kommunen für einen Verwaltungsaustausch. Mit der Unterzeichnung der Musterresolution zur Agenda 2030 können sich deutsche und auch österreichische Kommunen zu einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort und weltweit bekennen und signalisieren, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs ergreifen. Daraus ist ein bundesweites Netzwerk mit dem Namen „Club der Agenda 2030 Kommunen“ entstanden, dem aktuell 180 Kommunen angehören. Einige der Kommunen der Bodensee Region haben mitgezeichnet, andere holen dies im Laufe des Jahres noch nach. Die Musterresolution dient in erster Linie der Sensibilisierung und Bekanntmachung der Agenda 2030 in der Verwaltung und in der Kommunalpolitik. Das österreichische Modell lehnt sich an das deutsche an und auch die Schweiz hat Interesse, das Instrument einzuführen.

Entwicklung einer regionalen „Bodensee-Agenda 2030“

Die Region hat als wichtige Handlungsebene von Politik und Verwaltung in den letzten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewonnen. Regionale Herausforderungen sind insbesondere die Auswirkungen des demografischen Wandels, die Folgen des Klimawandels, der zunehmende Flächenverbrauch und die Sicherung der Daseinsvorsorge oder der wirtschaftliche Strukturwandel. Hier gilt es verstärkt, Lösungen im überörtlichen und zugleich überfachlichen Kontext zu finden. Im Vierländerbereich der Bodenseeregion besteht ein Zusammenleben von Nationen, die EU- und Mitgliedsstaaten der europäischen Freihandelszone sind, beides bietet gute Voraussetzungen dafür, zum Klimapakete Green Deal der EU beizutragen. Die Bodenseeregion bietet sich daher an, ein Modellraum im Rahmen des EU Green Deals und kommunaler Rahmenrichtlinien zu werden. Das könnte beispielsweise eine transnationale Bodensee-Agenda 2030 sein, in der Kommunen voneinander lernen und gemeinsam die globalen Nachhaltigkeitsziele in der Region voranbringen.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist eine regionale Nachhaltigkeitsstrategie empfehlenswert, die die Ansprüche einer sozialen, ökologischen und ökonomischen sowie der globalen Verantwortung an die Region in Einklang bringt. Nachhaltige Regionalentwicklung ist ein Prozess, an dem möglichst viele Kommunen aus der Region beteiligt sind. Darüber hinaus sind aber auch Unternehmen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Verkehrsbetriebe und die Bürgerinnen und Bürger als Beteiligte an der nachhaltigen Gestaltung der Region mit dabei. Als Teil der regionalen Nachhaltigkeitsstrategie werden eigene kurz-, mittel- und langfristig zu realisierende Projekte in den verschiedenen Handlungsfeldern der Agenda 2030 entwickelt und dabei werden Fachbereiche und sogar Landesgrenzen überschritten.

Das Ziel aller Aktivitäten sollte sein, ein möglichst wirkungs- und beteiligungsorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement für die Region zu praktizieren, um die Agenda 2030 mit den globalen Nachhaltigkeitszielen erfolgreich regional umzusetzen und dabei die Identifikation mit der Region zu stärken. Des Weiteren werden die Bürgerinnen und Bürger sowie die verantwortlichen Akteurinnen und Akteure in der Zivilgesellschaft und in der Wirtschaft befähigt, sich aktiv für die Umsetzung der Ziele und somit für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort zu engagieren.

Als Kooperationspartnerin käme die Bodensee-Stiftung in Betracht. Das Thema wird bei der nächsten Konstanzer Nachhaltigkeitskonferenz weiter behandelt und die Einschätzungen der Kommunen zu diesem potenziellen Projekt einer regionalen Nachhaltigkeitsstrategie erörtert.

Veränderung braucht Zeit und Mut – aber es lohnt sich. Damit sich Einstellungen und kommunales Handeln nachhaltig ändern, sollten die Kommunen die Chancen ergreifen, die die Agenda 2030 bietet, und kontinuierlich weiter mit- und voneinander lernen.

Die SKEW steht den Kommunen dabei mit ihren vielfältigen Beratungsangeboten zur Seite.

9. DIE SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Engagement Global versteht sich als Partnerin für Entwicklungsinitiativen und zentrale Anlaufstelle für entwicklungspolitisches Engagement. Sie informiert, berät und fördert Einzelpersonen, Zivilgesellschaft, Kommunen, Schulen, Wirtschaft und Stiftungen zu entwicklungspolitischen Vorhaben. Die zahlreichen Angebote der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit und der finanziellen Förderung stärken das Engagement der Zivilgesellschaft – sowohl in den Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit als auch in Deutschland.

Ihre **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt** steht speziell deutschen Kommunen als Kompetenzzentrum in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik und einer nachhaltigen Entwicklung zur Seite. Sie unterstützt Akteurinnen und Akteure aus Kommunalverwaltungen und Politik in ihrem entwicklungsbezogenen Engagement durch Qualifizierungs-, Informations- und Beratungsangebote, setzt Modellprojekte um und gibt Hilfestellung zur finanziellen und personellen Förderung. Mit dem Ziel, kommunale Partnerschaften zu stärken, bietet die SKEW Kommunen aus Deutschland und aus Ländern des Globalen Südens eine Dialogplattform, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam lokale Lösungsansätze zu globalen Fragen zu entwickeln.

Immer mehr deutsche Kommunen pflegen Partnerschaften mit Städten und Gemeinden in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ost- und Südosteuropa, engagieren sich in Klimaprojekten, beteiligen sich beim Aufbau demokratischer Strukturen und vermitteln kommunales Know-how. Dieses kommunale Engagement im Ausland findet seine Entsprechung im Inland: Deutsche Kommunen fassen Beschlüsse zur Agenda 2030 oder fairen Beschaffung, entwickeln Nachhaltigkeitsstrategien im Hinblick auf die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele und kooperieren mit migrantischen Organisationen oder unterstützen weitere lokale Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft und die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit. Mit diesem Bündel an Maßnahmen im In- und Ausland tragen deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise auf wirksame Weise dazu bei, internationale Ziele der Weltgemeinschaft auf lokaler Ebene zu erreichen.

Lokalisierung der SDGs – Unterstützungsangebote des SKEW-Programms Global Nachhaltige Kommune (GNK)

76

Nachhaltigkeit und globale Verantwortung muss in den Kommunen zum Standard werden. Aber wie können Kommunen ökonomische, soziale, ökologische und globale Verantwortung übernehmen? Wie können die SDGs Teil des Alltags werden? Im Rahmen von Global Nachhaltige Kommune (GNK) berät und fördert die SKEW Kommunen bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele.

Lokalisierung der SDGs – Kommunale Zukunftspolitik vorausschauend planen und umsetzen

GNK bietet Beratungsleistung zur strategischen Verankerung der SDGs: Bestandsaufnahmen und SDG-Analysen sowie die Erarbeitung von Nachhaltigkeitsstrategien und -berichten, Leitbildern oder SDG-Aktionsplänen.

SDG-Werkzeugkasten – Lernen wie Veränderungen und Ergebnisse zu deuten sind

GNK unterstützt mittels Monitoring- und Erhebungsinstrumenten Kommunen dabei, den Erfolg der SDG-Umsetzung zu messen und auszuwerten. Wir bieten Trainings und Fachseminare zur Verbesse-

rung eines kommunalen Nachhaltigkeitsmanagements und schaffen ein Bewusstsein für globale Verantwortung als strategisches Handlungsfeld.

Vernetzung und Peer Learning zwischen Kommunen stärken

GNK fördert durch regionale, bundesweite und internationale kommunale Netzwerke die Rolle der Kommunen in der Transformation der Agenda 2030. Angebote des Peer-to-Peer Learnings stärken die Motivation und tragen zur gemeinsamen Lösung von Problemfeldern bei der Lokalisierung der SDGs bei.

Mehr Infos zu den Angeboten von GNK

→ <https://skew-engagement-global.de/global-nachhaltige-kommune.html>

Machen Sie sich auch auf den Weg zu einer Globalen Nachhaltigen Kommune! Gemeinsam meistern wir jedes Projekt und finden Ihre optimale Lösung! Treten Sie mit uns in Kontakt!



Auftaktkonferenz zu GNK in NRW am 27. Juni 2019 mit 118 Teilnehmenden aus Kommunen und der interessierten Fachöffentlichkeit © LAG 21 NRW

2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten

Die Stadt/die Gemeinde/der Landkreis

begrüßt die von den Vereinten Nationen (VN) am 27. 9. 2015 verabschiedete 2030-Agenda und die darin enthaltenen Entwicklungsziele, die „Sustainable Development Goals“ (SDGs), die sich an die Mitgliedstaaten der VN richten, und insbesondere durch eine kommunale Beteiligung und Verantwortung mit Leben gefüllt werden sollten.¹

begrüßt die Anerkennung von Städten, Gemeinden und Kreisen als zentrale Akteure für nachhaltige Entwicklung durch die erstmalige Aufnahme des sogenannten „Stadtziels“ SDG 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“ in die Entwicklungsagenda der VN.

unterstützt die in der 2030 -Agenda enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung des Nordens und des Südens für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt und die darin beschriebene Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Entwicklung.

begrüßt die Forderungen des Bundestages an die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, Städten und Kommunen weltweit mehr Einnahme- und Haushaltshoheit zu geben, sie beim Aufbau demokratischer und leistungsfähiger kommunaler Selbstverwaltungen und als zentrale Akteure einer integrativen und partizipatorischen Stadtentwicklung in ihrer internationalen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zu unterstützen.²

fordert Bund und Länder auf, Kommunen und Ihre Vertretungen bei der Entwicklung von Strategien zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele auf Augenhöhe einzubeziehen, die Bedeutung des kommunalen Engagements zur Erreichung der Ziele der 2030-Agenda anzuerkennen, Kommunen stärker als bisher als Akteure für Nachhaltigkeit und globale Verantwortung auch im Rahmen der eigenen Nachhaltigkeitsstrategien zu berücksichtigen und die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Dabei sollen kommunale Belastungen durch die Umsetzung internationaler Verpflichtungen von Bund und der Ländern ausgeglichen werden.

¹ www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/69/L.85&Lang=E (Seite 14)

² Siehe Bundestagsbeschluss „Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen“ vom 18.06.2015

ANHANG

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

78

ALP	Akademie für Lehrerfortbildung und Personalführung
ARE	Bundesamt für Raumentwicklung, Schweiz
BAFU	Bundesamt für Umwelt, Schweiz
Beirat N!	Beirat der Landesregierung Baden-Württemberg zur nachhaltigen Entwicklung
BFS	Bundesamt für Statistik, Schweiz
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Deutschland
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutschland
BPUK	Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz
EBD	Entwicklungspolitische Bildung Deutschland
eea	European Energy Award
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
ENP	Energienutzungsplan
ESDN	European Sustainable Development Network
ETHZ	Technische Hochschule Zürich
EU	Europäische Union
Eza!	Energie- und Umweltzentrum Allgäu
FHS	Fachhochschule St. Gallen
FNU	Freiwilliger Nationaler Bericht zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele/SDGs
FWOA	Zweckverband Fernwasserversorgung Oberes Allgäu
GNK	Global Nachhaltige Kommune
HLPF	High Level Political Forum on Sustainable Development
IBK	Internationale Bodensee-Konferenz
IFBB	Integrierte Festbrennstoff- und Biogasproduktion aus Biomasse
IHZE	Internationale Humanitäre Zusammenarbeit und Entwicklung
IKSK	Integriertes Klimaschutzkonzept
IMAG 30	Interministerielle Arbeitsgruppe Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, Österreich

KKU	Kemptener Kommunalunternehmen
LGBTQI+	Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender (Menschen mit unterschiedlichen Identitäten und sexuellen Orientierungen)
LUBW	Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg
MDGs	Millennium Development Goals
NENA	Netzwerk nachhaltige Bürgerkommune
ÖBS	ÖkoBeschaffungsService
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
RENN	Regionale Netzstelle Nachhaltigkeit
RNE	Rat für Nachhaltige Entwicklung
SDGs	Sustainable Development Goals
SGV	Schweizerischer Gemeindeverband
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
SNE	Strategie nachhaltige Entwicklung, Schweiz
SSV	Schweizerischer Städteverband
STEP	Stadtentwicklungsprogramm Zukunft Konstanz 2020
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur)
UNICEF	United Nations Children's Fund (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen)
VET4Africa	Vocational Education and Training for Africa

PUBLIKATIONEN DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

80

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit:

→ <https://skew-engagement-global.de/publikationen.html>

„Dialog Global“-Schriftenreihe

- Nr. 61: Klimapartnerschaften – Dokumentation der sechsten Projektphase. Bonn, Februar 2021
- Nr. 60: Ökosoziale Beschaffung – Gemeinsam auf kommunaler Ebene vorangehen. Eine Einführung mit Tipps für Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Bonn, Januar 2021
- Nr. 59: ASA-Kommunal, Dokumentation der Jahrgänge 1 bis 7 (2013 bis 2019). Bonn, Dezember 2020
- Nr. 58: Hauptstadt des Fairen Handels 2019. Bonn, September 2020
- Nr. 57: Finanzielle Unterstützung für kommunale Partnerschaften - Über die Schulter geschaut: Aus den Erfahrungen anderer lernen. Bonn, September 2020
- Nr. 56: Einbindung sozialer Kriterien nach der Vergaberechtsreform im Unterschwellenbereich. Bonn, März 2020
- Nr. 55: Gute Beispiele „Migration und Entwicklung“. Bonn, Februar 2020
- Nr. 54: Kommune bewegt Welt 2018 - Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung. Bonn, Mai 2019
- Nr. 53: Kommunale Klimapartnerschaften. Dokumentation der fünften Projektphase. Bonn, April 2019
- Nr. 52: Rechtliche Aspekte des entwicklungspolitischen Engagements kommunaler Unternehmen. Bonn, März 2019
- Nr. 51: Hauptstadt des Fairen Handels 2017. Bonn, April 2018
- Nr. 50: Agenda 2030 vor Ort. Kommunen in Niedersachsen zeigen, wie es geht. Bonn, April 2018

„Material“-Schriftenreihe:

- Nr. 109: Gesamtdokumentation - Global Nachhaltige Kommune Schleswig-Holstein, Bonn, April 2021
- Nr. 108: 5. Baruther Schlossgespräche für eine Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, 16. September 2020 in Baruth/Mark. Bonn, Januar 2021
- Nr. 107: Vierte Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“, 9. bis 11. September 2019 in Hannover. Bonn, März 2020
- Nr. 105: Internationaler Auftaktworkshop der siebten Phase im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“, 14. bis 16. Mai 2019 in Münster. Bonn, Dezember 2019
- Nr. 104: Internationaler Auftaktworkshop der sechsten Phase im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“, 9. bis 11. Oktober 2017 in Bremen. Bonn, August 2019
- Nr. 103: Dritte deutsch-ukrainische kommunale Partnerschaftskonferenz, 10. bis 11. Oktober 2018 in Freiburg im Breisgau. Bonn, Juli 2019

Sonstige Publikationen:

- Unsere Angebote. Bonn 2020
- Über uns. Kurzprofil der Servicestelle. Bonn 2018
- Kommunale Entwicklungspolitik öffnet Türen. Gute Beispiele aus engagierten Kommunen. Bonn, Mai 2019
- Starke kommunale Partner. Wie Städte, Gemeinden und Landkreise sich für globale Nachhaltigkeit engagieren. Ein Dossier in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 7-2019 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen ***Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle.**

Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich Ebert-Allee 40 • 53113 Bonn
Postfach 12 05 25 • 53047 Bonn

Telefon +49 228 20 717 0
Telefax +49 228 20 717 150

info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung